Nr. 64. 8. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1891 unter Nr. 6469.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3 bis 7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt 6, Nr. 4106.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 17. März 1891. | Expedition: Beuth-Straße 3.

Arbeiterschutz-Gesetz-Reformen in England.

II*)

Ebenfalls in der Hauptsache auf die Schwitzarbeit berechnet, aber weniger durchgreifend als der Buxtoni'sche, ist der Gesetzentwurf, den Lord Dunraven im Hause der Lords eingebracht hat. Lord Dunraven war der Vorsitzende der im Jahre 1888 eingesetzten Kommission zur Untersuchung der Schäden des Schwitzarbeit-Systems, und hat als solcher reichlich Gelegenheit gehabt, sowohl die Wirkungen als auch die Quellen des Uebels und ebenso die Vorschläge zu studiren, die von den verschiedenen Sachverständigen zur Abhilfe in Anregung gebracht wurden. Der Bericht, den er als Ergebniß der Untersuchung ausarbeitete, stieß bereits in der Kommission auf den Widerspruch der Mehrheit, er war ihr zu „revolutionär", und ebenso natürlich der großen Mehrheit im englischen „Oberhause". Das mag mit die Ursache sein, weshalb Lord Dunraven in seinem Gesetzentwurf auf dem vierten Theil des Weges stehen bleibt.

Nach demselben bleiben alle Werkräume, in denen fünf Personen und weniger arbeiten, wenn dieselben einer und derselben Familie angehören, sowohl von den sanitären als auch den auf die Arbeitsverhältnisse bezüglichen Vorschriften des bestehenden Fabriks- und Werkstätten-Gesetzes ausgeschlossen, werden vielmehr besonderen, weniger energischen Reglements unterstellt. Jeder Unternehmer, der Arbeit weggiebt, muß zu Händen des Fabrikinspektors ein Buch darüber führen, in das die Art und Menge der Arbeit, sowie die Namen und Adressen der mit derselben betrauten Personen einzutragen sind. Jedes Haupt einer Familie, das seine Wohnung zum Arbeitsraum macht, muß einer amtlichen Persönlichkeit den Beweis liefern, daß die bei ihm beschäftigten Personen Mitglieder der betreffenden Familie sind, und sich eine Bescheinigung ausstellen lassen, auf der die Zahl der so beschäftigten Personen und ihr Verwandtschaftsverhältniß angegeben sind. Wie viel milder alsdann die Vorschriften des Gesetzes im Verhältniß zu denen des Fabrikgesetzes sind, geht daraus hervor, daß die Maximal-Arbeitszeit für Kinder in Räumen, in denen mehr als drei und nicht mehr wie fünf Personen arbeiten, auf 10½ Stunden wirklicher Arbeit pro Tag festgesetzt ist, nämlich von 6 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends mit Pausen von zusammen 4½ Stunden für Mahlzeiten. Nur Sonnabends soll der Arbeitstag um 4 Uhr enden und 2½ Stunden Essenspausen haben. Das Fabriks- 2c. Gesetz setzt bekanntlich die Maximal-Arbeitszeit für Kinder auf 5½ beziehungsweise, wenn Sonnabends frei, 6 Stunden pro Tag fest. Obendrein ist die Gewähr für die Beobachtung der Eßpausen sehr gering. Im Uebrigen macht die Dunraven'sche Bill in Bezug auf die sanitären Maßregeln den Lokalbehörden all die Anordnungen und Maßnahmen jetzt zur Pflicht, wozu die bisherige Gesetzgebung sie nur berechtigte, und weiter erweitert sie die Befugnisse der Fabrikinspektoren und sorgt — auch ein erheblicher Fortschritt — für einen kürzeren Instanzenzug, sobald ein amtliches Eingreifen nothwendig erscheint. Findet z. B. ein Fabrikinspektor, daß der Zustand einer Werkstätte nicht den Anforderungen des Gesetzes entspricht, so soll er, statt erst reklamiren und beim Gericht Klage wegen Unterlassung einleiten zu müssen, das Recht haben, dem Inhaber der Fabrik eine spezifizirte Aufforderung zuzuschicken, die nöthigen Aenderungen vorzunehmen und, wenn dieselben unterbleiben und die Frist des zulässigen Appells vorüber ist, diese Arbeiten selbst vornehmen, und die Kosten exekutorisch einziehen zu lassen. Andererseits sollen die Sanitätsbehörden, wenn sie dem Fabrikinspektor Fälle von Verletzung der gesetzlichen Vorschriften gemeldet, dieser aber Remedur unterläßt, direkt an den Minister des Innern Bericht erstatten. Und schließlich schlägt Lord Dunraven vor, die Altersgrenze für die Kinderarbeit in den Fabriken von 10 auf 12 Jahre zu erhöhen.

Alles in Allem geht der Entwurf, wie bereits hervorgehoben, mehr darauf aus, die Schwitzarbeit erträglicher zu gestalten, als sie auszurotten. Aber in der Sitzung vom vorigen Freitag, wo derselbe verhandelt wurde, erklärte auch Lord Dunraven, daß, wenn es möglich wäre, es dahin zu bringen, daß alle industrielle Arbeit in großen, wohlgehaltenen Fabriken und Werkstätten verrichtet würde, dies die bessere Lösung sei.

Noch ein anderes Mitglied des Hauses der Lords, Lord Thring, hat einen Antrag eingebracht, der sich auf die Fabrik-Gesetzgebung bezieht, da derselbe jedoch sich fast nur auf die bessere Regelung der Gesundheitspolizei bezieht, und in keiner Beziehung weiter geht als selbst der Entwurf des Ministers Matthews, so kann er hier unerörtert bleiben.

Der Entwurf des Abg. Sir Henry James, der sich lediglich auf die Fabriken im Sinne des bestehenden Fabrikgesetzes bezieht, enthält eine Reihe von Vorschriften in Bezug auf bessere Ventilation derselben, namentlich in Fällen, wo „künstliche Feuchtigkeit" in die Fabrikräume eingeführt wird*), wie überhaupt Sicherung eines Minimums von Luftraum im Verhältniß der beschäftigten Arbeiter, in Bezug auf Schutzvorrichtungen an gefährlichen Maschinen, auf Sicherheitsausgänge in Fällen von Feuersgefahr 2c. Weiter eine Klausel, welche unseren deutschen Textilarbeitern sehr anheimeln wird, daß jedem Arbeiter in einer Textilfabrik, der auf Stück arbeitet, so genaue Angaben über Art und Bezahlung der Arbeit geliefert werden solle, daß er im Stande ist, nach gethaner Arbeit selbst sich zu vergewissern, zu welchem Lohnbetrage er berechtigt ist. Sehr richtig sagt das „Daily Chronicle" bei Besprechung dieses Antrages, daß es ein bezeichnendes Licht auf das Verhältniß zwischen Kapital und Arbeit wirft, daß eine solche Klausel überhaupt noch nöthig gefunden wurde. Und nicht minder bezeichnend ist die Thatsache, daß sich die Nothwendigkeit herausstellte, eine Minimalstrafe für Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschrift — Ausgabe falscher Berechnungen 2c. — einzuführen, um der Abfindung mit bloßen Nominalstrafen ein Ende zu machen. Schließlich verlangt ein anderer Paragraph des Entwurfs, daß von der Arbeitszeit an Sonnabenden eine halbe Stunde mehr für Reinigungsarbeiten in Anrechnung gebracht werde.

In Bezug auf die Fälle, wo die Sanitätsbehörden sich bei der Anordnung bezw. Ausführung nothwendiger Schutzvorrichtungen für die Gesundheit der Arbeiter lässig erweisen, spricht auch der Entwurf des Sir Henry James den Fabrik-Inspektoren die Vollmacht zu, eventuell selbstständig Anordnungen zu treffen. Ebenso in Bezug auf Schutzvorrichtungen gegen Feuersgefahr und gefährliche Maschinen. Der Entwurf kam am vorigen Mittwoch im Unterhause zur Verhandlung, und da meinte der Minister, es habe doch seine großen Bedenken, den Fabrik-Inspektoren diese Vollmacht zu geben, denn diese seien die Sachwalter und Vorkämpfer der Arbeiter, und daher, was z. B. die Frage ausreichender Ventilations-Vorrichtungen anbetreffe, nicht die geeignetsten Instanzen. Es würde praktischer sein, in solchen Fällen ein Schiedsgericht entscheiden zu lassen. Welch ein Ehrenzeugniß für die englischen Fabrik-Inspektoren! Nach einer Reihe weiterer Ausstellungen schlug der Minister dem Antragsteller vor, seinen Antrag fallen zu lassen, da er, der Minister, ja einen ähnlichen einbringe, der eventuell amendirt werden könne. Sir Henry James aber wollte die Katze nicht im Sack kaufen und erwiderte, dazu habe er später auch noch das Recht, vorläufig halte er seinen eigenen Antrag aufrecht. Derselbe hat ohnehin eine eigene Entstehungsgeschichte. Er geht aus von den organisirten Textilarbeitern Lancashires und sollte schon vor anderthalb Jahren eingebracht werden. Die Abgeordneten der betreffenden Wahlkreise zogen es aber vor, erst eine Verständigung mit den Unternehmern

*) Wie das z. B. bei der Verarbeitung „beschwerter" Garne geschieht, so daß die Arbeiter in der Regel in einer Atmosphäre arbeiten, die nur mit der in einem russischen Dampfbade verglichen werden kann.

*) Wir bedauern, die Fortsetzung dieser, in Nr. 56 des „Vorwärts" begonnenen Artikelserie erst heute bringen zu können.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [13

Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tirol
von Robert Saweichel.

Aber ihre Augen waren nicht die einzigen, die auf ihm ruhten. Auch die schöne Afra hatte ihn herausgefunden; schwer war es nicht, denn seine schlanke Gestalt überragte die Umstehenden, und sie preßte die weichen vollen Lippen fest und fester zusammen. Was fand er nur an Stasi, daß sie von ihm so plötzlich und ganz vergessen worden? Daß er auch jetzt sie nicht bemerkte? Sie hatte darüber die ganze Woche gegrübelt und musterte jetzt Stasi mit jenem kritischen Scharfblick, den nur Frauen für einander haben. Nun, im Ganzen war Stasi ja leidlich hübsch, wenn man aber jeden Theil des Gesichtes für sich betrachtete, da fand sich doch manches auszusetzen und das Eine hätte anders sein müssen, um zu dem Anderen zu stimmen. Nein, es war ein ganz unregelmäßiges Gesicht und nur auf den ersten flüchtigen Blick konnte man sie allenfalls für gerade nicht häßlich gelten lassen. Sie war ein ganz unbedeutendes Ding, und dennoch gab Ambros ihm den Vorzug vor ihr, der schönen, vollaufgeblühten Rose. Der Geschmack der Männer ist unbegreiflich! Nicht ein einziges Mal war er, der seinen Freund Jerg sonst so oft besucht hatte, während der letzten Woche in die Mühle gekommen, was sogar ihrem Manne aufgefallen war. Denn der alte Arigaya hatte es gern, wenn seine junge Frau mit der Jugend fröhlich war, und sie war in den letzten Tagen schlechter Laune gewesen. Hatte er die schöne Afra doch eigentlich aus Großmuth geheirathet. Sie war die Tochter eines Freundes, der als Müller zu Pikolein im Gaderthale gesessen, und bei einer Ueberfluthung der Gader derartig zu Schaden gekommen war, daß er sein Gewerbe hatte aufgeben müssen und nach langem Siechthum in den dürftigsten Verhältnissen gestorben war. Afra war unter den vielen Kindern, die er hinterlassen, die zweitälteste. Arigaya hatte sich der Familie nach besten Kräften angenommen und auch die beiden Söhne ein Handwerk lernen lassen. Der ältere war Zimmermann, der andere Maurer geworden und beide verdienten jetzt in der Fremde ihr Brot. Afra war stets unter den Kindern seines Freundes Arigaya's Liebling gewesen. Sie war fleißig und wirthlich und trotz der Armuth, in der sie lebte, heiteren Sinnes, und so hatte er denn nach dem Tode seiner Frau sich entschlossen, sie zu heirathen. Es war Afra unter den obwaltenden Verhältnissen nicht schwer geworden, dem guten, alten Manne ihre Hand zu reichen, und sie hatte auch bisher keine Ursache gefunden, es zu bereuen. Jerg freilich hatte zu dieser zweiten Heirath seines Vaters scheel gesehen und Afra wußte sehr gut, daß er ihr und den Ihrigen nichts Gutes gönnte. Nur diese zweite Heirath war Schuld gewesen, daß der Alte nach dem Tode seiner ersten Frau sich nicht zur Ruhe gesetzt und die Sohne die Mühle abgetreten hatte. Jerg vergab [illegible] die Vereitelung seiner Hoffnung nicht und rechnete [illegible] jeden Kreuzer, den sie für sich ausgab, als einen Raub an seinem Vermögen an.

Vielleicht hätte sie, oder vielmehr ihr Mann [illegible]ramer sein können. Aber er sah es gern, wenn [illegible]anz tüchtig hübsche Frau, die übrigens seinem Hauswesen zu verargen, vorstand, sich putzte, und ihr war es schwerlich [illegible] stieg. Das daß ihr der plötzliche Wohlstand etwas zahl zog, versüßte fröhliche Leben, welches mit ihr in die Fall, den sie bei den den Alten und war er stolz auf den gleichgültig gegen den Leuten fand, so war sie keineswegs wohl bewußt und freute selben. Sie war sich ihrer Reize wohl hatte sich niemand sich des Eindruckes derselben. Arme Dirne hübsch oder darum gekümmert, ob sie die schöne Müllerin und häßlich war; jetzt hießen um ihre Gunst. Auch Jung und Alt wedelte ihrer Eitelkeit so sehr, Ambros. Nichts gleichste, schönste und stolzeste Bube im als daß auch er, [illegible] Hof machte. Er that es aber in ganzen Thale, die fortwährend reizte. Was hätte sie nicht einer Weise, die wenn sie ihn öffentlich in Gemeinschaft mit darum gegen Verehrern ihren Triumphwagen hätte ziehen ihren ander war er jedoch nicht zu bewegen und fast schien sehen! Da er verlangte, daß Afra ihm schön thäte. Wenn es, als Bursche um sie herum waren, stand er bei Seite, ande fast verächtlich. Die Frucht erschien ihm säuerlich und [illegible]ht des Verlangens werth, wenn er sah, daß sie von anderen begehrt wurde, und sie hatte heimlich schon manche Thräne über die Rücksichtslosigkeit geweint, mit der er ihr das Wohlgefallen an den Huldigungen der Bursche vorzuwerfen pflegte. Welches Recht hatte er dazu? Keines, wenn ihr Herz ihm keines gab. Ihr Herz wollte ihm aber eben so wenig wie den Anderen ein Recht einräumen. Sie spielte mit dem Feuer und wenn

versuchen, damit ein Gesetzentwurf zu Stande käme, der als Ausdruck der Wünsche von Unternehmern und Arbeitern ohne Widerspruch Annahme finden würde. Trotzdem die Arbeiter in verschiedenen Punkten nachgaben, scheiterte indeß der Versuch an dem Widerwillen der Mehrheit des Unternehmerthums — ein weiterer Beitrag zur Lehre von der Vortrefflichkeit der „freien Vereinbarung", denn die Nothwendigkeit der meisten Forderungen der Arbeiter konnte gar nicht bestritten werden. Bei der Berathung im Hause tauchten all die bekannten Unternehmerphrasen wieder auf, ein Fabrikant meinte, wenn solche Anträge Gesetz würden, so könne man der Industrie des Landes auch gleich Lebewohl sagen. Indeß „vor solchen Schrecken zittert England nicht mehr."

Gestern, am 26. Februar, kam endlich der Gesetzentwurf des Ministers selbst im Parlament zur ersten Berathung. Ueber diesen, sowie seine Aufnahme und das voraussichtliche Schicksal der konkurrirenden Anträge in einem dritten Artikel.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. März.

Auch heute konnte der **Reichstag** die dritte Lesung des Etats nicht zu Ende führen, obgleich die den Beginn der Ferien sehnsüchtig erwartenden Mehrheitsparteien dies gerne ersehen hätten. Die Schuld daran tragen wieder einmal die bösen Sozialdemokraten, welche bei Berathung des Etats der Reichs-Justizverwaltung einige der wichtigsten Beschwerden im Reichstage vorbrachten. Der Abg. Stadthagen führte eine lange Reihe solcher Punkte an und betonte insbesonders die Nothwendigkeit der Entschädigung unschuldig Verhafteter. Dr. Bosse, der zum ersten Male als Staatssekretär des Reichs-Justizamtes sprach, war absolut nicht im Stande, den Eindruck, den Stadthagen's Rede machen wird, zu verkleinern. Der Abg. Gröber (Zentr.) reklamirte die Verdienste von nichtsozialdemokratischen Abgeordneten in der Frage der Entschädigung unschuldig Verhafteter. Die Berathung des Etats des Reichsschatz-Amtes bescheerte die übliche Debatte über die Doppelwährung und die übliche Vertheidigung der Goldwährung durch den Abg. Bamberger, vom Bundesrathstisch ergriff Niemand das Wort, welche Mißachtung den Abg. von Kardorff sehr geschmerzt haben dürfte. Die Diskussion über den Etat des Reichseisenbahnamts leitete Graf Moltke ein, der die Nothwendigkeit einer Einheitszeit für ganz Deutschland betonte und dieselbe in witziger Weise begründete. Gegen Moltke sprach Frhr. v. Stumm, der die Mißstände der Einheitszeit für den lokalen Verkehr illustrirte. Hierauf wurden nach kurzer Debatte, an der sich die Abgg. Richter, v. Manteuffel und Dr. Hammacher betheiligten, Resolutionen angenommen im Interesse der Invaliden aus den Kriegen vor 1870. Beim Etat der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung kam durch den deutschfreisinnigen Abg. Vollrath die Frage der Gebührenermäßigung für Zeitungstelegramme zur Sprache. Hierauf benutzte der antisemitische Abg. Liebermann von Sonnenberg merkwürdigerweise diesen Etatposten, um die Sozialdemokratie noch einmal zu vernichten. Der Vertreter des Postetats, Geheimrath Fischer, suchte die Maßregelungen der Postbeamten-Organisationen zu vertheidigen, was ihm aber keinen Beifall eintrug; dem Wunsche des sozialdemokratischen Abgeordneten Förster auf Ermäßigung der Fernsprechgebühren versprach er das möglichste Entgegenkommen. Unser Abg. Metzger beleuchtete endlich noch die Verwendung von Kulis auf den vom Reiche subventionirten Woermann'schen Dampfern. Hierauf wurde die Etatsberathung unterbrochen und die Patentgesetz-Novelle in dritter Lesung debattelos angenommen. Erst um 1/47 Uhr schloß der Reichstag heute seine Debatten. —

Im **Landtage** war heute die Frage der Zulassung russischer Arbeiter in die östlichen Provinzen ein Hauptgegenstand der Debatte. Die Mißstände, die aus den Einschränkungen derselben erwachsen, wurden vom Standpunkte der Unternehmer energisch hervorgehoben. Bei dieser Gelegenheit kam auch der große Zorn der polnischen Grundbesitzer über die Gründung unseres polnischen Partei-Organs, der „Gazeta Robotnicza", zum Ausdruck. Für die ausgezeichnete Reklame für ihr Blatt muß sich die Redaktion dieses Blattes lebhaft bedanken. —

In Berlin zirkuliren alle möglichen **Krisengerüchte.** Wir wollen nur die wichtigsten hier registriren. Danach soll Caprivi das preußische Ministerpräsidium niederlegen und Herr von Miquel die Leitung des preußischen Ministeriums übernehmen. Die Staatssekretäre von Bötticher und von Maltzahn-Gültz sollen zurücktreten und die Stelle eines Stellvertreters des Reichskanzlers nicht wieder besetzt werden. Ueber den Nachfolger des Herrn von Bötticher als Leiter des Reichsamts des Innern liegt keine erwähnenswerthe Kombination vor. Wir sind nicht in Lage, diese Gerüchte zu prüfen. —

Die Blätter aller Parteien gedenken in der ausführlichsten Weise des verstorbenen **Windthorst's**, während der Rücktritt Goßler's fast unbemerkt blieb; darin liegt ein merkwürdiges Zeichen der Zeit. Herr v. Goßler war ein Werkzeug der Politik anderer, während Dr. Windthorst ein selbständiger Kopf, ein eigenartiger Politiker war. —

Als Nachfolger in der **Parteileitung** soll Windthorst den Abgeordneten Dr. Porsch empfohlen haben. Ohne demselben zu nahe zu treten, dürfen wir wohl behaupten, daß ihm so viel wie alles fehlt, Herrn Windthorst als Parlamentarier und Parteiführer zu ersetzen; ihm wird die Begabung fehlen, eine aus Partikularisten, Agrariern, demokratisch angehauchten Politikern zusammengesetzte Partei zu einheitlichem Handeln zu zwingen; so wird Windthorst's Tod auch das Ende des Zentrums bedeuten. —

Durch den Tod Windthorst's ist der **Wahlkreis Aschendorf-Meppen** verwaist. In demselben erhielt bei den Septennatswahlen der Kandidat der Reichspartei 6019 und Windthorst 18 023 Stimmen, während im Jahre 1890 der Zentrumsführer mit 17 319 gegen 191 auf drei Kandidaten fallende Stimmen, von denen 80 sozialdemokratisch waren, den Wahlkreis behauptete. Auch diesmal wird der Zentrumspartei ohne ernsten Wahlkampf der Kreis erhalten bleiben, falls nicht etwa die Welfen sich zu einer Sonderkandidatur entschließen sollten. —

Die auch von uns erwähnten **Enthüllungen über die nationalliberale Partei** haben großes Aergerniß in der Presse derselben erregt. Herr Rittershaus, der in so unangenehmer Weise über die internen Vorgänge seiner Partei berichtet hat, wird jetzt nach allen Regeln der Kunst beschimpft, aber — nicht widerlegt. Unsere Sache ist es nicht, Herrn Rittershaus' Charakter zu prüfen, uns genügt es zu wissen, daß der Zersetzungsprozeß in der Partei des Großkapitals selbst von den berufsmäßigen Vertretern derselben nicht mehr geleugnet werden kann. —

Die Nachricht von der beabsichtigten Ernennung des Kanonen-**Puttkamers** zum Ober-Präsidenten von Pommern wird zwar nicht dementirt, aber als verfrüht bezeichnet. Erst vom 1. Juli ds. Js. ab soll Pommern das Glück haben, von Puttkamer verwaltet zu werden. —

Unter der Ueberschrift **Elsaß-Lothringen** veröffentlicht unser Genosse Lafargue im Organ der französischen Sozialisten, dem „Socialiste" einen Artikel, den wir in wortgetreuer Uebersetzung nachstehend folgen lassen:

> Man glaubte, daß die klägliche Flucht des großen Patriotengenerals (Boulanger) uns von dem patriotischen Schwindel erlöst hätte; in der That verhielten sich die Deroulède, Laur und Konsorten eine Zeit lang ruhig. Aber jetzt fangen sie wieder an zu radauen; diesmal ist der Zeitpunkt gut gewählt.
>
> Wären die Déroulédianer ernst und vernünftige Patrioten und keine Schwächlinge, von denen drei Viertel nur Hampelmänner sind, welche nach der Pfeife der russischen Agenten tanzen, so hätten sie sich freuen und stolz sein müssen auf die hohe Stellung, welche Frankreich einnimmt. Die Besiegten von 1870—71 sind auf dem Wege die Schiedsrichter Europas zu werden.
>
> Nach dem Krieg war das siegreiche Deutschland der Mittelpunkt, um welchen sich die europäischen Regierungen drehten: Gambetta, der donnernde Deklamator, ging heimlich nach Varzin und bat Bismarck um eine Audienz, der Zar aller Russen, welcher fast ein Jahrhundert hindurch die Rolle des Schutzherrn der festländischen Monarchien gespielt hatte, begab sich bescheiden nach Berlin, um den greisen Kaiser zu bitten, daß er den Krieg, mit welchem ihn Bismarck bedrohte, abwenden möge; und Katkoff und die Panslavisten beschimpften das besiegte Frankreich aufs Gröblichste, um bei Deutschland einen Stein im Brett zu gewinnen.
>
> Aber heute, wo die Republik siegreich hervorgegangen ist aus der boulangistischen Krisis, welche die Einen benutzen wollten, um die Monarchie wieder herzustellen, Andere, um Frankreich in einen Rachekrieg zu stürzen, heute, wo die monarchischen Parteien durch das Mißlingen ihrer Intriguen getödtet und selbst vom Papste und den Bischöfen aufgegeben sind, beginnen die europäischen Mächte dem republikanischen Frankreich den Hof zu machen. Rußland kommt ihm entgegen, die Panslavisten vergessen ihre Schimpfereien und singen sein Lob, und der Kaiser von Deutschland, welcher noch vor wenigen Monaten franzosenfeindlich war, schickt seine Mutter nach Paris, oder läßt sie wenigstens hingehen, um dort Maler für die Ausstellung in Berlin zu werben.
>
> Frankreich braucht sich nur neutral zu verhalten, um die Hüterin des Friedens und Herrin der Lage zu werden.
>
> Aber die Patrioten finden, daß die hohe Stellung einer europäischen Schiedsrichterin zu schön ist für Frankreich; ihnen ist es lieber, daß Frankreich Vasall Rußlands wird, dessen einziges Bestreben ist, uns in einen Krieg mit Deutschland zu verwickeln, um sich mit Kaiser Wilhelm zu verständigen und von ihm die Erlaubniß zur Wegnahme der Balkan-Fürstenthümer und zum Marsch auf Konstantinopel zu erhalten. Der schrecklichste Krieg, welchen man je in Europa gesehen hat, wäre entfesselt.
>
> Um Elsaß-Lothringen zurückzuerobern, wollen also diese russenfreundlichen Patrioten die Interessen Frankreichs preisgeben und Europa in ein Schlachtfeld verwandeln, auf dem Millionen Menschen sich morden und zerfleischen würden! Gut, ihr Revancheschreier, die ihr nur mit dem Munde Patrioten seid, wißt, welches das Ergebniß der Rückkehr Elsaß-Lothringens an Frankreich wäre! — Aufgepaßt!
>
> *
>
> Das Elsaß war die industriell entwickelste Provinz Frankreichs; es besaß mehr Spindeln und mechanische Webstühle als ganz Deutschland zusammengenommen. Die militärische Partei nöthigte Bismarck es zu annektiren, um so Frankreich seine befestigte Grenzlinie zu nehmen; indeß wurde durch diese Annexion der furchtbarste Gegner der deutschen Industrie ins Gebiet der deutschen Zollgrenzen aufgenommen. Die deutschen Fabrikanten verzweifelten ob dieser militärischen Errungenschaft, die ihren Ruin bedeutete.
>
> Es ist dies dasselbe Phänomen, welches in Rußland zu Tage tritt: Seitdem Polen zu einem Industrielande geworden ist und Rußland mit seinen Erzeugnissen überschwemmt, stellen die russischen Fabrikanten die Forderung, Polen von Rußland durch eine Zollinie abzusperren, welche den polnischen Waaren das Eindringen erschweren soll; ja, das Haupt der Panslavisten, Katkoff, schreckte nicht vor dem Vorschlage zurück, Polen an Deutschland zu verkaufen.
>
> Ach, es ist schwer in einer Welt der Bourgeois, die Interessen des Geldsacks mit denen des Vaterlandes zu vereinigen!
>
> Wenn die deutschen Fabrikanten damals wegen der elsässischen Annexion mit den Zähnen knirschten, war bei den Fabrikanten von Lille, Roubaix, Rouen und den Baumwollbezirken der Jubel groß, da sie doch die Konkurrenten von Mülhausen, Dornach und anderen industriellen Zentren des Elsaß losgeworden! Herr Pouyer-Quartier, der große Baumwoll-Fabrikant mag wohl vor Entzücken gezittert haben, als er den Vertrag unterzeichnete, der ihn von Dolfus u. Komp. befreite. Thiers, „der Vater des Vaterlandes", einer der stärkstbetheiligten Aktionäre von Anzin, mußte wohl von demselben angenehmen Gefühl ergriffen werden, als er die elsässischen Bergwerke an Deutschland auslieferte; und, einmal der Konkurrenz der elsässischen Kohlen entronnen, sah die Gesellschaft von Anzin ihre Dividenden wachsen, sich verdoppeln, ja verdreifachen.
>
> Der größte Segen aber war den Fabrikanten des Elsaß widerfahren. Der Abtretungsvertrag öffnete ihnen alle Märkte Deutschlands und eroberte ihnen einen ungeheuren Absatz, nicht nach fernen Kolonien, sondern vor ihren Thoren.
>
> Als aber die Länder jenseits der Vogesen ihrer Profitgier nicht genügten, schafften sie einen Theil ihres Werkzeugs über die Grenze nach Frankreich, um so beide Nationen auf einmal aussaugen zu können. Die Dolfus, Mieg und Kompagnie zogen nun, da sie sich auf beiden Seiten der Grenze etablirt hatten, so enorme Gewinne ein, daß ihr Kassirer 2 Millionen verschwinden lassen konnte, ehe man seine Diebstähle gewahr wurde.
>
> Der Ausfall der elsässischen Industrie zwang Frankreich,

---

es von seiner Seite mitunter heftig aufloderte, erschrak sie wohl und wehrte ihn mit stolzer Miene ab; dennoch spielte sie weiter. Wie Lupattino, den grimmen Wolfshund auf der Mühle, der nur ihr folgte wie ein Lamm, so wollte sie auch den wilden Ambros zähmen und scherzweise nannte sie ihn auch zuweilen das Wölfchen.

Und jetzt hatte Lupattino plötzlich von ihr sich abgewendet. Ihre tödtlich verletzende Eitelkeit konnte es nicht glauben und tragen. Mit welchen Künsten hatte Stasi ihn an sich gelockt? Das Geschöpf sah so unschuldig aus, als ob es kein Wässerlein trüben könnte. Aber das war nur Verstellung und Scheinheiligkeit. Ihre Blicke, die sie, wenn sie sich unbeachtet glaubte, auf Ambros schoß, verriethen es. O, sie verstand das Augenspiel. Aber Afra wollte ihre Künste schon zu schanden machen. Ambros mußte blind sein, wenn er sie und Stasi nebeneinander sah und dann auch nur noch eine Sekunde an das unbedeutende Ding dachte. Nicht nur um Ambros hierzu Gelegenheit zu bieten, sondern auch um Stasi ihre Verachtung für ihre Koketterie fühlen zu lassen, suchte sie in die Nähe des Mädchens zu gelangen, als nach der Messe der größte Theil der Andächtigen die Kirche verließ. Diese Absicht gelang ihr auch, nur kam es nicht zu dem gewünschten Vergleich, denn Ambros hatte schon zuvor die Kirche verlassen. Stasi aber, welche die Müllerin freundlich grüßen zu müssen glaubte, weil sie von ihr am verwichenen Sonntage in ihrem Wagen eine Strecke mitgenommen worden war, erhielt aus Afra's schönen Augen einen so verächtlichen Blick, daß sie ganz betroffen wurde. Gern hätte sie ihrer Nebenbuhlerin den Vortritt gegönnt, allein das Gedränge verhinderte sie daran und so ging sie demüthig und verlegen neben der schönen Afra her bis zum Portale, wo die sich stauende Menschenfluth Beide von einander trennte.

Blühend wie eine Centifolie und stolz wie eine Königin trat Afra aus dem Portale. Die silbernen Kettchen an ihrem Mieder von grüner Seide, ihre goldenen Ohrgehänge blinkten in der Sonne, und es leuchteten ihre runde Arme unter den breiten, schneeweißen Spitzen von Taufers. Von den Händen, welche das Gebetbüchlein umfaßt hielten, hing ein Rosenkranz von rothen Korallen mit einem goldenen Kreuzlein. Da stand Ambros; die Blicke Beider trafen sich. Er grüßte gleichgiltig, und sie that, als ob sie es nicht bemerkte. Als Stasi aus der Kirche kam, gesellte er sich ohne Weiteres zu ihr und begleitete sie, da sie nicht zur Predigt bleiben konnte.

Viele Frauen benutzten ebenfalls die Pause, um schnell daheim einen Blick nach Kind und Küche zu thun, oder dem Rentmeister die fälligen Steuern in das Haus zu tragen, während die Männer sich zum größten Theile außerhalb des Kirchhofes zusammenfanden, wo an der Mauer eine Bank sich hinzog.

Stasi war es in ihrer Betroffenheit über Afra's feindliche Blicke gar nicht aufgefallen, daß Ambros sie angeredet hatte und merkte dann nicht, daß sie ihm, statt hinter der Kirche links durch das Dorf zu gehen, zwischen den Häusern und der Oberförsterei gerade aus in den Bannwald folgte. Sie mußte sich ja gegen seine Vorwürfe vertheidigen, daß sie ihn alle Abende umsonst hatte warten lassen. Sie hätte ihm kein Versprechen gegeben, im Gegentheil, aber sie gab zu, daß nichts langweiliger wäre, als vergebliches Warten, und der Eifer röthete ihre Wangen. Gewiß, es that ihr leid, daß er den weiten Weg immer vergebens gemacht hatte, und sie hob die braunen Augensterne treuherzig zu ihm auf. Die Bruscia breitete ihre Tannenzweige über ihnen aus, und Ambros schien auf dem Grunde von Stasi's Herzen lesen zu wollen. Er legte seinen Arm um ihre Gestalt und sie standen still und schauten einander in die Augen, so tief, so tief, und dann fühlte Stasi die bärtigen Lippen des Burschen auf ihrem Munde. Darüber erschrak sie, aber sie konnte unter seinem Kusse nicht aufschreien, nur ein erstickter, ersterbender Laut wurde hörbar.

„Ach, Ambros", klagte sie mit gesenkten Liedern. Er aber drehte lächelnd seinen Schnurrbart. Thränen begannen unter ihren Wimpern hervorzuperlen.

„Warum weinst denn?" fragte er zärtlich. „Ich hab' Dich ja von Herzen lieb!"

Verschämt schaute sie zu ihm auf und drückte dann den Kopf gegen seine Brust. Er hielt sie still umfaßt, und über ihnen in der grünen Walddämmerung zwitscherten, lockten und sangen die Vögel. „Komm!" flüsterte Stasi nach einer Weile und Hand in Hand gingen sie langsam weiter. Ein sonniges, seliges Lächeln schimmerte aus den Augen des Mädchens. Sie kamen an die Mur, die bei ihrem Niedergange von dem Piz-Peres im Jahre 1677 St. Vigil zerstört hatte. Die breiartigen Massen, die sich im breiten Strom quer durch das Thal bis zu dem am südlichen Rande rauschenden Vigilbache geschoben hatten, waren längst zu Stein erhärtet und auf der verwitternden Oberfläche, in deren Mitte ein Bergwasser rieselte, begannen zarte Tannenstämmchen sich anzusiedeln. Die Natur duldet nichts Todtes, und Ambros und Stasi lebten wie sie, ganz und voll in dem Moment. Sie sprachen nicht miteinander, von Zeit zu Zeit aber blieben sie an dem Rande der Mur, die sie aufwärts verfolgten, stehen, sahen sich an und küßten sich. Es gab viele solcher Halte, bis die Mur unter ihnen lag. Ein schmaler Weg wand sich links zu gewaltigen Steinblöcken hinauf, die unweit von Stasi's Heimstätte auf abschüssiger Halde zu Tag standen. Braune, hochbeinige Ziegen grasten bei den Steinen, und eine von ihnen hatte den Scheitel des größten Felsblockes erklommen und schüttelte bedächtig ihren langen Patriarchenbart — wohl über das Schauspiel unter ihr. Denn Stasi erhob sich auf die Fußspitzen, schlang ihre beiden Arme um den Hals ihres Begleiters und schloß, unter seinen glühenden Küssen den Kopf zurückbeugend, die Augen. Dann schwang Ambros sie, als ob sie nur eine Feder gewesen wäre, hoch in die Luft, indem er sich rund um drehte, und preßte sie wieder mit aller Kraft an seine Brust und sie lächelte glückselig wie ein Kind. Plötzlich riß sie sich los und lief dem Hause zu. „Ich wart' auf Dich," rief Ambros ihr nach. Aber sie schüttelte nur verneinend den Kopf, ohne sich umzusehen. Wie zierlich sie an der Hecke dahinlief! Der schwarze, faltige Rock, die blaue Schürze spielten wie Wellen um ihre rothbestrümpften Füße. In der Nähe des Hauses mäßigte sie ihren Schritt und von der Thürschwelle sah sie noch einmal nach Ambros zurück, indem sie beide Hände auf ihr Herz drückte. Im nächsten Augenblicke war sie verschwunden.

(Fortsetzung folgt.)

seine Industrie so zu entwickeln, daß die Lücke ausgefüllt würde. Der emsige Eifer, der entfaltet wurde, um das Gleichgewicht in der französischen Industrie wiederherzustellen, war so groß, daß, während in Deutschland von 1873—1876 eine industrielle Krise wüthete, Frankreich gerade im Gegentheil sich höchster Geschäftsblüthe erfreute. Jedermann hatte zu arbeiten, die Bourgeois füllten sich die Taschen zum Platzen.

Heute hat Frankreich seine Industrie-Anlagen völlig ergänzt; würde man jetzt die Elsässer Industrie-Anlagen, die inzwischen immer mehr ausgebildet worden sind, wieder an Frankreich annektiren, so würden alle deutschen Industriellen einmüthiglichst den Boulanger segnen, der sie ihrer gefährlichsten Konkurrenten beraubt hätte, und die französischen Industriellen, die trotz der schützenden Zolltarife schon genug unter der elsässisch-deutschen Konkurrenz zu leiden haben, würden diesen Tag verfluchen.

Die deutsche Industrie würde in eine neue Blüthepoche eintreten, Frankreich dagegen in eine weit schlimmere industrielle Krise geschleudert, als die, welche Deutschland 1873—1876 durchzumachen hatte.

Die Rückkehr Elsaß-Lothringens könnte sich nicht ohne einen furchtbaren Krieg vollziehen, welcher auf Jahrzehnte hinaus die Interessen der Zivilisation preisgeben würde. Und diese Rückkehr würde nicht eher ein Glück für Frankreich sein, als bis der deutsche Sozialismus die Feudal- und Militärherrschaft der Bismarck und Moltke überwunden, bis der internationale Sozialismus den militärischen Krieg von Volk wider Volk und den industriellen Krieg von Kapitalisten wider Kapitalisten beseitigt haben wird. P. Lafargue.

Unsere Genossen in Elsaß-Lothringen werden gut thun, dem trefflichen Artikel unseres Freundes Lafargue möglichst weite Verbreitung zu geben. Unsere Gegner aber könnten — falls sie überhaupt lernfähig wären — aus den Ausführungen unseres französischen Genossen lernen, wie unter dem Brennglase der sozialistisch-ökonomischen Kritik die „nationalen" und „patriotischen" Fragen sich in blauen Dunst verflüchtigen. —

Gegen die von den **österreichischen Genossen beschlossene Feier des 1. Mai** durch Ruhenlassen der Arbeit bereiten die Fabrikanten den Widerstand schon vor. Eine Depesche aus Prag meldet darüber:

Die Generalversammlung des Zentralvereins der nordböhmischen Wollindustriellen beschloß, gestützt auf die zustimmende Erklärung der befragten 207 Industriellen des Reichenberger Bezirks, den 1. Mai als Feiertag nicht anzuerkennen und den Betrieb, wie an jedem Wochentage, aufrecht zu erhalten. —

Das **schweizerische Volk** hat einen unüberwindlichen Widerwillen gegen jede Bureaukratie. Hieraus ist zu erklären, daß das Gesetz über die Ruhegehalte der eidgenössischen Beamten mit einer erdrückenden Majorität in der gestrigen Volksabstimmung abgelehnt wurde. —

In Dänemark stand am 11. d. M. die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die „Altersversicherung würdiger Bedürftiger außerhalb des Armenwesens" auf der Tagesordnung der zweiten Kammer (Folkething) des Parlaments. Ueber den Inhalt dieses Berathungsgegenstandes theilt der heutige „Reichs-Anzeiger" folgendes mit:

Der von dem Ausschuß jetzt vorgelegte Entwurf weicht in den Grundprinzipien wesentlich von demjenigen ab, der dem Ausschuß ursprünglich zur Vorberathung überwiesen wurde. Zur Unterstützung berechtigt sollen nach dem neuen Entwurf alle über 60 Jahre alten Personen sein, welche sich die Mittel zu ihrem Unterhalt oder eine Verpflegung in Krankheitsfällen nicht selbst beschaffen können. Die Unterstützungsempfänger dürfen nicht wegen Landstreichens, Bettelei oder entehrender Verbrechen verurtheilt gewesen sein, das Bedürfniß zur Unterstützung darf auch nicht durch unordentliches oder verschwenderisches Leben verursacht worden sein; Personen, welche während der letzten zehn Jahre Armengeld erhalten haben, wird die hier in Frage stehende Unterstützung auch nicht gewährt. Die Vertheilung der Unterstützungen geschieht durch die Kommunalverwaltungen. Die Unterstützung kann in Geld oder in Naturalien bestehen; eventuell kann auch die Aufnahme in einem Asyl gewährt werden. Die Unterstützung ist von der Heimathskommune des betreffenden Empfängers zu verabfolgen. Zur Deckung der Ausgaben bewilligt die Staatskasse bis zwei Millionen Kronen jährlich. Das Gesetz soll am 1. Juli d. J. in Kraft treten. Die Vorlage wurde besonders von den Abgg. Berg und Höeup heftig bekämpft, dagegen von vielen anderen Abgeordneten dringend befürwortet. Nachdem auch der Minister des Innern mit dem Entwurf sich einverstanden erklärt hatte, wurde derselbe schließlich in namentlicher Abstimmung mit 44 gegen 34 Stimmen angenommen und zur zweiten Lesung überwiesen. Der Antrag des Abg. Berg, den Entwurf an einen Ausschuß zu überweisen, wurde abgelehnt.

In der neuesten Nummer von „Free Russia" („Freirußland") lesen wir unter der Rubrik **Politische Inquisition in Warschau** einen Beitrag, der als Ergänzung unseres Leitartikels dienen kann. Er lautet:

Während des letzten Winters erwarteten 46 politische Gefangene, von denen die meisten in den Monaten November und Dezember 1888 verhaftet worden waren, in dem Festungsgefängniß von Warschau ihr Urtheil. Sie waren angeklagt, „zu einer geheimen Gesellschaft zu gehören, welche in irgend einer zukünftigen Zeit den Umsturz der bestehenden Regierungsform bezwecke". Während der Voruntersuchung verlangten die Behörden von einigen der Gefangenen genaue Aufschlüsse, welche diese verweigerten. Oberstlieutenant Bielanovsky, der Gendarmerie-Offizier, welcher die Untersuchung führte, suchte sie mit verschiedenen Mitteln zum Sprechen zu bringen; aber die Gefangenen weigerten sich noch.

Unterdessen wurde einer derselben, Guisbert mit Namen, krank, und begann zu phantasiren. In diesem Zustande quälte ihn der Gedanke, daß er etwas im Schlafe ausplaudern könnte. Er machte sich schließlich eine Art Propf oder Knebel aus Papier, welchen er immer, bevor er schlafen ging, in den Mund stopfte. Bielanovsky erfuhr von seiner Gemüthsverfassung und suchte Vortheil daraus zu ziehen.

Er verhörte ihn immer wieder, und als dies nicht den gewünschten Erfolg hatte, versuchte er das Delirium zu verschlimmern, indem er den Kranken ohne genügenden Schlaf ließ. Das Verhör wurde häufig fortgeführt, während er halb bewußtlos war, und bei verschiedenen Gelegenheiten wurde er Nachts aus seiner Zelle geholt, um die Antworten, welche er in solchem Zustande gegeben hatte, zu unterzeichnen. Nach kurzer Zeit wurde er wahnsinnig und mußte in ein Irrenhaus überführt werden.

Einem anderen Gefangenen, Napoleon Zelcer, glückte es kurz darauf, eine geheime Verbindung mit den anderen Gefangenen einzurichten und ihnen anzukündigen, daß Bielanowsky beabsichtige, ihnen beim Verhör gefälschte Berichte über erhaltene Aufschlüsse vorzulügen, um so jedem einzelnen Gefangenen einzureden, daß die Anderen Geständnisse gemacht hätten, so daß er sich in seinem Schrecken etwas entschlüpfen lasse. Der Erfolg dieser Warnung war, daß die gefälschten Schriftstücke, als man sie den Gefangenen vorlegte, ihre Wirkung versagten. Daraufhin wurde Zelcer von den über diese Warnung der anderen Gefangenen aufgebrachten Gendarmen viel gequält. Er sandte eine förmliche Beschwerde an die Gefängnißverwaltung; aber sie blieb unbeantwortet. Daraufhin weigerte er sich, irgend ein weiteres Verhör anzunehmen oder überhaupt eine Frage Bielanovsky's zu beantworten. Nun wurde er mit Gewalt aus seiner Zelle gezerrt, in eine dunkle Zelle in einer anderen Abtheilung des Gefängnisses gesteckt und gepeitscht.

Ebenso wurde ein Versuch gemacht, über die sozialistische Propaganda in den Fabriken Warschau's von einem Gefangenen, Namens Ferd. Zalesky, Aufschlüsse zu erlangen, da dieser ein Vertrauensmann der Fabrikarbeiter war. Die verlangten Aufschlüsse würden einige dieser Arbeiter in den Prozeß verwickelt haben, und Zalesky weigerte sich deshalb hartnäckig, sie zu geben. Er wurde in einen anderen Theil des Gefängnisses gebracht und dort gepeitscht. Während des ganzen Vorganges wurde er gefragt, und Oberstlieutenant Bielanovsky saß mit Schreibmaterial an einem Tisch, um, falls er sprechen sollte, seine Antworten zu Papier zu bringen. Zalesky blieb indessen stumm.

Jede Verbindung der Gefangenen mit ihren Freunden und Verwandten wurde daraufhin bis nach der Urtheilsfällung unterbrochen. Ein gerichtliches Verfahren gab es nicht. Die Urtheile wurden auf Administrativbefehl hin ausgesprochen und schwankten zwischen ein und fünf Jahren Einzelhaft in den Zuchthäusern Zentral-Rußlands.") Den Gefangenen wurde kurz vor dem Aufbruch nach den Zuchthäusern eine Besprechung mit ihren Verwandten gestattet, denen sie alles, was sich zugetragen hatte, berichteten. Die Partei des polnischen Proletariats, ein sozialistischer Verein, zu welchem die meisten der Gefangenen gehörten, entsandte sofort einen besonderen Beauftragten nach Westeuropa, um den Fall der europäischen Presse vorzulegen. Die Thatsachen wurden uns („Free Russia") und der „Times", in welcher sie am 4. Februar erschienen, mitgetheilt. Die Angaben der „Times" decken sich mit den unsrigen; nur einige Einzelheiten sind ausgelassen.

Ein Kommentar ist überflüssig. —

In New-Orleans (Vereinigte Staaten von Nordamerika) wurden einige von den Geschworenen von der auf Mord lautenden Anklage freigesprochenen Italiener von einem mit dem Urtheile nicht einverstandenen Volkshaufen ermordet. Die amerikanische Regierung hat sofort alle Schritte gethan, um Italien **volle Genugthuung** zu gewähren. —

Die zwischen England und Frankreich strittige Frage wegen der **Fischerei bei der Insel Neufundland** wird durch ein siebengliedriges Schiedsgericht entschieden werden, dasselbe ist aus zwei französischen und zwei englischen Diplomaten und je einem russischen, norwegischen und schweizerischen Rechtsgelehrten zusammengesetzt. —

Lokales.

Von einem Kenner der Sozialdemokratie, einem Herrn Karl Trost, faselt die „Berliner Börsen-Zeitung" des Längeren und Breiteren; der Herr soll nun endlich die Pläne und Ziele der Sozialdemokratie von Grund auf durchschaut haben und seine Weisheit im „Konservativen Wochenblatt" auskramen. Und fürwahr! Der famose Herr scheint die Sozialdemokratie bis tief in ihre schwarze Seele hinein durchschaut zu haben. Damit unsere Leser auch vor den Verlockungen dieser umstürzlerischen Partei und deren Verhetzungen abgeschreckt werden, seien hier einige Pröbchen von den Forschungen und Weisheitssprüchen dieses großen Sozialdemokraten„forschers" wiedergegeben.

.... Mit der Veröffentlichung der Marx'schen Kritik über das sozialdemokratische Programm — der Herr ergeht sich hier zur näheren Begründung des Programms selbst in einer Besprechung der individuellen Charaktergegensätze zwischen Lassalle und Marx — haben die heutigen Führer der sozialdemokratischen Partei freie Bahn gemacht für ein revidirtes Programm, welches naturgemäß nicht anderes sein kann, als die knappe Formulirung der Hauptsätze des allem Bestehenden den Krieg erklärenden Marx'schen Nihilismus (!) — Mit der Veröffentlichung eines solchen Programms würde dann die Maßlosigkeit des kommunistischen Uebermuths einen Höhepunkt erreicht haben, der nicht mehr zu überbieten wäre — einen Gipfel der Selbstüberhebung, neben welchem der fromme Glaube des Alterthums den jähen Absturz in die Tiefe zu erblicken pflegte."

Das ist doch geradezu schrecklich! Ein Glück noch, daß uns von diesem „großen" Sozialdemokraten„forscher" rechtzeitig über die schwarzen Pläne dieser Partei die Augen geöffnet werden!

Der Berliner „Hauptverein für Knaben-Handarbeit", hat am Sonnabend Abend seine diesjährige Ausstellung von Schüler-Arbeiten im Oberlicht-Saal des Rathhauses eröffnet. Die ausgestellten Papier-, Papp-, Schnitz- und Hobelbank-Arbeiten lassen in Bezug auf Mannigfaltigkeit der Gegenstände und Sorgfalt der Ausführung einen bedeutenden Fortschritt gegen das Vorjahr erkennen. Die Schülerwerkstätten wurden 1887 begründet, um in der Pflege der Handarbeit ein Gegengewicht gegen die einseitige Pflege der Kopfarbeit auf den Schulen zu bieten. Sie mußten also in erster Linie den Schülern der höheren Lehranstalten zu Gute kommen. Sie werden aber auch von Gemeindeschülern besucht, weil sie für einzelne Gewerbe gewisse nicht zu verachtende Vorkenntnisse gewähren. Leider ist die Zahl der Gemeindeschüler in diesen Werkstätten immer noch sehr gering. Die Ursache ist zweifellos in dem zu hohen Schulgeld zu suchen, welches auch nach seiner Herabsetzung von 7,50 auf 6 bezw. 5 Mark pro Vierteljahr und Lehrfach für die weniger Bemittelten immer noch hoch genug ist. Für die Söhne der Reichen liegt der Hauptwerth der Schülerwerkstätten nicht darin, daß ihnen dort eine Art Arznei gegen die durch die höheren Schulen hervorgerufene körperliche und geistige Vorbildung geboten oder die Geschicklichkeit und der künstlerische Geschmack ausgebildet wird, sondern darin, daß die jungen Herren den Werth der Handarbeit schätzen lernen und einigen Respekt vor der schwieligen Faust bekommen.

An die Eröffnung der Ausstellung schloß sich die Jahresversammlung des Vereins an, in welcher Stadtrath Dr. Weigert über den Handfertigkeitsunterricht und das gewerbliche Schulwesen in Frankreich sprach. Daß die Förderung des Handfertigkeitsunterrichtes dort nicht der Privatthätigkeit von Vereinen überlassen, sondern behördlich geregelt ist, und daß dieser Unterricht seit 1882 obligatorisch ist, beweist wieder einmal, wie weit wir noch in Bezug auf das Volksschulwesen hinter Frankreich zurückstehen. In ganz Frankreich wird der Handfertigkeits-Unterricht in über 12 000 Schulen, in Paris allein (im Jahre 1888) in 113 Schulen mit etwa 40 000 Schulkindern ertheilt. Die Kosten dafür betragen 486 000 Franks. Der dem Berliner Verein gewährte staatliche und kommunale Zuschuß betrug 1890/91 3000 bezw. 1800 M. Die von dem Vortragenden und noch zwei anderen Rednern ausgesprochene Hoffnung, daß der Berliner Magistrat das Unternehmen im Laufe der Zeit kräftiger fördern werde, wirkte angesichts der bekannten „Volksschulfreundlichkeit" unserer Stadtvertretung beinahe komisch.

Die Polizeiverordnung vom 22. Februar 188[illegible] bestimmt, daß zum Ausfahren von Kindern bis zu dem [illegible] Benutzung zwei Jahren in Kinderwagen Erlaubnißkarten für die [illegible] können, der Bürgersteige von dem Polizeirevier ertheilt werden können, in dem die Eltern der Kinder wohnen. Solche Scheine gelten dann für ganz Berlin mit Ausnahme einiger Straßen, in welchen das Fahren der Kinderwagen wegen der schmalen Beschaffenheit der Bürgersteige nicht zulässig erscheint und welche in der Erlaubnißkarte abgedruckt sind. Für Kinder dagegen, welche das zweite Lebensjahr überschritten haben, kann eine solche Erlaubniß nur unter Vorlegung eines durch einen Polizei-Bezirksphysikus ausgestellten Zeugnisses erlangt werden, in welchem die Nothwendigkeit durch Krankheit u. s. w. nachgewiesen werden muß. Um nun im Hinblick auf den Verkehr die Benutzung der Bürgersteige durch solche Wagen zu verhindern, für welche Erlaubnißscheine nicht ausgegeben sind, sind die Polizeibeamten Berlins und Charlottenburgs angewiesen worden, sich durch das Vorzeigenlassen der beim Fahren mitzuführenden Karten davon zu überzeugen, daß überhaupt eine Erlaubniß vorhanden ist, und daß nicht ältere Kinder als zulässig ist, ausgefahren werden. Indem wir die Eltern kleiner Kinder hierauf hinweisen, machen wir noch besonders auf die Unzuträglichkeiten aufmerksam, welche durch das Fehlen oder das Nichtmitführen des Erlaubnißscheins hervorgerufen werden. Es handelt sich nicht blos um die Ordnungsstrafe und den Verlust der Karte, als vielmehr darum, daß bei der polizeilichen Feststellung die den Kinderwagen begleitende Person nach der Polizeiwache „fistirt" wird und mindestens den Wagen so lange auf der Straße ꝛc. stehen lassen muß, bis das Polizeirevier den Fall klargelegt hat. Dies aber kann unter Umständen längere Zeit in Anspruch nehmen.

Die Georgengemeinde ist eine der reichsten Gemeinden Berlins. Sie ist so reich, daß ihre Kasse die noblen Passionen ihres verflossenen Rendanten und seiner Schönen schon verschmerzt hat. Dieser Reichthum schreibt sich zum guten Theil aus den Erträgnissen ihrer Begräbnißplätze her. Es wäre doch eigentlich selbstverständlich, daß diese Plätze, die einen so reichen Ueberschuß ergeben, auch gehörig in Stand gehalten, gepflegt und beaufsichtigt würden. Das ist aber keineswegs der Fall. Der Begräbnißplatz der Georgengemeinde vor dem Landsbergerthor, wo die Grabstellen nur noch zu erhöhten Preisen zu haben sind, befindet sich schon jahrelang in einem nichts weniger als geordnetem Zustande. Für die Wege wird so gut wie nichts gethan: im Sommer kann man den tiefen Sand, bei nasser Witterung den Morast kaum durchdringen. Aehnlich verhält es sich mit den Brunnenplätzen, Rasenstücken an den Wegen ꝛc. Eine Abhilfe wäre sehr nöthig. Beschwerden bei der Begräbnißplatz-Verwaltung wie beim Gemeinderath fruchteten nichts. Da ist es wohl angebracht, die Sache einmal öffentlich zur Sprache zu bringen. Man sollte meinen, daß der Gemeinderath, der so viel Zeit hatte, ein ganzes Haus im langwierigen Prozeßwege nur im Interesse der Kirche und der Gemeindeglieder vermauern zu lassen, auch denselben Eifer bei der Verwaltung und der Beaufsichtigung seiner Begräbnißplätze beweisen könnte und sollte.

Von einer Denunziation wegen Majestätsbeleidigung meldet eine hiesige Lokalkorrespondenz. Der Direktor eines Berliner Gymnasiums soll sich in einer Lehrerversammlung eine scharfe Kritik der „Schulreform" erlaubt haben. Infolge der dabei gefallenen Aeußerungen hat dann ein Lehrer sich gedrungen gefühlt, denselben zu denunziren. Die Denunziation soll er in Rücksicht auf seine Stellung als Reserve-Offizier gemacht haben, zu welchem Schritt ihn seine Ehre gezwungen haben soll.

Wir müssen konstatiren, daß, wenn es sich bewahrheiten sollte, daß die Reserve-Offiziersehre Derartiges erfordere — wir können uns insofern darüber kein selbständiges Urtheil erlauben, als uns jedwede Fühlung mit diesen Kreisen abgeht — daß sich dann die Ansichten über „Ehre", welche in Offizierskreisen vorherrschen von den Ehrbegriffen denkender aufgeklärter Arbeiter wesentlich unterscheiden. Möglich mag es ja sein, daß der Unterschied an einem Mangel an Kultur, Bildung und Erziehung der Proletarier liegt. Der „rohe" Arbeiter pflegt Denunzianten für gewöhnlich zu verachten, hätte er die Bildungsstufe eines Reserve-Offiziers erklommen, so würde er wahrscheinlich ebenfalls zu der Einsicht gelangen, daß er eine Denunziation als Ehrensache betrachtet.

Ein Haus ohne Wirth befindet sich zur Zeit in dem Vorort Weißensee. Es ist dies, wie eine Lokal-Korrespondenz meldet, das Haus Königs-Chaussee 46, Ecke der Weißenburger Straße. Ein Berliner Restaurateur hatte dasselbe vor einiger Zeit gekauft, doch scheint demselben der Kauf wieder leid geworden zu sein, denn der sonderbare Wirth ist im Februar nach Amerika ausgewandert, ohne vorher Haus und Hof bestellt zu haben, und da sich Gläubiger nicht gemeldet, so sind die Miether in der angenehmen Lage, vorläufig „miethsfrei" zu wohnen, bis die Behörde einschreitet, welcher von der sonderbaren Angelegenheit inzwischen Anzeige erstattet worden ist.

Die Heilsarmee, die sich in Berlin den Anschein zu geben versucht, als ob sie hier „Erfolge" aufzuweisen hat, fängt an, auch in London selbst stark angezweifelt zu werden. „Diese wenigen Personen", so schreibt die „St. James Gazette", „welche nicht im Solde des „General-Händlers" Booth stehend, trotzdem noch an ihn und sein segensreiches Werk glauben, werden freundlichst gebeten, von dem Resultat der Ermittelungen des Kaplans James Mahomed, vom Londoner Hospital, Kenntniß zu nehmen. Derselbe weist aus den Berichten der Heilsarmee selbst, wie auf Grund eigener unabhängiger Beobachtungen nach, daß die sogen. „Spelunkenarbeit", von welcher die Heilsarmee so viel Aufhebens macht, überhaupt nicht stattfindet. Die tapferen Heilssoldaten, welche mit Pauken und Trompeten das Evangelium verkünden „ziehen" nicht bei den Mitgliedern der „unteren" Zehntausend welche das stehende Armenheer ausmachen. Die Gesammtzahl der angeblichen „Bekehrungen", welche der Heilsarmee im Jahr, ein in dem Londoner Ostend gelungen sind, beläuft sich auf haben. Erfolg, in welchen sich 54 Soldaten zu theilnee alles Diese Zahlen besagen klar und deutlich, daß die Hergeben hat. versucht, nichts erreicht und jetzt das Versuchen starrieren, wo Nicht in Spelunken, sondern in den anständigen folge auf. Die der „kleine Mann" wohnt, weist sie scheinbar rikten, wo Reich größten Anstrengungen macht sie jedoch in en größten klingen- und Arm bei einander wohnt, d. h. wo sie und Spektakel zu den Lohn für den von ihr ausgeübten Beobachtungen über erhalten hofft." Es kann, nach eingehe, hinzugefügt werden, die Thätigkeit in Berlin und ihre was über solche Erfolge daß es sich damit ebenso verhält. An ist, beruht lediglich auf in die Oeffentlichkeit getragen Einbildung.

o. M. Nachmittags fiel der Kisten**Polizeibericht.** Am nach dem Hofe offene Ausladethür fabrikant Schulz durch N. 60. 61., vom ersten Stock auf den seiner Werkstatt, Adalbschwere Verletzungen am Kopfe, daß er Hof herab und erlitt Bethanien gebracht werden mußte. — In nach dem Krankenhs Waldemarstr. 56 wurde an demselben Tage dem Flur des Hs schwangere Frauensperson in Geburtswehen Abends eine den und nach der Charitee gebracht. — In der liegend aufgef fabrik Zionskirchstr. 24 parterre entstand um die Oeldruck-Pa ch Explosion einer Lampe Feuer. Dabei fand eine selbe Zeit Vergualmung des Hauses statt, daß sich die Bewohn mittelst Hakenleitern eine Verbindung nach der Straße her, so daß kein Mensch zu Schaden kam. Nur ein Hund und mehrere Vögel sind in den Wohnungen erstickt. — In der Nacht zum 15. d. M. erhängte sich ein Schneider in der Trunkenheit an dem eisernen Vorgartengitter Brunnenstr. 113 mittelst seiner Hosenträger, wurde jedoch rechtzeitig bemerkt und durch einen Wächter losgeschnitten und nach der Polizeiwache gebracht. — Vor dem Hause Kommandantenstr. 67—69 fiel am 15. d. M. Vormittags ein Mann beim Abspringen von einem in der Fahrt befindlichen Pferdebahn-Wagen zur Erde und brach den rechten Unterschenkel. — Ein Arbeiter sprang Nachmittags nahe der Fennbrücke in den Nordhafen und ertrank. — Im Laufe des Tages und in der darauffolgenden Nacht fanden vier Brände statt.

Theater.

Dienstag, den 17. März.

Opernhaus. Fra Diavolo.
Schauspielhaus. Der neue Herr.
Lessing-Theater. Thermidor.
Berliner Theater. Kean.
Deutsches Theater. Romeo und Julia.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Vogelhändler.
Wallner-Theater. Miß Helyett.
Residenz-Theater. Der selige Toupinel. Vorher: Die Schulreiterin.
Viktoria-Theater. Die sieben Raben.
Bellealliance-Theater. Gavaut, Minard u. Co.
Ostend-Theater. Die Bluthochzeit.
Thomas-Theater. Der Millionenbauer.
Adolph Ernst-Theater. Adam und Eva.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Dienstag, den 31. März:
Abschieds-Vorstellung.
Circus Schumann.
Friedrich-Karl-Ufer.
Heute Abend 7½ Uhr:
Große Vorstellung
Das Programm besteht aus 10 der vorzüglichsten Repertoire-Nummern.
Auftreten der besten Reiterinnen und Reiter. Vorführung der bestdressirten Schul- u. Freiheitspferde. Komische Entrees sämmtlicher Clowns.
Zum Schluß der Vorstellung:
Nur noch einige Male:
Circus unter Wasser.
Auf vielseitiges Verlangen:
Eine ländliche Hochzeit.
Gr. kom. equ. Pantomime mit Ballet und neuer Ausstattung.
Morgen: Gr. Vorst. **Circus unter Wasser. — Eine ländliche Hochzeit.**

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
Direktion **A. Rödmann.**
Dienstag und Freitag: **Walzer-Abend.**
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Ausschank von Patzenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
641 **F. Müller.**

Gratweil'sche Bierhallen
Kommandantenstr. 77—79.
Täglich:
Grosses Concert
ausgeführt von der Kapelle des Musik-Direktor H. Sanftleben
unter Mitwirkung des Opernsängers u. Konzertmalers Signor **Travieki** aus Rom.
Neu! Neu!
Empfehle zugleich meinen Frühstücks- und reichhaltigen Mittagstisch, sowie 6 Billards, 3 Regelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
708 **F. Sodtke.**

Passage-Panopticum.
Unter d. Linden 22/23.
Knabe mit 2 Köpfen.
Amerikanerin m. 25 cm langem Vollbart.
Uhr. 5—9 Uhr.

Castan's Panopticum.
Jetzt: Friedrichstr. 165.
Neu:
Azteken
Prof. Dr. R. Koch
im Laboratorium.
Geöffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
Entree **50 Pf.** Kinder **25 Pf.**

Berl. Bock-Brauerei,
Tempelhofer Berg.
Täglich:
Alt-Berlin auf d. Bock.
Humoristisch-historischer Rückblick zur Feier der
Bock-Saison 1891,
verbunden mit gr. **Militär-Konzert.**
Anfang:
Wochentags 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Berl. Original-Bockbier in Flaschen, direkt von der Brauerei, 20 Flaschen für 3 M. Pfand frei.

Cigarren
eigener Fabrik empfiehlt **A. Richter,**
Landsberger Allee 145. 10275

Unserm Genossen **Fritz Berndt** zum heutigen Wiegenfeste e. donnernd. Hoch! Die roth. Brüder v. König, Kücken u. Co. Fritz, laß Dich nicht lumpen! [1010b

---

Unserem Genossen **A. Klauß** ein donnerndes Hoch zum heutigen Tage.
Die Rothen vom Vierten.
Gießen wir bei Giesel? 1018b

Unserm Skatbruder Wilhelm Bär, genannt **Seppel,** [1020b zu seinem heutigen Geburtstag ein donnerndes Hoch v. s. Skatbr. Nullouvert.
Seppel, wirst Du Dir wat merk. lassen?

Danksagung.
Allen Verwandten, Freunden und Kollegen der Schwartzkopff u. Hoppe'schen Fabrik, die meinem lieben Gatten das letzte Geleit gaben, sowie dem Gesangverein Amicitia und insbesondere dem Herrn Prediger Stage für seine trostreichen Worte sage hiermit meinen tiefgefühltesten Dank. 1026b
Anna Hennig.

Empfehle mein Geschäft in **frischen Blumen** und **Kränzen.** 24 L
Robert Meyer,
Nr 2. Mariannenstraße Nr. 2.
NB. Um häufigen Irrthum zu vermeiden, erkläre ich meinen Freunden und Genossen, daß ich mit **J. Meyer,** Wienerstr. 1, in keiner geschäftlichen oder verwandtschaftlichen Beziehung stehe.

Bei der Inventur zurückgesetzte
Teppiche
mit kleinen **Webefehlern!!**
in **Sopha-Grösse** a 5, 6, 8, 10, 15 M.
in **Salon-Gr.** a 10, 15, 20, 25-100 M.
Gr. Saal-Teppiche a 30, 40, 60-500 M.
Gardinen!
entzückende **Neuheiten, jedoch nur in ganzen Stücken** von 22 Mtr. a Stück 10, 12, 15, 20-50 M.
In **abgepassten Fenstern** a 5, 6, 8-30 M. 276 L
Einz. Fenster Gardinen a 3, 4, 5 M.
Das Neueste in Stores!!
Figuren und **Palmen-Geschmack,** a Stück 2,50, 3, 4, 5 und 6 M.
Abgepaßte Portièren!
m. Gold durchwirkt! i. a. Farben.
Restbestände von 2-6 Shawls, a 3, 4, 6, 8 M.
Gardinen- u. Teppich-Fabrik
Emil Lefèvre,
Berlin S., Oranienstr. 158.
Versand streng reell gegen Nachn.
Waaren-Katalog!
(200 S. stark) reich illustr., franko!

Photographie-Atelier
Berlin **Gustav Stutz** Hamburg
Landsberger-Strasse 82.
Spezialität: 12 Visit-, Brust- oder Kniebild u. 1 wirkliches Kabinetsbild, zusammen **4,50 M.** hochfeiner Ausführ. u. Haltbarkeit.

Geschäftshaus S. Heine.
Chausseestraße 14
Die schönsten
Kinder-Kleider
für Mädchen jeden Alters, sowie
Morgenröcke, Unterröcke, Trikottaillen u. Blousen
auch im Einzelverkauf sehr billig!
Massbestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt!
Chausseestraße 14
Geschäftshaus S. Heine.

Möbel- und Polsterwaaren
empfiehlt zu billigen Preisen bei guter reeller Arbeit 304L.
Rob. Fischer, Tapezier, Manteuffelstr. 85, 1.
Kein Laden.

Den Parteigenossen Berlins u. Umgegend empfiehlt sich zur Ausführung sämmtlicher Arten von **Steinsetz-Arbeiten etc.** 1009b
Carl Arlt,
Straße 7b Nr. 13. v. 1. April d. J. ab Königsbergerstr. 25 v. III.

Welt-Restaurant.
97. Dresdenerstraße **97.**
Täglich Auftreten der
Norddeutschen Sänger,
sowie d. **Concert-Sängerin** Frl. **Elise König** u. **Geschw. Waldmann.** [5M
Auftr. des Humoristen **Hrn. Runkel.**

Achtung!
Klavierarbeiter und verwandte Berufsgenossen!
In der Pianoforte-Fabrik von **Maly & Co.** haben die Arbeiter wegen Lohnreduzirung die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist fern zu halten.
186 **Die Kommission.**
NB.: Sammellisten können jeden Abend bei Winzer, Naunynstr. 78; bei J. Meyer, Andreasstraße 12, und bei dem Beitragsammler für den Norden W. Neumann, Ackerstr. 133, 2. Hof, im Keller, empfangen und abgegeben werden.

Oeffentliche Versammlung
aller für die Wissenschaft sich interessirenden Männer
am **Sonnabend, 21. März,** Abends 8 Uhr, im Lokale **Innenstr. 16.**
Tages-Ordnung:
1. Naturwissenschaftl. Vortrag: Entstehung der Welt.
2. Diskussion.
Zu dieser Versammlung werden die Referenten speziell gebeten zu erscheinen.
1011b] **Der Einberufer:**
A. Eirweiß, Alte Jakobstr. 68.

Verein z. Wahrung d. Interessen der Berliner Knopfarbeiter.
Mittwoch, den 18. März, bei **Bolzmann,** Andreasstr. 26:
Ausserordentliche General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Hrn. **Th. Metzner** über: Der Arbeiterschutzgesetz-Entwurf vor dem Deutschen Reichstage. 2. Beschlußfassung über die neuen Paragraphen des Statuts. 3. Wie stellen sich die Knopfarbeiter zur Feier des 1. Mai? 4. Verschiedenes. [191/3
Gäste sehr willkommen.
Der Vorstand.

Sophabezüge!
Reste in Rips, Damast, Granit, Plüsch u. bunt. Stoff, **spottbillig.**
Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.
Proben franko!

Bitte lesen Sie!
Jedem, der billig und gut kaufen will, empfehle mein sehr reichhaltiges Lager von circa **1000 Sommer-Paletots, 2000 Anzüge,** sowie einzelne **Röcke, Jaquetts, Hosen, Westen etc.**
Ferner **Uhren, Ketten, Betten, Wäsche, Stiefeln, Hüte, Reise- und Holzkoffer, Waschkessel etc.**
Sämmtliche **Sachen in alt und neu,** auch werden verfallene Pfänder verkauft.
A. Wergien,
Schneidermeister,
127 Skalitzerstraße 127.
Bestellungen nach Maaß werden gut und billig ausgeführt.
Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten. [306 L

Louis
Gordan.
Oranienstr. 42
(Ecke Oranienplatz).
Bettfedern,
doppelt gereinigt und ganz staubfrei, per Pfund 0,70, 1,00, 1,50, 2,00, 2,50, 3,00, 3,50, 4,00.
Daunen
per Pfund 2,50, 4,00, 5,00 u. 7,00.
Fertige Betten,
„Stand" 1 Oberbett, 1 Unterbett u. 2 Kissen von 17 Mk. an.
Eiserne Bettstellen u. Matratzen
in großer Auswahl zu sehr billigen Preisen. [359L
Die Firma besteht s. 1863 u. bürgt s. strengste Reellität.
Verkauf nur zu festen Preisen.

Rester-Handlung.
Billige Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. an, sowie zu großen Anzügen von 6 M. an bis zum feinsten Kammgarn, sowie Reste zu Regen- und Sommermänteln, Sammt, Seide, Plüsch, Atlas (alle Besatz-Artikel), Trikot zu Taillen, alle Farben; auf Wunsch Alles **zugeschnitten,** auch **angefertigt,** empf. **Karle, Waldemarstr. 66, part.**

Rohtabak A. Goldschmidt, Spandauerbrücke 6, am hiesigen Platze bekanntlich **Größte Auswahl. Garantirt sicher brennende Tabake.**
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Lackeschen Markt. [746

Sozialdemokratischer Wahl-Verein für den III. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Grosse Versammlung
am Mittwoch, den 18. März, Abends 8 Uhr,
in **Orschel's Salon,** Sebastianstr. 39.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag: Der 18. März 1848. Referent Herr **Curt Baake.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Gäste haben Zutritt. 338/4
Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein im IV. Berliner Reichstags-Wahlkreise.
Große Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 18. März, Abends 8 Uhr,
in Mohrmann's Salon, Gr. Frankfurter-Strasse 117.
Tages-Ordnung:
1. Die geschichtliche Bedeutung des 18. März. Referent: Reichstags-Abgeordneter **W. Blos.**
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Zahlreiches u. pünktliches Erscheinen ist erwünscht. Gäste haben Zutritt.
339/5 **Der Vorstand.**
Die Zahlstellen befinden sich im Südosten: G. Schulz, Kottbuserpl., Zigarrengeschäft; F. Zubeil, Naunynstr. 86 part.; K. Scholz, Wrangelstraße 32 part.; B. Stabernack, Wrangelstraße 85 part. Im Osten: G. Tempel, Breslauerstr. 27 part.; O. Heindorf, Langestr. 70; Lock, Friedrichsbergerstr. 11 part. Daselbst werden neue Mitglieder aufgenommen.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den V. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 18. März, **keine Versammlung** stattfinden kann, weil kein Saal zu haben ist.
Die **nächste** Versammlung findet am **Dienstag, den 24. März,** in der **Brauerei Königstadt,** Schönhauser Allee 10/11, statt.
340/7 **Der Vorstand.**

Berliner Arbeiter-Bildungs-Verein.
Grosse Versammlung
am Mittwoch, den 18. März, Abends 8 Uhr,
in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10-12.
Tages-Ordnung: 115/3
1. Die geschichtliche Bedeutung des 18. März. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Ullrich.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten.
Gäste haben Zutritt.
Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Achtung! **Achtung!**
Das zweite Stiftungsfest des Vereins findet **am 21. März,** Abends 8 Uhr, im **Böhmischen Brauhause,** Landsberger Allee 11/13, statt, bestehend in Ball, Gesang, Festrede, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten **W. Liebknecht.** Entree à Person 40 Pf. Freunde und Genossen sind willkommen. **Billets** sind zu haben bei **G. Brandenburg,** Diedenhofenerstr. 7, Hof 1 Tr.; **Sroka,** Rügenerstr. 1, 1 Tr.; **Heitmann,** Brunnenstr. 92, 3 Tr.; **Koch,** Kirch-Straße 20, Hof 2 Tr.; **Raabe,** Zionskirchstr. 24, Hof 2 Tr.; **Elsemann,** Wiesen-Straße 9, 4 Tr.; **Zuber,** Rheinsbergerstr. 33, 1 Tr.; **Mammitsch,** Bergstr. 49, 2 Tr.; **Gomoll,** Zehdenickerstr. 6, 4 Tr., sowie in allen mit Plakaten belegten Handlungen und Lokalen. 115/3

Gau-Verein Berliner Bildhauer.
Versammlung
am Dienstag, 17. März, Abds. ½9 Uhr, bei Gaillard, Prinzenstr. 87.
Tages-Ordnung: 116/10
1. Geschäftliches. 2. Wahl eines Schriftführers. 3. **Gänzliche Revision des Statuts.** 4. Verschiedenes. — Der wichtigen Tagesordnung wegen bittet um zahlreichen Besuch **Der Vorstand.**

Verein gewerbl. Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend.
Große Versammlung
am Mittwoch, den 18. März, Abends 8½ Uhr,
in **Klein's Fest-Sälen,** Oranienstraße 180 (unterer Saal).
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Link** über: Sozialdemokratie und Bourgeoisie. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Wahl eines Vergnügungs-Komitees. 5. Verschiedenes und Fragekasten. — Alle Arbeiter als Gäste sind willkommen.
157/9 **Der Vorstand.**
NB. Der Arbeitsnachweis befindet sich Naunynstr. 83 im Restaurant **Köhn.**

Fachverein der Tischler (Osten).
Große Versammlung
am Dienstag, den 17. März, Abends 8½ Uhr,
im **Böhmischen Brauhause** (kleiner Saal), Landsberger Allee 11/13.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag: Ist unsere moderne Gesellschaft existenzberechtigt? Referent Kandidat **Reichling.** 2. Diskussion. 3. Besprechung der Angelegenheit in der Unrau'schen Werkstatt, Gr. Frankfurterstr. 16. Die Kollegen der Werkstatt sind hierdurch eingeladen. 3. Verschiedenes und Fragekasten.
Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste sind willkommen.
313/30 **Der Bevollmächtigte.**

Fachverein der Tischler
Süd-Osten.
Dienstag, den 17. März, Abd. 8½ Uhr, im Vereinshaus „Südost", Waldemarstr. 75
Versammlung.
Tages-Ordnung: 313/29
1. Vortrag des Herrn Dr. Lütgenau: „Zur Geschichte des Judenthums".
2. Diskussion.
3. Verschiedenes. **Der Bevollmächtigte.**

Lese- und Diskutir-Klub „Süd-Ost".
Versammlung
am Mittwoch, den 18. März, Abends 8½ Uhr,
bei **Tolksdorf,** Görlitzer-Straße 58.
Tages-Ordnung:
1. Vorlesung: **Die Begräbnißfeier der Märzgefallenen von 1848.**
2. Diskussion. — Gäste willkommen. 354/1
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht **Der Vorstand.**

Evorabräu (Fürth-Nürnberg) 30 Fl. für 3 M., in Gebind. von 17 Ltr. an à Ltr. 30 Pf., empf. **Gust. Hering,** Berliner Lagerhof

---

Verantwortlicher Redakteur: **Curt Baake** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu zwei Beilagen.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 64. Dienstag, den 17. März 1891. 8. Jahrg.

Eine Geschichte der Kommune.

Der nachstehende Aufsatz — eine Besprechung des Lissagaray'schen Werkes über die Kommune — ward im Jahre 1877 geschrieben und damals nicht vollständig veröffentlicht. Im folgenden Jahre kam das Sozialistengesetz. Dringenderes ließ die Arbeit vergessen. Jetzt hat sich das Manuskript wiedergefunden. Von der Histoire de la Commune de 1871 par Lissagaray. Bruxelles. Henri Kistemaekers. 1876. (Geschichte der Kommune von 1871 von Lissagaray, Brüssel bei H. Kistemaekers) erschien 1877 eine deutsche Uebersetzung im Verlage von Bracke, und wie wir hören, wird von Dietz in Stuttgart jetzt eine neue, revidirte Auflage derselben vorbereitet.

Ja, eine Geschichte der Kommune ist's, was Lissagaray uns gegeben hat. Wir hatten eine ganze Literatur über die Pariser Kommune, einen wahren Wolkenbruch von dicken und dünnen Bänden, von Broschüren, Pamphleten für und wider, von Skizzen, persönlichen Erlebnissen — Alles, nur keine Geschichte. Lissagaray hat die Geschichte der Kommune von 1871 geschrieben.

Er hat mit Bezug auf die Kommune das traurige Wort Lügen gestraft: „Die Besiegten haben keine Geschichte“; und, ist seine Geschichte den Besiegten zum Ehrendenkmal, den Siegern zur Schandsäule geworden — um so besser für die Besiegten, um so schlimmer für die Sieger!

Es war ein schweres Stück Arbeit. Wenn auch der Schmutz, den der Schlammvulkan der Reaktion seit 6 Jahren ohne Unterlaß ausspeit, sich noch nicht verhärtet und die Lüge noch nicht Zeit gehabt hat, mit den Thatsachen zusammenzuwachsen, wie das z. B. bei den Ereignissen der französischen Revolution von 1792, 1793 und 1794 der Fall ist, so gehörte doch großer Fleiß und durchdringender Scharfsinn dazu, das Wahre vom Falschen zu sondern, die verborgene Wahrheit zu entdecken und ans Licht zu ziehen. Und unbestechlicher Wahrheitsliebe bedurfte es, um den Kommunekämpfer und Kommuneflüchtling der Kommunetragödie gegenüber mit der für ein Geschichtswerk nöthigen Objektivität (Unparteilichkeit) zu panzern.

So weit es überhaupt heut möglich, hat Lissagaray seine Aufgabe gelöst.

Im „Vorwort“ sagt er:

„Ein Geächteter ist's, der die Feder hält — kein Zweifel; aber ein Geächteter, der weder Mitglied, noch Offizier, noch Beamter der Kommune war; der fünf Jahre lang die Zeugenaussagen gesichtet; der sieben Beweise verlangt hat, ehe er schrieb; der den Sieger auf die geringste Ungenauigkeit lauern sieht, um alles Uebrige bestreiten zu können; der für die Besiegten nichts Besseres vorzubringen weiß, als die einfache und wahre Erzählung ihrer Geschichte.

„Diese Geschichte ist auch den Söhnen der Besiegten geschuldet und allen Arbeitern der Erde. Das Kind hat ein Recht, die Ursachen der Niederlage des Vaters — die sozialistische Partei, die Feldzüge ihrer Fahne in allen Ländern zu kennen. Wer dem Volk falsche Revolutionsmärchen auftischt, es mit phantastischen Geschichten unterhält, ist ebenso strafbar wie der Geograph, der unrichtige, gefälschte Karten für die Seefahrer zeichnet.“

Nun — was die Vorrede verspricht, das hält das Buch.

Es bietet uns Wahrheit. Wahrheit gegen Freund und Feind. Alles durch Aktenstücke erhärtet. Noch nicht „die ganze Wahrheit“ — hier und da finden sich Lücken, die erst spätere Forschung ausfüllen wird — aber doch „nichts als Wahrheit“, und genug, um dem Leser ein wahres Gesammtbild zu geben.

Mancher wird enttäuscht sein.

Die Dichtung ist bestechender als die Wirklichkeit. Wenigstens auf den ersten Blick. Schaut man tiefer, so zeigt sich, daß umgekehrt die Wirklichkeit schöner und anziehender ist als die Dichtung. Wer die Menschen nur aus Romanen kennt, wendet sich mit einem gewissen Ekel ab von den Menschen, die ihm im Leben begegnen. Es fehlt ihnen der „poetische Hauch“, sie sind „gemein“. Bei näherer Betrachtung jedoch findet — nicht Jeder, aber „wer Augen hat zu sehen“, daß das Leben der unerschöpfliche Born der Poesie ist, und Der kein wahrer Dichter, der aus diesem Borne nicht schöpft.

Aus dem einfachsten, bescheidensten, hausbackensten Menschenleben läßt sich ein schönerer, ein poetischerer Roman machen, als der „genialste“ Dichter, welcher der praktischen Menschenkenntniß ermangelt, zu dichten vermag. Das Wissen ist etwas sehr Nüchternes. Es entfernt den phantastischen Nebelschleier, welcher Menschen und Dinge umhüllt und der Einbildungskraft freies Spiel läßt; allein für diesen Verlust werden wir reichlich entschädigt. Wie viel phantastischen und zum Theil poetischen Dunst hat nicht die Astronomie verflüchtigt! Und doch — sind die Wunder der Wirklichkeit, welche die Astronomie uns erschließt, nicht tausendmal großartiger, erhebender als die Wunderlegenden der Astrologie? Ja erhebender — in des Wortes eigentlichster Bedeutung. Denn das Wissen erhebt, erhöht, während das Glauben, das Nachbeten erniedrigt, herabdrückt.

Die Wirklichkeit, die in dem Werke Lissagaray's entrollt wird, ist weit entfernt von Dem, was die meisten unter uns sich bisher vorgestellt. Die Personen, welche durch die Ereignisse in den Vordergrund der Aktion gedrängt wurden, erscheinen weit kleiner, mitunter sogar kleinlich. Nur wenige hatten ein annäherndes, keiner das volle Verständniß der Situation. Nie ist das, die ganze Menschheits-Geschichte verdunkelnde Ammenmärchen von den „Führern“, den „großen Männern“, den bahnzeigenden und bahnbrechenden „Helden“ schlagender widerlegt worden. Wer an Ammenmärchen Spaß hat, wird sich darüber ärgern; wer die Wahrheit will, und wissenschaftlichen Geist hat, wird dem Verfasser danken. „Führer“ sind nicht vorhanden; die Bewegung des 18. März ist organisch aus den Verhältnissen hervorgewachsen; von Denen, die sich selbst vielleicht für „Führer“ gehalten, konnte nicht Einer die kolossale Bedeutung des elementaren Ereignisses ermessen und folglich auch nicht „an der Spitze“ der Bewegung marschiren, geschweige denn ihr den Weg weisen. An „großen Männern“, an „Helden“ hat's freilich nicht gefehlt, aber es waren die Hunderttausende von Männern, Frauen, Kindern, in denen der Gedanke der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sich verkörpert hatte, die trotzig, lächelnd dem Gebote der Pflicht folgten, trotzig lächelnd in den Tod gingen. Je kleiner die „Führer“, desto größer das Volk. Und an der Größe des Volks richten auch die „Führer“ sich auf, — in den Tagen der Entscheidung kämpfen sie unter dem Volk, bluten mit dem Volk, sterben mit dem Volk.

Aehnlich war's in der vulkanischen Eruptionszeit der ersten Revolution. Die historische Kritik thut dar, daß die „großen Männer“, denen die Vulgär-Geschichtsschreibung den Glorienschein göttlicher oder teuflischer Allmacht um die Schläfen gelogen hat, an der Sturmfluth, welche die alte Feudalwelt fortriß, unschuldig waren wie neugeborene Kinder; daß sie mit dem Strom schwammen, — gleich der gewöhnlichen „Heerde“; daß sie durchschnittlich weit schlechter schwammen, als die Namenlosen der gewöhnlichen Heerde; und daß auch nicht Einer von ihnen des Wesens der Bewegung, des Woher? und gar des Wohin? sich klar bewußt war. An sämmtlichen „grandes journées“ — den „großen Tagwerken“ der „großen Revolution“ —

am 14. Juli (1789, Erstürmung der Bastille), am 5. Oktober (1789, Marsch der Pariser nach Versailles, um den König zu „holen“), am 20. Juni (1792, Spaziergang des Volks in die Tuilerien), am 10. August (1792, Tuileriensturm), in den blutigen Septembertagen (1792, Vernichtung des inneren Feindes, um dem äußeren die Spitze bieten zu können), am 2. Juni (1793, Sturz der Girondisten) —

jedesmal, mit einer Regelmäßigkeit, die das Walten eines ehernen Gesetzes ankündigt, — jedesmal dasselbe Schauspiel: Das Volk ist am Platz, und Diejenigen, welche für seine „Führer“ galten, glänzen durch Abwesenheit oder hinken jämmerlich nach, statt kühn vorn herzuschreiten. —

— Mit den politischen Ereignissen verhält es sich genau wie mit Naturereignissen. Sie sind die Bethätigung, das Resultat bestimmter, unter bestimmten Umständen wirkender Kräfte. Der Verlauf entspricht der Natur dieser Kräfte und Umstände. Aber, auch wenn wir mit den Kräften und Umständen aufs Genaueste bekannt sind, ist es trotzdem, selbst bei den alltäglichsten Witterungsphänomenen in den meisten Fällen geradezu unmöglich, bis in alle Details hinein den Prozeß zu überschauen und den Verlauf vorher zu berechnen.

Ebenso ist's mit den politischen Phänomenen — nur in noch höherem Grade, weil wir es dabei mit den menschlichen Leidenschaften und sonstigen komplizirten Faktoren zu thun haben, die weit schwerer zu berechnen sind, als die einfachen Naturkräfte.

Da redet man viel von „Männern, die ihrer Zeit vorausgeeilt“ — alberne Fabel. Der begabteste, umfassendste Geist reicht nicht aus, um das Gesammtgebiet des menschlichen Lebens und Strebens zu überschauen, oder gar es zu durchforschen. Nicht einmal die einzelnen Zweige der Wissenschaft können von einem einzelnen Individuum erschöpfend behandelt werden. Das Höchste, was der Mensch leisten kann, ist: das Feld der Thätigkeit, welches er sich abgegrenzt hat, mit konzentrirtem Fleiß bearbeiten, das vorhandene Kapital von Erfahrungen und Wissen sich geistig anzueignen, und dem durch seine Vorgänger und Mitarbeiter Erworbenen, mit diesem alten Kapital arbeitend, den Ertrag seiner eigenen Arbeit hinzuzufügen. Das ist sehr bescheiden — trotzdem ist es sehr viel, und Niemand kann mehr.

Wir sind Alle an den Boden der Realität geschmiedet, und so wenig Jemand über die Erdfläche emporschnellen und an seinem Zopf in den Mond klettern kann, können wir uns über die Kulturfläche unserer Zeit hinausschwingen und durch den leeren Raum ein den übrigen Menschen unsichtbares, von ihnen noch nicht geahntes Ziel erreichen. Die Kulturfläche selbst erhöht sich allmälig mit der Zunahme des aufgespeicherten Kapitals an Erfahrungen und Kenntnissen. Dies ist aber nicht das Verdienst einzelner Individuen, — obgleich nicht bestritten werden soll, daß der Eine mehr leistet, als der Andere — sondern das Ergebniß der gesammten menschlichen Arbeit. Die Kultur der Menschheit ist die aufgesammelte Kollektivarbeit der Menschheit: jede Kulturthat ist Kollektivarbeit. Und die Revolutionen sind Kulturthaten par excellence — im höchsten Sinne des Wortes.

Wer hat den 18. März „gemacht“? Das Volk.

War der 18. März eine Laune des Volks, eine übermüthige Kaprice?

Er war Nothwendigkeit! Diese Nothwendigkeit erklärt uns Lissagaray, und zeichnet die Lage der Dinge in meisterhaften Strichen. Die Kommune wird vor unseren Augen. Wir sehn sie entstehn. — — Bonaparte stürzt kopflos in den Krieg, in die Falle. Das Pariser Proletariat protestirt, reicht die Bruderhand über den Rhein. Der Protest verhallt in dem wahnsinnigen A Berlin! (Nach Berlin!)-Gebrüll der weißen Blousen und des offiziellen Frankreich. Die Ereignisse jagen einander in rasender Eile, die Nation hat nicht Zeit sich zu sammeln. Am 9. August, nach Bekanntwerden der ersten schweren Niederlagen, ertönt in Paris der Ruf: Republik! Die Kammerlinke wiegelt durch tönende Reden ab. Ein Hauch, und das Kaiserreich lag im Koth, dem es entsprungen. Doch das paßte den Helden der Phrase nicht in den Kram. Am 14. August wollen die Freunde Blanqui's die Lunte ins Pulverfaß werfen. — Der Versuch mißlingt: das Volk, von den Schwätzern der Linken, an die es noch glaubt, im Dunkel gehalten, bleibt gleichgiltig und überläßt die „verlorene Hoffnung“*) der Revolution ihrem Schicksal.

Sedan! Jetzt ist das Maß voll, — im Dampfkessel beginnt 's zu brodeln. Die Herren der Linken setzen sich darauf, um durch ihr Gewicht eine Explosion zu verhindern. Hilft nichts: das Kaiserreich fliegt in die Luft und die Herren von der Linken — in die Regierung. Paris hat nur Einen Gedanken: Rettung Frankreichs, Vertheidigung. Die deutsche Armee erscheint vor der Stadt, — wäre es der Bourgeoisie und ihren Agenten in Armee und Regierung nachgegangen, man hätte sofort kapitulirt.

Tausendmal lieber die „Preußen“ in der Stadt, als die Arbeiter auf dem Stadthaus! Die Bourgeoisie, die das Wort Patriotismus so gern im Munde führt, ist zu keiner Zeit und in keinem Land patriotisch gewesen, während das Proletariat, dem sie pharisäerhaft unpatriotische Gesinnung vorwirft, stets mit Freuden sein Blut für das bedrohte Vaterland geopfert hat. Wäre das A Berlin geglückt, und Paul Cassagnac mit den Prätorianern der imperialistischen Räuberbande statt als Kriegsgefangener, als „Sieger“ an die Spree gekommen, unsere nationalliberalen Bourgeois hätten ihm mit Kratzfüßen die Schlüssel der künftigen Reichshauptstadt überbracht — falls sie nicht von dem „vaterlandslosen Gesindel“ daran verhindert worden wären. Wir wissen ja, wie die Bourgeoisie es 1866 in Wien trieb, als die Vorposten der Preußen sich an der Donau zeigten. Wien, Berlin, Paris — Bourgeoisie ist Bourgeoisie.

Wohl oder übel muß man sich zur Vertheidigung entschließen, und das Proletariat bewaffnen. Unermeßlich sind die Hilfsquellen der Vertheidigung; das vorhandene lebende und todte Kriegsmaterial braucht blos organisirt zu werden, und der eiserne Ring ist gesprengt, welcher die Stadt umspannt.

Wohlan — Trochu hat „seinen Plan“: er fürchtet den revolutionären Krieg, nach den Regeln des fachmilitärischen Kriegs sind die Belagerer nicht zu schlagen, die Pariser, die keinen Spaß verstehen, haben aber „die fixe Idee“, den eisernen Ring sprengen zu wollen, gleichviel ob fachmilitärisch oder revolutionär — ergo muß man ihnen den Gefallen thun, eine Scheinvertheidigung mit obligaten wirklichen Aderlässen für die heißblütigen Pariser in Szene setzen. Das ist der famose „Plan“.

Und er wurde bis zu Ende durchgeführt.

Daß die Vertheidigung von Paris für die Regierung der nationalen Vertheidigung eine blutige Farce war, kann nach der dokumentarischen Beweisführung Lissagaray's nicht mehr bezweifelt werden. Das Proletariat ahnt den Verrath. Am 31. Oktober hebt es die Hand gegen die Verräther. Doch die Hand wird aufgehalten durch die lähmende Frage: „Wird's nicht den Belagerern nützen?“ Aber das Wort: Kommune wird ausgesprochen. Die Kommune von 1792, 1793, 1794, in der Kommune Marats, Héberts, Ronsin's, Chaumette's war das Herz, war das Hirn des Frankreich der großen Revolution. Die Kommune war die Revolution, war die Republik. — —

Paris blutet, friert, hungert vier Monate lang; am 27. Januar ist es so auf den Hund gebracht, daß die Operation stattfinden kann, die schon für den September beabsichtigt war — es wird kapitulirt. Paris knirscht in ohnmächtiger Verzweiflung.

Nach der Kapitulation die Amputation. Unter dem Waffengeklirr des heimischen Belagerungszustandes und der fremden Invasionsarmee fegt Frankreich — denn von einer Wahl kann da nicht die Rede sein — den Kehricht aller früheren verrotteten, verfaulten Regierungssysteme zusammen, schickt ihn nach Bordeaux und nennt's Nationalversammlung. Der legitimistisch-orleanistisch-bonapartistische Sammelsurium will Friede um jeden Preis, und „Ordnung“ um jeden Preis. Friede — das heißt Bewilligung der Milliarden, Abtretung von Elsaß-Lothringen. Fort mit Schaden! Ordnung, — das heißt Vernichtung der Republik, zunächst ihres Wesens, bis man auch die Form und den Namen beseitigen kann; Ordnung — das heißt in erster Linie „Ordnung in Paris!“ „Ordnung“, wie weiland in Warschau. Das unverbesserliche „Nest der Revolution“ muß ausgenommen werden!

Und die „Chambre rurale“, die reaktionäre, reaktionswüthige Krautjunker-, Pfaffen- und Bourgeois-Kammer geht methodisch ans Werk. Es regnet Demüthigungen, Insulten auf Paris. Versailles wird zur Hauptstadt gemacht, die Pariser Nationalgarde unter den brutalen, stupiden Gamaschenkopf d'Aurelles gestellt, die republikanischen Pariser Zeitungen unterdrückt oder geknebelt — der Staatsstreich schwebt in der Luft. Nur Eins ist noch nöthig: Paris zu entwaffnen. Am 18. März wird's versucht. Die Versailler greifen an. Paris vertheidigt sich. Paris erhebt sich — spontan, ohne Vorbereitung — gleich dem Garottirten, der die ihm um den Hals geworfene Schlinge packt und zerreißt.

„Plan“ war blos auf der anderen Seite; hier war es der Instinkt der Selbsterhaltung. — Das Volk ist siegreich und großmüthig im Sieg. Paris hat seinen Platz in Frankreich, seinen Platz in der Welt zurückerobert. Die Kommune soll Frankreich regeneriren, der Welt ein leuchtendes Vorbild sein.

„— — Das preußische Regiment, schreibt Lissagaray, hatte die täuschende Hülle durchlöchert und offenbart, was achtzig Jahre der Bourgeoisherrschaft aus Frankreich gemacht haben: ein Goliath von einem Zwerg genasführt. Paris kam, zerschnitt die tausend Fäden, die Gulliver an den Boden hefteten, stellte den Blutumlauf in den verkümmerten Gliedern wieder her und sagte: „Möge ein jeder Bruchtheil der Nation im Keim das Leben der ganzen Nation besitzen. **Die Einheit des Bienenstocks, nicht die der Kaserne!** Die Urzelle der Republik ist die Gemeinde, die Kommune.“

„Der Lazarus des Kaiserreichs, der Belagerung, stand von den Todten auf. Der Reif um die Schläfen war zerbrochen, die Fesseln zerrissen, abgestreift — er wollte ein neues Leben beginnen, mit seinem Hirn frei denken, mit seinen Lungen frei athmen, die neugebornen französischen Kommunen allesammt durch sein Beispiel nach sich ziehen. Jeder verjüngte sich in diesem neuen Leben.

„Die Verzweifelten des vorigen Monats strahlten vor Begeisterung. Man redete einander an, drückte einander die Hand, ohne sich zu kennen. Damals gab's keine Fremdlinge, blos Brüder, beseelt von dem nämlichen Willen, dem nämlichen Glauben, der nämlichen Liebe.

„Sonntag, der 26. März (Proklamirung der Kommune), ist ein Tag der Freude, der Sonne. Paris fühlt sich glücklich, als wäre es aus nächtiger Finsterniß, oder aus einer großen Gefahr gerettet.“ —

(Schluß folgt.)

*) „Forlorn hope“, verlorene Hoffnung nennt der Engländer die Vordersten beim Sturm auf eine Festung, die ihr Leben für die Anderen in die Schanze schlagen.

Parlamentsberichte

Deutscher Reichstag.

90. Sitzung vom 16. März, 1 Uhre, von
Am Tische des Bundesrathes: von Bött.
Maltzahn, Bosse, Hollmann, v. Step für 1891/92
Die dritte Lesung des Reichshaushalts-Justiz-Ver-
wird fortgesetzt mit dem Etat der Rei
waltung. g. Gutfleisch (dfr.)
Nach polemischen Bemerkungen des
gegen den Abg. Böckel ergreift das W Böckel hätte sich lieber
Abg. **Stadthagen** (Soz.): Der dem er sachverständig ist, auf das Gebiet beschränken sollen, ebiete zu begeben, von denen auf das der Alimente, statt sich ausfall zu zeigen, daß er weder er keine Ahnung hat, und im Gen betreffenden Anwalt kennt. den Wortlaut des Gesetzes nos die gesetzliche Gebühr von 10 M. Der vorliegende beweist nurg zu niedrig ist. Aber meine Abfür eine Revisionsrechtfertwerven Zweck eine Reihe von Einzelsicht ist, hier zu einenngen, nicht um sofortige Remedur zu fällen zur Sprache zuet Herr Staatssekretär noch nicht lange bewirken — dazu sind Informationen nicht sofort zu erlangen, genug im Amt un Sinne des Vorwurfes, als sei hier nicht — auch nicht ngen, sondern als Symptome der Art und gesetzlich vorgesetzgebung, gegen die gesetzgeberische Maßregeln Weise unseren müssen. Da nach dem Ausspruch des Reichsgetroffen e mit Rücksicht auf die Sozialdemokratie getroffen kanzlers sollen, so nimmt man vielleicht auch auf ihren Wunsch werden, daß kein Unschuldiger verhaftet werde, und ändert § 112 Rück der Straf-Prozeßordnung möglichst schnell und noch vor ur Revision im Ganzen ab. Der § 112 schützt nicht davor, daß Unschuldige Wochen, ja Monate lang in Untersuchungshaft bleiben, ohne daß es möglich ist, einen der dabei mitwirkenden Beamten zivil- oder strafrechtlich zu belangen. — Der Redner zitirt nun den Fall eines verkrüppelten Armen in Rüdersdorf, der sich nach Berlin begab, dort von Mitleidigen, ohne daß er bettelte, eine milde Gabe erhielt, wegen Bettelns verhaftet und schließlich freigesprochen wurde. Der Richter erklärte, daß keine einzige strafbare Handlung vorliege, aber nach der Haft verfiel der Arme in Tobsucht und Fieber. In einer Ortschaft bei Landsberg ging ein Tischler zur Zeit der Wahl in ein

Arbeiter Berlins! Gedenkt der ausgesperrten deutschen Arbeiter!

Lokal, um dort der Wahl beizuwohnen, wozu er berechtigt war. Ein Gendarm, dem er übergeben wurde, wollte ihm erst Handfesseln anlegen, dann wand er ihm nur ein Seil um den Hals und führte ihn so nach Alt-Landsberg, sagte ihm aber schon auf dem Transport, er werde wahrscheinlich bald wieder losgelassen. „Sie haben eigentlich nichts gethan, aber Sie sind wenigstens aus dem Wahllokal heraus." Der Mann verlangte den Richter in Alt-Landsberg zu sprechen, der war, was ihm nicht übel zu nehmen ist, in der Kneipe und bestätigte die Verhaftung, die nach vier Tagen aufgehoben wurde. Auch in diesem Fall lag nicht der geringste Grund zur Verhaftung vor, aber der § 112 ist so unglücklich und reaktionär gefaßt, daß es gar nicht möglich ist, einen Beamten deswegen verantwortlich zu machen. Es muß also möglichst schnell eine Sicherung dagegen eingerichtet werden dadurch, daß der Beamte jedesmal wegen des durch die Verhaftung verschuldeten Unrechts verantwortlich zu machen ist. Der Redner geht nunmehr zu Verhaftungen aus politischen Gründen über, von denen auch Freisinnige getroffen worden sind und zwar bis zu 30 Tagen. In Friedrichshagen mußte ein Mann sieben Monate lang unschuldig sitzen, im Grunde deshalb, weil er Sozialdemokrat ist. Aus einem einzigen Jahr seiner eigenen Praxis könnte der Redner mehr als 50 Fälle von Verhaftung Unschuldiger vorlegen, er hat aber nur die obigen zitirt, weil bei ihnen sofort klar wird, daß das Gesetz, dessen Konsequenzen sie sind, ein erbärmliches sein muß. Hier beim Landgericht I ist bekannt, daß, wer Sozialdemokrat ist, noch dazu, wenn er wegen Vergehen gegen das Sozialistengesetz — er kann deswegen noch heute angeklagt werden — angeklagt ist, ohne Weiteres zu verhaften ist, denn er ist der That immer dringend verdächtig und auch der Flucht verdächtig, weil ihn selbstverständlich eine hohe Strafe treffen muß. In einem Prozeß wegen Geheimbündelei, ein Vergehen, das allerdings juristisch konstruirt ist, aber logisch und nach dem gemeinen Menschenverstande niemals als existirend betrachtet werden kann, wurde die Abnahme des Entlastungsbeweises als gleichgültig abgelehnt, die Leute waren einmal verdächtig, sie sollten jedenfalls bestraft werden, verfielen einer sechsmonatigen Untersuchungshaft und wurden nicht einmal entlassen, als Kaution gestellt wurde. Der einzige Belastungszeuge war ein Spitzel. Derselbe Vorsitzende des Gerichts hatte einmal die Freude, den Angeklagten F. nicht wegen eines politischen Vergehens, sondern wegen eines ganz gemeinen Delikts, wegen Revolver-Erpressung, zu vernehmen. Seine erste Frage war nach dem politischen Glaubensbekenntniß, denn das ist ihm für das Maß der Schuld die Hauptsache. Er antwortete, daß er nationalliberal sei, und wurde trotzdem verurtheilt. Also auch die Herren dieser Partei haben alle Ursache, scharf darauf zu sehen, daß derartige Fragen an Angeklagte unterbleiben. Der Vorsitzende selbst schien es nicht für möglich zu halten, daß ein Nationalliberaler solche Sachen machen könne, die ein Sozialdemokrat noch nie gethan hat. Die Frage nach dem Glaubensbekenntniß beweist, daß die Antwort auf die Verhängung der Untersuchungshaft von Einfluß ist. Die Polizeibehörde in Hamburg nahm Streikende, die nichts gethan hatten als allenfalls einen Vertrag gebrochen, nicht nur in Untersuchungshaft, sondern ließ sie dort wie Verbrecher photographiren. Wenn das einem Konservativen passirte, würde der Staatsanwalt darin sofort einen starken Mißbrauch der Staatsgewalt und Freiheitsentziehung erkennen, die Jemand zu der Duldung zwingt, sich photographiren zu lassen. Und gegen die meisten dieser Leute ist die Anklage-Erhebung nicht einmal versucht worden. Das beweist, daß die der Polizei durch die Strafprozeßordnung eingeräumte Stellung leider an manchen Stellen dazu mißbraucht worden ist, um im Kampfe der Kapitalistenklasse zu Hilfe zu kommen. Und warum nimmt die Hamburger Polizei Photographien von ehrlichen Arbeitern auf, während sie doch nach derselben Gesetzgebung nicht verpflichtet ist, sich die Photographien von den dortigen Bordells und den Bordellinhabern zu verschaffen? (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. **Bosse**: In allen Fällen, die der Vorredner angeführt hat, ist nach seinem eigenen Zeugniß nach den bestehenden Gesetzen verfahren worden; das Reichs-Justizamt ist also nicht die Stelle, welche darin Abhilfe schaffen kann. Wenn nun sein Wunsch darauf gerichtet ist, die Straf-Prozeßordnung in der Richtung sofort zu ändern, daß künftig nicht mehr Unschuldige verhaftet werden dürfen, so hätte er doch auch das Rezept dazu geben müssen. Hätte ich dies, ich setzte mich heute noch hin, arbeitete eine Novelle aus und brachte sie durch alle Instanzen: denn nicht nur monatelange Untersuchungshaft, sondern jeder Tag, jede Stunde unschuldig verbüßter Haft ist tief beklagenswerth. Mit einer bloßen Aenderung des § 112 der Straf-Prozeßordnung dahin, daß die Beamten zivil- und strafrechtlich für die Folgen ihrer Anordnung verantwortlich gemacht werden sollen, ist die Sache nicht abgethan, das muß der Vorredner als Jurist sich selber sagen. In früheren Jahren hat mein Herr Amtsvorgänger erklärt, daß die Reichs-Justizverwaltung die Reformfähigkeit und Reformbedürftigkeit des Straf-Gesetzbuches und der Reichs-Justizgesetze anerkennt, und daß die Vorarbeiten zu einer Reform auf diesem Gebiete mit allem Ernst betrieben werden. Unter meiner Leitung soll das Tempo dieser Vorarbeiten nach Möglichkeit beschleunigt und dabei auch das schätzbare Material der Einzelfälle des Vorredners in Beachtung genommen werden. (Beifall.)

Abg. **Gröber** (Zentrum): Ich kann nicht unwidersprochen annehmen, daß der Richterstand nach reiner Willkür Verhaftungen gesetzt. Herr Stadthagen spricht von einer Willkür des unrichtigen und von einer Willkür der Beamten. Ersteres ist ganz beruhen. Das Gesetz ist gerade mit großer Sorgfalt seiner Zeit schuldigen beschlossen worden. Die Forderung, daß keine Unwird von jedermann verhaftet werden sollen, ist keine sozialistische, sondern freilich Mißgriffe anständigen Menschen vertreten. Nun kommen würden es auch vor, denn auch die Beamten sind Menschen und richtig! im Zentrum sozialdemokratischen Idealstaate bleiben. (Sehr lingen, auf diese Weise. Es wird dem Abg. Stadthagen nicht gepositive Vorschläge seien deutschen Richterstand zu diskreditiren; Abg. **Stadthagen**: ihm nicht gemacht worden.

dafür, daß er die von mir dankte dem Herrn Staatssekretär der in Aussicht genommenen gebrachten Fälle als Material bei will. Es ist ein Irrthum, daß derung des Gesetzes verwenden gemacht habe. Wir würden ein keine Verbesserungsvorschläge wenn die Polizisten, Staatsanwälte tes Stück vorwärts kommen, Verhaftung mitwirken, nicht bloß und Richter, welche bei der und zivilrechtlich für ungerechtfertigte moralisch, sondern auch strafgemacht würden. Jetzt macht der Richter haftungen verantwortlich umgekehrt, dieser jenen verantwortlich, den Staatsanwalt und moralische Verantwortlichkeit trifft schließlich keinen. Es giebt ja viele gewissenhafte Richter, aber das Gesetz soll eben keine Willkür zulassen. Hier aber geschieht das. Gesetz, der Jurist sagt, was Gesetz ist, ist keine Willkür; aber in der Praxis läßt sich Beides vereinigen. Was heißt, einer That dringend verdächtig? Was heißt, Jemand ist der Flucht verdächtig? Auf diese Weise wird ein Sozialdemokrat, bei dem man eine strenge Bestrafung voraussetzt, immer fluchtverdächtig sein, und ein sozialdemokratischer Parteiführer, der Einfluß auf seine Parteigenossen hat, wird dem Staatsanwalt immer verdächtig der erregenden Kollusion sein. Die Bürger sind doch schließlich nicht der Beamten wegen da, sondern die Beamten des aufrechtzuerhaltenden Gesetzes wegen. Jetzt aber ist die Verantwortlichkeit so unerheblich, daß, wenn ein Richter einen Angeklagten 4 oder 7 Monate hat unschuldig verhaftet sein lassen, er sich noch nicht einmal entschuldigt. Ich erinnere mich übrigens nicht gesagt zu haben, daß die Vermeidung von ungerechtfertigten Verhaftungen eine Forderung nur der Sozialdemokraten sei. Ich will nicht sagen, daß die Abgeordneten anderer Parteien nicht derselben Ansicht seien. Herr Gröber sagt, ich möchte einen anderen Vorschlag machen, als jetzt im Gesetz steht. Ich fürchte aber, einen solchen würde man im Hause nicht annehmen, und außerdem, wenn wir schon einmal an der Strafprozeß-Ordnung rütteln, dann würden wir sie von Grund aus ändern, wir würden mit der gesammten Staatsanwaltschaft aufräumen und statt der gelehrten Richter und der jetzt vorhandenen Schwurgerichte wirkliche Volksgerichte einführen.

Abg. **Gröber** ist von dieser letzteren Erklärung sehr befriedigt. Wenn jeder Richter ohne Unterscheidung von dolus oder culpa für die Folgen haftbar gemacht werden solle, so würde man keine Richter mehr finden. Dieser Vorschlag falle also in sich selbst zusammen. „Dringend verdächtig" reiche völlig aus; welche Thatsachen sollen denn diesem Moment noch hinzutreten? Wolle Herr Stadthagen wirkliche Volksgerichte schaffen, so möge er dafür sorgen, daß sie nicht Jenen ähnlich werden, welche einen Genossen deshalb verurtheilen, weil er verbotenermaßen in die Philharmonie gegangen ist. (Heiterkeit.)

Abg. **Schenck von Stauffenberg** (dfr.): Nach meinen Erfahrungen ist einer der Hauptgründe zur Verhaftung Unschuldiger darin zu finden, daß man es mit dem Verdacht der Kollusion, der Verdunkelung der Thatsachen, etwas zu leicht nimmt. Fügte man hier bestimmte Kriterien oder wirkliche Thatsachen, welche diesen Verdacht erhärten, dazu, so würde schon viel gewonnen sein. In der Beziehung hat die württembergische Regierung in neuester Zeit eine Ausdehnung der gesetzlichen Vorschriften befürwortet.

Der Etat der Reichs-Justizverwaltung wird genehmigt.

Beim Etat des Reichs-Schatzamtes nimmt

Abg. Graf **Mirbach** (dk.) Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß jetzt allseitig anerkannt ist, daß der Silberpreis in innerem Zusammenhange steht mit dem Preise aller Waaren, die überhaupt einen Weltmarktpreis haben. Ferner muß ich an dieser Stelle bestreiten, daß der Goldvorrath der französischen Bank nicht so hoch sei, wie der der Reichsbank.

Abg. **Bamberger** (dfr.): Die Herren haben recht, jede Gelegenheit zu ergreifen, um uns zu zeigen, daß sie doch noch am Leben sind. Ich konstatire nur das Gegentheil von dem, was Herr Graf Mirbach in seinem ersten Satz als unanfechtbar hinstellen wollte. Was die französische Bank betrifft, so hat Niemand, auch der Bankpräsident nicht, bestritten, daß absolut genommen, der Goldvorrath der französischen Bank höher ist, als der der Reichsbank. Im Uebrigen verzichte ich auf eine Währungsdebatte um so mehr, als ich öfter noch Gelegenheit haben werde, mit den Herren mich über diese Frage zu unterhalten.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.): Ich habe die feste Ueberzeugung, daß das Silber mit elementarer Gewalt sich die Stellung wieder erobern wird, welche es früher gehabt hat. Die Remonetisirung des Silbers, welche in Amerika vorgenommen wird, hat ein eminentes Steigen aller Waarenpreise zur Folge; sie wird auch der einzige Ausweg aus den zollpolitischen Differenzen sein, welche uns jetzt beschweren.

Ueber die in zweiter Lesung zu diesem Etat eingereichte Resolution Richter betr. die Höhe der Reisekosten-Entschädigungen berichtet Namens der Budgetkommission

Abg. **Hahn**: Die Kommission beantragt die Annahme des Antrages in folgender Fassung: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, das Reglement in Betreff der Vergütungen für Reisekosten der Beamten und Offiziere den veränderten Verhältnissen entsprechend einer Revision zu unterziehen und hierbei für Dienstreisen, welche auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen zurückgelegt werden, an Stelle der Kilometergelder die Beträge für die Fahrkarten zu vergüten."

Ohne Debatte wird dieser Antrag einstimmig angenommen und der Etat des Reichsschatzamtes genehmigt.

Beim Etat des Reichs-Eisenbahnamts ergreift das Wort

Abg. Graf **v. Moltke**: Es wird nicht bestritten, daß im Interesse der Eisenbahnen eine Einheitszeit durchaus unentbehrlich ist; aber wir haben allein in Deutschland 5 oder 6 verschiedene Einheitszeiten. Wir rechnen im Norden Deutschlands und in Sachsen mit Berliner Zeit, in Bayern nach Münchener, in Württemberg nach Stuttgarter, in Baden nach Karlsruher und in der Rheinpfalz nach Ludwigshafener Zeit. Wir haben also jetzt in Deutschland sechs Zonen; alle Nachtheile und Unzuträglichkeiten, welchen wir an der französischen und russischen Grenze zu begegnen fürchten, wenn wir eine Einheitszeit für ganz Deutschland einführen, haben wir jetzt sechsfach. Diese verschiedene Einheitszeit ist eine Ruine, die aus der Zeit der Zersplitterung stehen geblieben ist, die aber, seit wir ein Reich geworden sind, wegzuräumen wäre. Diese verschiedenen Zeiten, zu welchen die Ummenge aller verschiedenen Ortszeiten hinzukommt, sind eine wesentliche Erschwerung für den Betrieb der Eisenbahn ganz besonders bei den Leistungen, welche von ihren für militärische Zwecke gefordert werden. Im Falle der Mobilmachung müssen alle Fahrzeiten in Ortszeit und Einheitszeit berechnet werden, während die Truppen sich doch nur nach der Uhr ihres Standquartiers oder ihrer Heimath richten können. Ebenso verhält es sich mit den Fahrplänen. Die norddeutschen Eisenbahnenverwaltungen rechnen nur mit Berliner Zeit; alle diese Tableaux und Listen müssen also auch in Berliner Zeit umgearbeitet werden. Diese wiederholte Umarbeitung kann leicht zu einer Fehlerquelle werden und es ungemein erschweren, plötzliche Dispositionen zu treffen, wie sie bei Stockungen oder Unfällen auf der Eisenbahn augenblicklich gefaßt werden müssen. Hier könnte eine allgemeine deutsche Einheitszeit für die Eisenbahnen von großem Vortheile sein. Dafür ist nun besonders der 15. Meridian, der Stargarder Meridian geeignet, welcher Deutschland ebenso wie Schweden und Italien durchschneidet und später vielleicht eine allgemeine mitteldeutsche Einheitszeit herbeiführen könnte. Dieser Meridian bedingt Zeitverschiedenheiten im Osten von 31, im Westen von 36 Minuten gegen die Sommerzeit; solche und größere Differenzen sind in Amerika kein Hinderniß für den Verkehr und das Publikum geworden. Alle Uebelstände aber lassen sich nur beseitigen, wenn wir für ganz Deutschland zu einer einheitlichen Zeitrechnung gelangen, wenn alle Ortszeiten abgeschafft werden. Im Publikum sind dagegen allerdings Bedenken aufgetaucht, wie ich glaube, mit Unrecht. Die schwerwiegende Autorität der Herren von der Sternwarte ist allerdings ablehnend in die Wagschale gefallen. Diese Herren verlangen viel mehr als wir; die Wissenschaft verlangt statt der deutschen Einheitszeit eine Weltzeit. Diese auf dem Meridian von Greenwich basirende Weltzeit würde aber unmöglich im täglichen Leben durchgeführt werden können; auch alle Eisenbahnfachmänner haben sich dagegen ausgesprochen. Die Vertreter der Sternwarten haben gegen die Einheitszeit eingewendet, daß nur ein kleiner Theil des Volkes sich der Eisenbahn bedient. Gewiß, aber ein noch kleinerer Theil der Bevölkerung ist Astronom, Geodät oder Meteorologe. (Heiterkeit.) Die vornehmsten Reisenden sind die Truppen, welche zur Vertheidigung des Vaterlandes an die Grenzen geschickt werden, und diese verdienen die weitgehendste Berücksichtigung. (Zustimmung.) Die befürchteten Störungen des bürgerlichen Lebens, des Betriebes der Fabriken und der Landwirthschaft werden nicht so groß sein; ein auf Minuten genau rechnender Verkehr kommt im täglichen Leben doch so oft nicht vor. Selbst dieses hohe Haus leistet sich eine akademische Viertelstunde, die auch oft noch überschritten wird. (Heiterkeit.) Andererseits differirt auch die wahre Zeit, die Sonnenzeit, von der mittleren Zeit bis zu 16 Minuten, und diese große Differenz wird im Publikum gar nicht empfunden. Wir können hier einen Majoritätsbeschluß über die Sache fassen, die nur auf dem Wege der Verhandlung im Bundesrath, später vielleicht international gefördert werden kann. Aber diese Verhandlungen werden erleichtert, wenn der Reichstag sich sympathisch für ein Prinzip ausspricht, welches in Amerika, England, Schweden, Dänemark, in der Schweiz und Süddeutschland ohne Störung zur Geltung gekommen ist. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **v. Stumm**: Ich muß zu meinem Bedauern bei meiner Auffassung bezüglich der Einheitszeit stehen bleiben, welche der des Vorredners entgegengesetzt ist. Ich kann meinerseits den Bundesrath nur bitten, daß bei der Einführung der Einheitszeit meine Bedenken in Erwägung gezogen werden.

Der Etat des Reichs-Eisenbahnamtes wird genehmigt. Beim Etat des allgemeinen Pensionsfonds bittet

Abg. **Lorenzen** auch diejenigen Offiziere mit Pensionen zu bedenken, welche in dem schleswig-holsteinischen Kampfe von 1848 bis 51 gegen Dänemark gefochten haben.

Zum Etat des Reichs-Invalidenfonds hat die Kommission aus Anlaß von Anträgen des Abg. Richter und der Abgg. Menzer, Graf Douglas u. s. w. beantragt, Kriegsinvaliden von 1870—71 und vor 1870—71 gleichzustellen und diesen eine Erhöhung der Pensionen zu gewähren, sowie ferner die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen: wie weit die Unzuträglichkeiten zu beseitigen sind, die sich bei Nichtanrechnung der militärischen Dienstzeit für den Gemeindedienst bezüglich der Pension fühlbar gemacht haben.

Abg. **Richter**: Ich kann die Annahme des von der Kommission auf Anregung von anderer Seite beschlossenen Zusatzes bezüglich der Abrechnung der Militärdienstzeit bei der Zivilversorgung nicht empfehlen. Diese Frage gehört gar nicht in das Gebiet, welches meine Anträge betreffen, und bedarf um so weniger einer besonderen Betonung an dieser Stelle, als die Regierung nach ihrer eigenen Mittheilung mit Abänderungsvorschlägen bereits befaßt ist.

Abg. **v. Manteuffel**: Wenn man die Regierung bittet, in Erwägung zu ziehen, wie weit den entstandenen Unzuträglichkeiten abzuhelfen sei, so ist das doch bescheiden genug und kann in keiner Weise präjudizirlich wirken.

Abg. **Hammacher** tritt diesen Ausführungen bei.

Die sämmtlichen Resolutionen werden darauf angenommen und der Etat des Reichsinvalidenfonds genehmigt, ebenso ohne Debatte die Etats der Zölle und Verbrauchssteuern und der Reichsstempelabgaben.

Beim Etat der Post- und Telegraphenverwaltung verlangt

Abg. **Vollrath** (dfr.) wiederum Aufklärung über die als jährliche Einnahme aus Zeitungstelegrammen an Gebühren angegebenen Zahl von 330 000 Mk., die als unrichtig von allen Seiten bezeichnet worden sei. Im Weiteren machte Redner auch jetzt wieder darauf aufmerksam, daß die Briefbestellung in Breslau sehr mangelhaft erfolge. Schließlich ersucht Redner um die Kundgebung der Meinung der Generalpostverwaltung über die Maßnahmen einzelner Ober-Postdirektoren gegen den Verband deutscher Postassistenten. Es würden Aeußerungen gewisser Posträthe und Postdirektoren verbreitet, welche den betreffenden Beamten für den Fall ihres Beitritts zum Verbande geradezu finanzielle Schädigungen oder sonstige Nachtheile angedroht hatten. Sogar eine Verletzung des Telegraphengeheimnisses sei im Zusammenhang mit diesen Drangsalirungen des Verbandes vorgekommen. Andererseits habe man die dem Verbande angehörigen Postbeamten durch eine für sie sehr unbequeme Verlegung ihrer Dienststunden bestraft, so daß auch nicht einmal der dritte Sonntag für sie dienstfrei bleibt. In noch anderen Fällen sei die Versetzung an die russische Grenze angedroht worden. Die Anwendung dieser Mittelchen erinnere doch bedenklich an die Praktiken, welche das Sozialistengesetz an die Hand gab; die Versetzung sei Ausweisung in aller Form. In Leipzig habe man den Verband direkt verboten, weil er Unzufriedenheit dadurch errege, daß er sich mit der Frage des Nachtdienstes und der Gehaltsverbesserung überhaupt beschäftigte, ja — man höre! — weil er durch den besonderen Zusammenschluß der Kasse der Postassistenten den Klassenhaß nähre! (Heiterkeit links.)

Liebermann von Sonnenberg (Antisemit): Die Postabfertigungsstellen in Kassel sind nicht zahlreich genug. Es giebt dort überhaupt nur zwei Anstalten auf 70 000 Einwohner, während Frankfurt a. M. schon 1877 auf 113 000 Einwohner sieben hatte; natürlich, denn die dortigen jüdischen Mitbürger werden schon dafür sorgen, daß ihre Interessen hinreichend berücksichtigt werden. (Gelächter links.) Man solle auch mit Rücksicht auf die wieder auftauchenden partikularistischen Neigungen in Hessen die Befriedigung dieser Wünsche in ernste Erwägung nehmen. In Hannover, in Ostfriesland trat ein junger Postbeamter in der Wahlbewegung gegen die Sozialdemokratie auf und wies auf den Zusammenhang der Judenschaft mit der Sozialdemokratie hin. (Unruhe links.) Ja, es ist doch fast unmöglich, die Sozialdemokratie wirksam zu bekämpfen, wenn man auf diesen Zusammenhang nicht hinweist. (Unterbrechung bei den Sozialdemokraten.) Ihre geistigen Häupter Marx und Lassalle sind doch Juden; die Vertreter Ihrer Presse sind meistens Juden; Sie empfangen große jüdische Vermächtnisse und Ihr Großalmosenier ist doch Herr Singer! (Lachen links.) Dieses Verbrechen des jungen Beamten mußte die Judenschaft natürlich an ihm rächen; er wurde in der heftigsten Weise verdächtigt und angegriffen und die Behörde hat sich leider dazu hergegeben, ihn strafzuversetzen ohne Untersuchung, ohne daß er gehört wurde. Dieser Sache muß doch nachgegangen werden; das liegt im Interesse aller Parteien; es darf kein Beamter gehindert werden, außerdienstlich Agitation zu treiben. Jetzt allerdings liegt keine Befürchtung derart mehr vor, nachdem der Aufruf des Vereins zum Schutze des Judenthums von einer Anzahl Männer mit ihrem vollen Amtstitel unterzeichnet worden ist. In den Postbeamten ist noch kein Zug zur Sozialdemokratie, aber letztere ist sehr emsig bemüht, die Postbeamten zu sich herüberzuziehen. Schließlich regt Redner die Beschaffung von Leinwanduniformen für die Briefträger in den heißen Sommermonaten an.

Direktor im Reichspostamt **Fischer**: Das Personal der Reichspostverwaltung beträgt 100 000 Köpfe; die Verwaltung besitzt das Mittel nicht, jeden Einzelnen von dieser Zahl zufrieden zu stellen. Kein Verdienst des Haupts der Reichspostverwaltung ist größer, als sein zielbewußtes Hinarbeiten auf die Hebung des gesammten Postbeamtenstandes. Die bei Weitem größte Mehrzahl der Beamten weiß und fühlt das und erkennt das an. In Breslau ist das Menschenmögliche geschehen, um dem überraschend schnell gewachsenen Verkehr gerecht zu werden; den Beschwerden des Herrn Vollrath ist im Wesentlichen abgeholfen. Auf die Frage einer neuen Zweig-Postanstalt in Kassel einzugehen, muß ich ablehnen; für die Verwaltung sind übrigens in dieser Hinsicht weder semitische noch antisemitische Rücksichten maßgebend. Die Frage der Herabsetzung der Gebühren für Zeitungstelegramme ist in zweiter Lesung genügend erörtert worden. Die Herabsetzung der Gebühren von 6 auf 5 Pfennige bedingt eine Ermäßigung von 16⅔ v. H. Die Steigerung des Verkehrs betrug nur 7 v. H. Dem Postassistenten-Verbande sind die Verwaltung und ihr Chef nicht abgeneigt, der Verband unterscheidet sich aber von anderen lokalen Vereinigungen der Postbeamten insofern, als er sich über das ganze Reich verbreiten und eine gegliederte Organisation für eine Klasse schaffen will. Das geht doch über die Pflege der Geselligkeit und über die Schaffung von Wohlfahrtseinrichtungen erheblich hinaus, zumal Zweck des Verbandes soll, die Interessen des Postassistentenstandes zu „vertreten". Das kann der Verwaltung nicht ganz gleichgiltig sein. Ohne es zu wollen, gelangen die Führer, junge Leute, über diese selbstgesetzten Ziele hinaus und wohin das führt, das haben wir in anderen Ländern erlebt. Deshalb konnte die Verwaltung diese Frage nicht als eine private betrachten. Der Verband strebt auch besonders günstige Versicherungsbedingungen für seine Mitglieder durch Gründung eigener Kassen, obwohl in dieser Hinsicht alle Fürsorge durch die Gesetzgebung geschaffen ist; zu welchen bedenklichen Konsequenzen solches führen kann, lehrt das Beispiel der Telegraphenverwaltung aus der Zeit vor 1876, wo ähnliche Gründungen einer Katastrophe verfielen, die die Betheiligten schwer schädigte. Deshalb kann die Verwaltung dem Verbande gegenüber sich lediglich passiv verhalten; ein Verbot ist natürlich nicht ergangen, nur sollen die Beamten sich vorsehen, ehe sie dem Verbande beitreten. Der Versuch des Verbandes, sich über das ganze Reich auszudehnen, ist ohne Erfolg geblieben. Gerügt mußte werden, wenn die Beamten ihre Urlaubsreisen dazu benutzten, um in Versamm-

lungen öffentlich zum Beitrag aufzufordern. Die angeführten Aeußerungen von Beamten können wir unmöglich kontrolliren. Von einer Verletzung des Telegraphengeheimnisses kann in dem von dem Abg. Vollrath angeführten Falle nicht die Rede sein. Die Versetzung des Postbeamten aus Weener nach Bramsche hängt mit den von dem Vorredner vorgetragenen Verhältnissen in gar keinem Zusammenhang. (Hört! links.) Es hat eine Untersuchung geschwebt wegen Abhandenkommens eines Briefes, und im Interesse der Dienstzucht ist die Versetzung erfolgt, für die er sich noch dazu bei seinem Vorgesetzten bedankt hat.

Abg. **Förster** (Soz.) bemängelt die auffallenden Verschiedenheiten, welche von der Verwaltung bei der Behandlung der Anträge auf Herstellung telephonischer Verbindungen und bei der Aufstellung der Kostenrechnungen vorkommen; bezieht sich auf einen bestimmten Fall, in welchen die Kosten der Herstellung einer solchen Verbindung zwischen Greiz und Zeulenroda zuerst auf 500 M., später aber plötzlich auf 5000 M. veranschlagt wurden.

Direktor **Fischer** erwidert, daß es sich hier nur um ein Verwechseln handeln könne.

Abg. **Wilser** wünscht weitere Vergünstigungen für den Packetverkehr mit den Angehörigen der Armee, damit die Liebesgaben vom Hause den im Heere stehenden Söhnen reichlicher zufließen.

Direktor **Fischer**: Die Grenze der Portofreiheit ist 1869 nicht ohne Schwierigkeit, wie sie jetzt besteht, geregelt worden. Uebrigens wird von der bisherigen Einrichtung ein sehr lebhafter und umfassender Gebrauch gemacht.

Abg. **Vollrath**: Die Abhilfe, welche die Postbeamten erstreben, ist eine berechtigte; da sie auf loyalem Wege erstrebt wird, darf sie nicht in der angegebenen Weise von der Zentrale gehindert werden.

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg**: Ich habe den Ruf des Generalpostmeisters nicht mit einem Worte angegriffen, also auch zu dem Loblede des Herrn Fischer keine Veranlassung gegeben. Ich werde mich meinerseits der Postbeamten, deren Zufriedenheit keineswegs so allgemein ist, als er anzunehmen scheint, so lange ich lebe und im Reichstage sitze, nach Kräften annehmen. Von konfessionellen und semitischen Fragen habe ich gelegentlich der Erwähnung der Stadt Kassel nichts gesagt. Ich freue mich, daß die Versetzung des Postbeamten aus Weener mit den semitischen Bestrebungen nicht zusammenhängt; die Juden in Ostfriesland haben es aber geglaubt.

Abg. **Schädler** (Zentr.): Die Abneigung der Zentral-Postverwaltung gegen den Verband ist eine durchaus unberechtigte. Mir sind 44 Versetzungen bekannt, welche zum größten Theil darauf zurückgehen, daß die betreffenden Beamten sich zu Verbandsvertretern oder Vorstandsbeamten hatten wählen lassen. Das geht denn doch über das erlaubte Maß. Die Postbeamten haben ebenso wie alle übrigen Reichsangehörigen das freie Vereinsrecht, dieses will ihnen die Postverwaltung auf solche gewaltsame Weise verkümmern. Wofür hätten wir denn die Schlacht im Teutoburger Walde geschlagen, wofür sind wir denn Deutsche geblieben, wenn jetzt unsere Postbeamten in eine solche Lage versetzt worden?

Abg. **Metzger**-Hamburg (Soz.) beschwert sich über die Verwendung von Negern und Kulis auf vom Reich subventionirten Postdampfern. Herr v. Bötticher habe zwar seiner Zeit diese Verwendung als im Interesse der Humanität liegend erklärt; mit dieser Humanität sehe es aber eigenthümlich aus, da die Leute einfach wie Sklaven behandelt werden. Herr Wörmann allerdings verdient dabei einen hübschen Humanitätslohn. In Wirklichkeit liege hier nichts als die reine Profitwuth vor, deren Früchte nicht blos Herrn Wörmann, sondern auch andern Rhedern zu Gute kommen.

Die Fortsetzung der Berathung des Etats wird an dieser Stelle unterbrochen und auf Antrag des Abg. v. Bennigsen die dritte Berathung des Patentgesetzes vorweg genommen, in welchem eine Anzahl lediglich redaktioneller Anträge Goldschmidt u. Gen. vorliegt. Ohne Debatte wird auf Antrag des Abg. v. Bennigsen das Gesetz en bloc angenommen; wegen der redaktionellen Aenderungen muß aber morgen eine nochmalige Abstimmung über das ganze Gesetz stattfinden.

Um 6¼ Uhr wird die Fortsetzung der Etatsberathung auf **Dienstag 2 Uhr** vertagt.

Abgeordnetenhaus.

vd. Sitzung vom 16. März. 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Schelling, Herrfurth und zahlreiche Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Lesung des Staatshaushalts-Etats für 1891—92 und zwar zunächst des Spezial-Etats des Ministeriums des Innern.

Beim Gehalt des Ministers erklärt auf eine Anfrage des Abg. Lotichius der Minister **Herrfurth**, daß über die Remuneration der Gemeinde-Rentmeister der Kreisausschuß zu befinden habe, daß ein Gesetz über die Pensionirung der rheinischen Bürgermeister vollständig ausgearbeitet sei und dem Hause vorgelegt werden würde, sobald die bereits beschlossene Vorlage, welche die Bestimmungen des Staatsbeamten-Pensionsgesetzes auf die Gemeindebeamten für anwendbar erklärt, in der Gesetzsammlung proklamirt sein wird.

Abg. **v. Czarlinski** (Pole) bemängelt, daß die Verfügung der Regierung wegen der Zulassung von Arbeitern aus Russisch-Polen nicht die genügende Wirkung habe. Die Arbeiter kommen nicht, wenn ihnen nicht die Aussicht eröffnet wird, daß sie sich einen dauernden Wohnsitz gründen können; jetzt werden sie als Vagabunden behandelt. Ferner liegt es durchaus nicht im Interesse der Arbeiter, daß sie nur für die Sommerzeit zugelassen werden. Halbe Maßregeln nützen nichts. Wenn man fremde Arbeiter einläßt, dann sollte man Diejenigen, die schon vorhanden sind, nicht ausweisen; die Ausweisungen dauern aber fort. Deshalb ist es besser, einen dicken Strich durch die Polengesetze zu machen. Bei der Unruhe im Hause ist der Redner zum Theil unverständlich, so daß auch der

Minister **Herrfurth** nur auf einzelne seiner Ausführungen zu antworten im Stande ist. Es werden die Arbeiter aus Russisch-Polen nur einzeln zugelassen, möglichst keine Familien; diese Beschränkung entspricht der Thatsachen der Sachsengängerei. Ledige Personen wandern nach dem Westen und der Ersatz dafür muß in derselben Weise gesucht werden, daß ledige Personen aus Russisch-Polen nach den östlichen Provinzen Preußens gehen. Eine Auswanderung russischer Bevölkerung soll nicht organisirt werden, die Oberpräsidenten haben daher die Ermächtigung, die Einwanderung von Familien nur da eintreten zu lassen, wo die Arbeiter als Instleute angesetzt werden. Ausweisungen sind in neuerer Zeit nicht angeordnet; wo sie jetzt noch vorkommen, stammen sie aus früherer Zeit her und konnten aus irgend welchen Gründen nur nicht ausgeführt werden. Die sozialdemokratische Zeitung, welche in polnischer Sprache erscheint und von Berlin aus verbreitet wird, wird polizeilich nicht verfolgt werden; soweit sie aber kriminell strafbare Handlungen enthält, muß der Gerechtigkeit freier Lauf gelassen werden.

Abg. **Szmula** (Zentrum) hält die polnisch-sozialdemokratische Zeitung für sehr gefährlich, namentlich weil die Geistlichen und Lehrer den durch diese Zeitung verbreiteten Irrthümern nicht in geeigneter Weise entgegentreten können; das wäre nur möglich, wenn sie das Volk in polnischer Sprache aufklären könnten; aber der Gebrauch der polnischen Sprache ist namentlich den Lehrern nicht gestattet. Aber wenn die Sozialdemokratie zurückgedrängt werden solle, dann müßten auch die Beamten des Ministers helfen. Freilich dürften sie dann nicht wie ein königlicher Landrath sagen: „Lieber die Sozialdemokratie, als daß die polnische Sprache wieder in Uebung kommt." Die Maßregel wegen der Zulassung der Arbeiter reicht nicht aus, denn es handelt sich nicht bloß um einen Ersatz für die Sachsengängerei, sondern auch um Ersatz für die ausgewanderten Familien. Die Regierung sollte überhaupt von ihren kleinlichen Restriktionen gegen die Polen abgehen, die Polen wollen treue Anhänger des Reiches sein; es komme deshalb weniger darauf an, ob ein paar polnische Bauern mehr oder weniger vorhanden sind, als darauf, daß das Land überhaupt bebaut wird.

Auf eine Anregung des Abg. **Korsch** wegen der größeren Sonntagsruhe von Berliner Schutzleuten erklärt

Minister **Herrfurth**, daß die Sonntagsruhe der Berliner Schutzleute allerdings eine sehr beschränkte sei.

Abg. **Rickert** (dfr.) hält auch die Maßregel der Zulassung der Arbeiter aus Russisch-Polen für unzureichend. Redner fragt ferner, ob der Landrath berechtigt sei, von den Gemeindevorstehern die Unterzeichnung mit „gehorsamst" zu verlangen. Dieser ganze Formelkram sollte ganz beseitigt werden, schon der Zeitersparniß wegen.

Minister **Herrfurth**: Die Zulassung russisch-polnischer Arbeiter ist eine Probemaßregel. Das Titel- und Formelwesen hat nur noch ein archäologisches Interesse. (Heiterkeit.)

Abg. **Bödiker** verweist auf die Ueberschwemmungen der Nebenflüsse des Rheins und bittet den Minister, gegen Wiederholung derselben Vorkehrungen zu treffen.

Minister **Herrfurth**: Anträge sind nicht an mich herangetreten und nach den Erfahrungen bei früheren Nothständen hat die Regierung keine Neigung, mit besonderen Mitteln einzugreifen.

Abg. **v. Schalscha** (Z.): Bei den Ausweisungsmaßregeln spielte ein gutes Stück Polenfurcht mit; von dieser Polenfurcht scheint sich der Minister etwas freigemacht zu haben.

Minister **Herrfurth**: Von der Polenfurcht brauche ich mich nicht zu erholen, das habe ich bewiesen durch die Einführung der neuen Organisation für die Provinz Posen.

Abg. **Rickert**: Meine Ausführungen über das Titel- und Formelunwesen waren kein Schmerzensschrei: aus der Welt ist die Sache noch nicht geschafft, denn es sind Leute mit Ordnungsstrafen belegt worden, weil sie das „Gehorsamst" nicht geschrieben haben und ein Referendar und Reserve-Offizier hat erst kürzlich noch einen Brief erhalten mit der Aufschrift: „An den Referendar und Reserveoffizier, Wohl- bezw. Hochwohlgeboren." (Große Heiterkeit.)

Abg. **Strombeck** (Z.) tritt für eine Gehaltsaufbesserung der Polizeihauptleute ein.

Minister **Herrfurth** ist damit vollständig einverstanden.

Das Gehalt des Ministers wird genehmigt.

Beim Kapitel: „Landräthliche Behörden und Aemter" bittet

Abg. **von Meyer**-Arnswalde um eine Statistik darüber, wie viel Landräthe vor der Kreisordnung von 1872 auf Gütern angesessen waren und wie viel es jetzt sind. Als Gutsbesitzer wird der Landrath ohne Weiteres der Vertrauensmann des Kreises. Wenn für die Ausführung der Invaliditätsversicherung den Landräthen 100 Hilfskräfte und ein Zuschuß von 350 000 M. gegeben werden soll, so ist das zu wenig. Daß der Landrath auch vom Kreise Bureaukosten erhält, ist eine schlechte Einrichtung; der Landrath sollte nicht darauf angewiesen sein, deswegen mit dem Kreise zu handeln.

Minister **Herrfurth**: In Bezug auf den letzten Punkt bin ich mit dem Vorredner einverstanden. Ob die Bewilligungen für die Landräthe ausreichend sein werden, wissen wir nicht; wir wissen aber auch nicht, welche Mehrarbeiten die Invalidenversicherung hervorrufen wird. Die heute von Herrn v. Meyer geforderte Statistik ist werthlos, deswegen kann ich ihm auch nicht versprechen, daß eine solche Statistik veröffentlicht wird.

Abg. **Szmula** (Z.) verlangt, daß die Amtsvorsteher in der Mitte ihres Bezirks wohnen, daß ferner die leistungsunfähigen Gemeinden unterstützt werden, wenn sie Kosten für kommissarisch eingesetzte Amtsvorsteher zu tragen haben.

Abg. **v. Rauchhaupt** (k.) dankt dem Minister für die Vermehrung der Unkostenentschädigung der Landräthe, hält aber den Betrag von 350 000 M. für nicht ausreichend, um die Portounkosten zu decken, welche durch die Invalidenversicherung hervorgerufen werden.

Geheimer Ober-Regierungsrath **Haase**: Ob die Summe von 350 000 M. für Porto-Entschädigung ausreicht, läßt sich erst aus der Erfahrung ersehen.

Abg. **v. Schalscha** empfiehlt die Beseitigung der Einrichtung der Kreisboten, welche der heutigen Verkehrsrichtung nicht mehr entspricht.

Das Kapitel „Landrechtliche Behörden" wird genehmigt; ebenso die Kapitel Polizeiverwaltung in Berlin und in den Provinzen; Distriktskommissarien, Landgendarmerie und allgemeine Ausgaben.

Bei dem Kapitel Strafanstalts-Verwaltung tritt

Abg. **Schmelzer** (natl.) für die Aufbesserung der Lage der Gefangenenaufseher ein.

Minister **Herrfurth**: Eine Erleichterung des Dienstes der Gefangenenaufseher ist allerdings sehr wünschenswerth, aber nur zu erreichen durch eine Vermehrung der Zahl derselben, wofür die Mittel bis jetzt nicht verfügbar sind.

Abg. **v. Heeremann** (Z.) klagt darüber, daß weibliche Gefangene aus den Strafanstalten statt gebessert, ganz zuchtlos aus den Anstalten gekommen seien, weil sie dort mit den schlechtesten Elementen zusammengekommen und verdorben seien. Er befürwortet die Anstellung von Ordensfrauen bei den Strafanstalten.

Minister **Herrfurth**: Derartige Klagen sind mir nicht zu Ohren gekommen. Die Anstellung von Ordensfrauen ist einmal versucht, aber die Grundsätze der Strafanstalten ließen sich nicht vereinbaren mit den Anforderungen der Ordensniederlassungen.

Das Kapitel wird genehmigt, ebenso die übrigen Ausgaben des Etats des Ministeriums des Innern.

Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr. (Etat der Eisenbahnverwaltung.)

Parlamentarisches.

Budgetkommission. Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben; an dieses Sprichwort werden die Hamburger Handelskönige, welche dem Deutschen Reiche eine Anleihe von 1½ Millionen Mark zu dem niedrigen Zinsfuße von fünf Prozent aufhalsen wollten, denken, wenn der Vertrag, den sie bereits in der Tasche zu haben glaubten, in die Brüche geht.

Vor ungefähr vierzehn Tagen berichteten die Zeitungen, daß zwei Hamburger Firmen, die Herren C. Jantzen und Thormählen und C. Wörmann — der letztere ist berühmt durch die Anmusterung von Negern, mit denen er seine vom Reich subventionirten Dampfer bemannt — zum Zwecke der Förderung deutscher Interessen in Kamerun der Regierung eine Anleihe von 1½ Millionen Mark angeboten haben. Der Abg. Richter hat diese Angelegenheit im Reichstage der verdienten Besprechung unterzogen, und dabei hat sich herausgestellt, daß die Regierung der Ansicht ist, der Kaiser könne kraft der ihm übertragenen Hoheitsrechte für die afrikanischen Schutzgebiete eine Anleihe ohne Zustimmung des Reichstages aufnehmen.

Die staatsrechtliche Frage soll hier zunächst unerörtert bleiben; wir glauben zwar, daß es unzulässig ist, ohne Zustimmung und Genehmigung des Reichstages einen Theil der in Kamerun zur Erhebung kommenden Zölle — es handelt sich um 900 000 M. pro Jahr — zur Verzinsung der fraglichen Anleihe zu benutzen, aber mehr wie diese Frage interessirt uns die Art, mit welcher die Herren in Hamburg es verstehen, die koloniale Begeisterung für ihre geschäftlichen Profite auszunutzen.

Die Basis für das mit dem Reich zu machende Geschäft bietet ein Vertragsentwurf, nach welchem die Hamburger Firmen der kaiserl. Regierung 1½ Millionen Mark zu dem mäßigen Zinsfuß von 5 pCt. borgen wollen und außerdem verlangen, daß jede Schuldverschreibung von 1000 M. bei der Amortisation mit 1050 M. zurückgezahlt wird; nebenher wird noch ¼ pCt. Provision für die Zahlung der Koupons und für die Auslosung ꝛc. verlangt; dem Ganzen wird aber die Krone aufgesetzt durch das Verlangen einen Theil der Zölle für die Zinszahlung zu verwenden und einer Bedingung zuzustimmen, wonach die Zölle nicht herabgesetzt werden dürfen, wenn nicht die Sicherheit vorhanden ist, daß die zur Zinszahlung nothwendige Summe eingeht.

Namentlich die letztere Bestimmung verdient in den weitesten Kreisen bekannt zu werden und müßte, wenn der Vertrag mit der Regierung perfekt würde, dahinführen, daß der Schnapseinfuhr nach Kamerun, welche durch Herrn Woermann im Interesse der Zivilisation schwungvoll betrieben wird, niemals ernsthafte Hindernisse in den Weg gestellt werden könnten.

Man sollte es nicht für möglich halten, daß dem Inhaber der Schutzgewalt, welche in Afrika durch den deutschen Kaiser ausgeübt wird, die Zumuthung gemacht werden kann, eine Anleihe zu Bedingungen aufzunehmen, welche einem Wuchergeschäft ähnlich sehen, wie ein Ei dem andern. Wenn für die kapitalistischen Könige in Hamburg das Geschäft in erster Reihe kommt und sie es mit ihrem Anstandsgefühl vereinen können, von der kaiserlichen Regierung so hohe Zinsen zu nehmen für eine Anleihe, deren Verwendung wesentlich ihren eigenen Geschäften — denn Jantzen u. Thormählen und Woermann haben fast allein den Handel mit Kamerun in Händen — zu Gute kommen muß, so ist das zwar eine hübsche Illustration der nationalen Aspirationen dieser Herren, aber schließlich geht es Niemanden an.

Von der Regierung aber hätte man füglich erwarten dürfen, daß sie den Verfassern eines solchen Vertrages denselben zerrissen vor die Füße geworfen und den Herren klar gemacht hätte, daß die deutsche Regierung weder Neigung noch Ursache hat, sich zum Ausbeutungsobjekt von noch so geriebenen Geschäftsleuten machen zu lassen.

Vor wenig Wochen wird eine 3prozentige Anleihe 40 mal überzeichnet, und heut hält man es im Kolonialamt für der Würde Deutschlands entsprechend, Geld zu 5 pCt. aufzunehmen und dafür Zolleinnahmen zu verpfänden.

Die Verhandlungen in der Budgetkommission haben der Regierung deutlich gezeigt, wie die Volksvertretung über die Angelegenheit denkt; noch ist der Vertrag nicht abgeschlossen und, wenn nicht Alles täuscht, so wird Herr Wörmann seine Millionen in der Tasche behalten, und das Reich darauf verzichten, das von ihm angebotene Darlehn aufzunehmen.

Kommunales.

Von den zehn sozialdemokratischen Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung ist der Antrag eingebracht worden: den Magistrat zu ersuchen, wegen Aenderung der bisherigen Art des Transportirens von Militär-Gefangenen durch die Straßen Berlins baldigst weitere Schritte zu thun. — Ein zweiter, von den Stadtverordneten Esmar und Genossen eingebrachter Antrag will den Magistrat ersucht wissen, dahin zu wirken, daß die Straßen innerhalb des Berliner Weichbildes, sobald sie anbaufähig hergestellt sind, mit Namen und nicht als sogenannte unbenannte Straßen mit Ziffern bezw. Buchstaben bezeichnet werden.

Lokales.

Wir meldeten vor einigen Tagen den Tod des von einer Lokomotive überfahrenen Stationsvorstehers Knetschke in Weißensee. Die tiefgebeugte Familie ist nun, wie verlautet, an demselben Tage, wenige Stunden später durch einen fast ebenso schweren Schicksalsschlag betroffen worden, indem der älteste Sohn, der vierundzwanzigjährige Kaufmann Willy K. bei einem Ausfluge, den er mit einem Freunde auf dessen Wagen von Zehlendorf nach Wilmersdorf machte, verunglückte. Die Pferde des Wagens gingen nämlich durch, und dabei wurde der junge K. vom Wagen herab und mit dem Kopfe gegen einen Chausseestein geschleudert. Außer schweren Verwundungen im Gesicht trug er aber auch noch inneren Schaden davon, da ihm die Räder des Wagens über Brust und Leib gingen. Zur selben Zeit, wo man die Leiche des Vaters nach Hause trug, wurde der Sohn in das Elisabethkrankenhaus gebracht. Das Schicksal der schwergeprüften Familie wird sicher überall Theilnahme erwecken.

Mit einem traurigen Abschluß endete am Freitag früh das Liebesverhältniß zweier junger Leute, und die Ursache der Katastrophe war wieder ein Nichts! Der Arbeiter Karl W., Seestraße 40 bei der Mutter wohnhaft, erwartete auf dem Wege zu seiner Arbeitsstätte gegen 7 Uhr seine Geliebte, die unverehelichte Martha R. an der Antonstraße, einer Stelle, wo Beide sich regelmäßig zu treffen pflegten. Sie hatten am Tage vorher Streit gehabt, und wohl aus diesem Anlaß kam am Sonntag Morgen das junge Mädchen nicht um die gewöhnliche Zeit. Er mit dem Bräutigam in Gemeinschaft zur Arbeit zu gehen, wartete lange, und als sie endlich erschien, machte die Straße würfe über das späte Kommen. Inzwischen waren und 32 anhinunter geschritten. Als sie vor dem Hause Nr. 11 angelangten, drehte sich der junge Mann plötzlich gegen seine linke einen Revolver aus der Tasche und feuerte auf an dem niedergesunkenen Körper, als der von Passanten herbeigerufene Heilgehilfe kam. Er vermochte jedoch nur den bereits eingetretenen Tod zu konstatiren.

Schreckensszenen an die Vorgänge bei dem Feuer am Hofe dem Grundstück Zionskirchstraße Nr. 24 abgespielt. Das Pinselbilder-Fabrik, während sich in den birgt im Parterre eine Anzahl 16 Wohnungen befinden, die zumeist recht kinderreichen Familien als Heimstätten dienten. Um ¾7 Uhr kam in den Gegenständen, die bei dem Oeldruck Verwendung finden, dem Treppenflur führende Thür durchgebrannt. Nun war die Flammen an den Treppenwangen bis zum hoch empor. Die Flurfenster konnten dem Feuer und der ersten Stand widerstehen, sprangen und gaben dem Flammen erneuten Luftzug vom Feuer erfaßt, während ein dichter Qualm bis hinab Im Boden zog und auch in die Wohnungen sich Eingang verschaffte. Die Bewohner, denen jeder Rückzug abgeschnitten war, geriethen in gewaltige Aufregung, die noch stieg durch den Umstand, daß man auch einige Kranke in dem brennenden Hause wußte. Angstgeschrei und Wehklagen der Frauen und Kinder ertönte der zum Glück schnell herbeieilenden Feuerwehr entgegen. Die erste Sorge der Mannschaften war daher die Beruhigung der Gefährdeten. Mit Hakenleitern wurden drei Leitergänge hergestellt und muthig erstiegen die Mannschaften, Rauch und Stichflammen nicht achtend, die einzelnen Etagen, um hier die Bewohner zum Ausharren zu bewegen. Ihrem energischen Auftreten ist es denn auch zu danken gewesen, daß die Gefährdeten sich nicht zu unüberlegten Schritten haben hinreißen lassen und Niemand zu Schaden gekommen ist. Wie intensiv aber der Qualm bereits gewesen, beweist die Thatsache, daß ein großer

Hund und mehrere Vögel in den Wohnungen erstickt sind. Inzwischen war man auch an die Löscharbeit gegangen und hatte mit zwei Rohren die Flammen bald erstickt.

Verunglückt. Der Schlosser Hermann Böttcher, der in der Reparaturanstalt der Anhaltischen Eisenbahn in Tempelhof beschäftigt ist, war am vorigen Donnerstag bei dem Bau eines neuen Fahrstuhls an der Außenseite eines dort neugebauten Fabrikgebäudes beschäftigt. Es fehlte an einer Schutzvorrichtung, er glitt aus und stürzte aus einer Höhe von 16 Meter auf's Pflaster, wo er mit gebrochenem Genick liegen blieb. Er wurde noch lebend aufgehoben und sofort nach Berlin in das Elisabeth-Krankenhaus geschafft. Dort starb er am nächsten Morgen. Die Staatsanwaltschaft hat die Obduktion der Leiche angeordnet. Die Beerdigung kann infolge dessen erst an Mittwoch Nachmittag um 3 Uhr vom Elisabeth-Krankenhause nach dem Thomaskirchhofe erfolgen.

Ein bedeutender Einbruch ist vorgestern Abend zwischen 9 und 10 Uhr bei dem Schankwirth Hermann Zielkowski, Lübbenerstraße 1, verübt worden. Der Bestohlene hat ein zu ebener Erde belegenes Lokal inne, an welches sich die im Seitenflügel belegene, aus Stube und Küche bestehende Wohnung anschließt. Von dem Korridor dieser Privatwohnung aus führt eine Thür nach außen, deren Schlüssel seit etwa acht Tagen plötzlich verschwunden ist. In einer in der Wohnung stehenden Kommode bewahrte Zielkowski einen Theil seines Vermögens auf. Während es nun vorgestern Abend besonders lebhaft in dem Geschäft zuging, wurde die Wirthin durch eine bekannte Frau, welche sich zufällig aus den Schankräumen nach der Küche begeben hatte, darauf aufmerksam gemacht, daß die Korridorthür offen stehe. Die Wirthin eilte sofort in ihre Wohnung, fand die Schubfächer der Kommode mittelst Nachschlüssels geöffnet vor und bemerkte zugleich, daß die darin enthalten gewesenen Werthpapiere fehlten. Von den Einbrechern fehlt bisher jede Spur, doch wird angenommen, daß sie zu den im Lokal verkehrenden Gästen gehören. Einigen von diesen gegenüber soll nämlich des Wirths Tochter geäußert haben, daß ihr Vater ein sehr reicher Mann sei und sein Vermögen in der Kommode aufbewahre. Diese Mittheilungen scheinen die Veranlassung gegeben zu haben, den Schlüssel zur Korridorthür zu entwenden und den Diebstahl auszuführen. Bemerkenswerth ist noch, daß der Eingang in die Wohnstube vom Korridor aus, welcher sonst stets durch eine Sicherheitskette von innen abgesperrt und verschlossen war, während nur der zweite Eingang vom Gastzimmer aus benutzt wurde, vorgestern geöffnet worden war.

Von anderer Seite wird gemeldet, daß die gestohlene Summe 15 500 M. beträgt. Die entwendeten Werthpapiere sind 3½prozentige Berliner Stadtobligationen, 3½prozentige Dortmund-Enscheder sowie 4prozentige Raab-Oldenburger Papiere und Ungarische Goldrente. Merkwürdiger Weise kennt Z. weder die Nummern der Papiere, noch weiß er, wo er sie gekauft hat. Die hiesige Kriminalpolizei ist nach der ganzen Art der Ausführung zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Diebstahl nicht von gewerbsmäßigen Einbrechern verübt worden ist.

Gerichts-Zeitung.

Wegen schwerer Kuppelei wurde gestern vor der II. Strafkammer hiesigen Landgerichts I die verwittw. Rentiere Rosa Böttcher geb. Green zu ein Jahr Zuchthaus verurtheilt. Die Angeklagte führte am Kronprinzen-Ufer ein ziemlich großes Haus und empfing Offiziere, Referendare und andere Personen „von Stand", welche aber nach den Ergebnissen der Verhandlung nicht so sehr die Gesellschaft der Frau Rentière suchten, als vielmehr die hübsche Tochter derselben umschwärmten. Da der Gerichtshof aus der Beweisaufnahme die Ueberzeugung schöpfte, daß die Angeklagte einen unschicklichen Verkehr ihrer Tochter mit den jungen Männern geduldet und daraus persönlichen Nutzen gezogen hatte, so wurde auf die im Gesetz vorgeschriebene Zuchthausstrafe erkannt.

Halle, 16. März. Das hiesige Landgericht hat den freireligiösen Prediger Völkel in Magdeburg wegen Gotteslästerung zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt.

Versammlungen.

Gauverein Berliner Bildhauer. Dienstag, den 17. März, Versammlung bei Gaillard, Prinzenstraße 87. Tagesordnung: Geschäftliches. Wahl eines Schriftführers. Gänzliche Revision des Statuts. Verschiedenes.

Vereinigung der in der Kartonbranche beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter. Versammlung am Dienstag, den 17. März, Abends 8 Uhr, bei Joel, Andreasstr. 21, oberer Saal.

Freie Vereinigung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Berufsgenossen. Dienstag, den 17. März, Abends 8½ Uhr, große Versammlung bei Seefeldt, Grenadierstr. 33. Tagesordnung: 1. Das rechtliche Verhältniß zwischen Unternehmer und Arbeiter. Referent: Rechtsanwalt Freudenthal. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Der Unterstützungsbund der Hausdiener Berlins hält am Dienstag, den 17. März, seine 6. Wandervorsammlung im Norden bei Rehlitz, Bergstr. 13, mit folgender Tagesordnung ab: 1. Mittheilungen. 2. Vortrag über: „Was lehren uns die Arbeiterschutz-Debatten im deutschen Reichstage?" Referent: Handlungsgehilfe Alb. Wilde. 3. Diskussion. 4. Aufnahme neuer Mitglieder und Geschäftliches. 6. Fragekasten und Entrichtung der Beiträge. Gäste sind willkommen.

Zentral-Kranken-, Unterstützungs- und Sterbekasse der deutschen Schmiede. Dienstag, den 17. März, Abds. 8½ Uhr, bei Hoffmann, Kaiserstraße 4: Mitgliederversammlung.

Achtung! Arbeiterinnenverein! Heute, Dienstag, große Mitglieder-Versammlung des Allgemeinen Arbeiterinnenvereins Berlins und Umgegend Abends 8 Uhr, Inselstr. 10, bei Schaffer. Tagesordnung: 1. Medizinischer Vortrag des Herrn Dr. Bernstein. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Die Lage der Arbeiterinnen in der Knabenkonfektion. 5. Verschiedenes. Die Mitglieder werden gebeten, ihre Beiträge vor der Versammlung zu entrichten. Herren als Gäste haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Die Volksversammlung des Berliner Vereins für Eisenbahn-Reform „Zonentarif" findet am Dienstag den 17. März, Abends pünktlich 8 Uhr, statt, mit der Tagesordnung: „Eisenbahnreform und Wohnungsfrage".

Verein der Kurbelstepperinnen, Stepper etc. Mitglieder-Versammlung am Dienstag, den 17. März, Abends 9 Uhr, Andreasstr. 26, bei Herrn Besmann, Tagesordnung: Verschiedene Gewerkschaftsangelegenheiten u. s. w. Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder. Um recht zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Demokratischer Verein. Mittwoch, den 16. März, Abends 8 Uhr, Dresdenerstr. 45: Gesellige Zusammenkunft zur Feier des Tages.

Lehrkursus der Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen. Versammlung für Männer und Frauen am Dienstag, den 17. März, Abends 8½ Uhr, in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstraße 75. Tagesordnung: 1. Revisorenwahl. 2. Verschiedenes.

Verband deutscher Zimmerleute für Schöneberg und Umgegend. Versammlung am Dienstag, den 17. März, Abends 8 Uhr, in der Schloßbrauerei. Um recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Lese- und Diskutirklub. Dienstag. „Herwegh", Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Otto Linke, Forsterstraße 45. Gäste willkommen. — „Humanität", Abends 8½ Uhr im Lokale des Herrn Steuer, Weinstraße 22. Gäste willkommen. — „Proletarier", (Pankow), bei Borchardt, Schulzenstraße 28. — „Hasenclever", Abends 8½ Uhr, im Restaurant Scholz, Kastanien Allee 35. Gäste willkommen. — „Freier Wille", bei Schulz, Gartenstraße 70. — Agitationsverein „Lassalle", bei Trügemüller, Ackerstr. 31. — „Spinoza", Abends 8½ Uhr, bei Brandstahl, Oppelnerstr. 29. Gäste haben Zutritt. — „Spinoza", Abends 8½ Uhr, bei Brandstahl, Oppelnerstraße 29.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend, **Dienstag**, Abends 9 Uhr, Uebungsstunde, Aufnahme von Mitgliedern. — Gesangverein „Steinecke" (Böttcher), Lichtenbergerstraße 21 bei Heise. — Gesangverein „Nordd. Schleife", Restaurant Kaiser Franz Grenadierplatz 7. — Gesangverein „Allegro", Skalitzerstraße 143 bei Greiser. — Arbeiter-Gesangverein „Olympia", bei Schneider, Adalbertstr. 8. Gesangverein „Kreuzberg", Lichterfelderstraße Nr. 7—8 bei Winter. — Gesangverein „Fidelitas", Ackerstraße 13 bei Kummer. — „Moabiter Liedertafel", Wilhelmshavenerstr. 23 bei Brosch. — Gesangverein „Maiglöckchen", Hochstr. 32 a bei Wilke. — Männerchor „Süd-Ost", Köpnickerstraße 191 bei Foge. — Männer-Gesangverein „Harmonia", Abends 9 Uhr Rottwellstr. 5 bei Bartels. — Gesangverein „Bruderherz" bei Birke, Straußbergerstr. 8. — Männer-Gesangverein „Schildhorn", Usedomstr. 32, bei Mirke, Abends 9 Uhr. — Gesangverein „Waldkapelle" in Friedrichshagen, Restaurant Blank, Friedrichstraße, Abends 9 Uhr. — Gesangverein „Unverzagt", Köpnickerstr. 127a bei Küster. — Jhn'scher Gesangverein „Humor", bei Birk, Straußbergerstraße 8. — Gesangverein „Cybele", Urbanstr. 188, Ecke Blücherstraße bei Hollandt.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Gesangverein „Anacreon", **Dienstag**, Abends von 9—11 Uhr, bei Kessner, Annenstr. 16. — Männer-Gesangverein „Unverzagt", (Moabit), Abends 8½ Uhr, bei Hermerschmidt, Perlebergerstraße 28. — Gesangverein Ludwig'scher Männerchor, Abends 9 Uhr, im Restaurant Poppe, Lindenstraße 106. — Quartett-Verein „Wedding" tagt Neue Hochstraße 49, bei Gundlach. — Theater- und Vergnügungsverein „Vulcania", in Meißner's Restaurant, Gartenstr. 162. Gäste, Damen und Herren, willkommen. — Theaterklub „Helmerding", Abends 9 Uhr, in Hank's Restaurant, Tempelhofer Ufer 13, Ecke der Großbeerenstraße. — Privat-Theaterverein „Georgina", Abends 9 Uhr, bei Meißner, Gartenstraße 162. Gäste willkommen. — Vergnügungs- und Theaterverein „Romeo", Abends 9 Uhr, bei Säger, Grüner Weg 29. Gäste willkommen. — Vergnügungs-Verein „Nordlicht", Abends 8½—11 Uhr, bei H. Sperling, Görlitzerstr. 37. Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Vergnügungs-Verein „Fidele Brüder", Abends 9 Uhr bei Berndt, Perlebergerstr. 17. Gäste willkommen. — Geselliger Verein „Brüderschaft", Abends 8½ Uhr, Weißenackerstr. 63. — Verein ehemaliger 37er, Abends 9 Uhr, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstraße 72. — Rauchklub „Rosenblätter", Abends 8½ Uhr, bei Leopoldt, Hark- und Mannsteinstraßen-Ecke. Gäste willkommen. — Rauchklub „Humoristische Pfeifenbrüder", Abends 8½ Uhr, bei Suder, Klosterstraße 63. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, willkommen. — Rauchklub „Borsig", Borsigstr. 27 bei Jentsch. — Geselliger Verein „Climbim", Abends 9 Uhr bei George, Großbeerenstraße 13. Herren als Gäste willkommen. — Vergnügungsverein „Reichskrone" Abends 9 Uhr, im Viktoria-Ballsalon, Perlebergerstraße 13. — Vergnügungsverein „Glück auf" Abends 8½ Uhr im Restaurant Blank, Schönleinstraße 1. Gäste willkommen. — Vergnügungsverein „Schönhauser Linde" Abends 8½ Uhr, Schönhauser Allee 40. Gäste willkommen.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Besprechung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie verwahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inh ssdaltelden identifizirt zu werden.

Dem Vorstande der „Arbeiter-Bildungsschule" erlaube ich mir zugleich im Namen mehrerer Kollegen die ergebene Anfrage zu unterbreiten, ob es nicht thunlich wäre, daß Sonntagskurse, besonders in Stenographie und Nationalökonomie, eingerichtet würden. Nach der Antwort neulich soll nur in der Woche unterrichtet werden, was eine ganz bedeutende Zahl Berliner Arbeiter an der Theilnahme verhindern würde. Schriftsetzer, Maschinenmeister, Stereotypeure und verwandte Berufsgenossen, sowie Heizer, Maschinenarbeiter, Bäcker 2c. haben bis spät in die Nacht Arbeit.

F. Schultz, Holzmarktstr. 11, H. 4 Tr.

Briefkasten der Expedition.

Für die Ausgesperrten gingen ferner ein:

Weber u. Ko., Adalbertstraße 6,55. Amerik. Auktion eines Bratherings in „Eichner Ruh" Georgenkirchstraße 67 10,50. Gesangverein Collegia M. D. A. S. B. 10,—. Erster Stoßseufzer von Löwen'schen Arbeitern Martinickenfelde bei Nachtschicht ges. 22.—. L. Schuhmacher's Druckerei 12,20. Verein der Plätterinnen u. verw. Berufsgenossen 50,—. Von drei rothen Hausdienern v. Konrad beim Skat 1,50. Mehrere Buchdrucker 4,50. Schäftebranche, durch Krause 18,40. Ueberschuß vom Sommernachtsball der Stellmacher Berlins 20,—. Fachverein der Stellmacher Berlins 20,—. Kollegen der Lederwaaren-Fabrik von Henschel 4,05. Von einer amerik. Auktion bei der Volksvers. in Moabit d. R. 5,91. Tischlerei Wenzke, Lichtenbergerstr. 5 3,20. Einige Tischler v. Eisenblätter 10,85. Spiegelbude d. Kaul 2,20. Setzer d. Buchdruckerei v. Gentsch 4,85. Genosse 0,45. Maler, Rankestr. 3,70. Auktion einer Schrippe b. einer Taufe, Pappel-Allee 27 3,—. Schilling, Sebastianstr. 20 3,80. Tischler von Oppelt u. Komp. 5,80. Geburtstag ges. Brandenburgstr. 74 5,—. Bechsteins Arbeiter, Johannisstr. 11,80. Drei Genossen aus der Weinstr. d. Sellin 2,—. Ueberschuß des gemüthlichen Beisammenseins der Drechsler bei Gründel 14,06. Stoltenberg 1,—.

Zimmerleute!

Dienstag, den 17. März, Abends 8 Uhr, in Norbert's Saal, Beuthstr. 22.

Große öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung: 356/7

1. Vortrag: Die Entwickelung der Wirthschaftsverhältnisse und die Krise.
2. Abrechnung vom Hamburger Zimmerer-Streik 1890.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Einberufer: H. Ortland.

Achtung!

Glaser-Gesellschaft Berlins und Umgegend.

Die Versammlung am Dienstag, den 17. März, findet **nicht** statt, da an demselben Abend die außerordentliche General-Versammlung der Innungs-Krankenkasse stattfindet. Wir hoffen, daß unsere Mitglieder dort recht zahlreich erscheinen. 161/5

Der Vorstand. J. A.: R. Stampehl, 1. Vors.

Mariendorf.

Die Versammlung am Dienstag, den 17. März, findet **nicht** statt. Der Lokalbesitzer, Herr E. Blocksdorf, giebt für **diese** Versammlung sein Lokal nicht, da es sich nicht als Nothnagel gebrauchen läßt. 1017 b

Der Einberufer.

Allen Vereinen empfehle meine 828L

Buchhandlung u. Buchbinderei

sowie alle Schreib- und Lederwaaren

R. Kolhhardt, Mariannenstr. 34.

Echte Rathenower Brillen

und **Pince-nez** nur mit prima Krystall-Gläsern von **1,50 Mark** an.

Rudolf Reinhardt,

Linden-Straße Nr. 94, neben der Markthalle.

Sonntags geschlossen.

7031

Wer eine Nähmaschine kaufen will, verlange — bevor man anderweitig kauft — eine illustrirte Preisliste von C. Mahnkopf, Berlin W., Derfflinger-Strasse 23.

Diese seit 24 Jahren bestehende Firma ist die vortheilhafteste Bezugsquelle in Nähmaschinen, wie dies fortwährend von Tausenden von Kunden anerkannt wird.

Möbel auf Theilzahlung Hugo Lewent, Lothringerstr. 75.

Den besten bayrischen

Schmalzler

aus ächtem **Brasiltabak**, sowie ihre rühmlichst bekannten

Rauch-, Kau- u. Schnupf-Tabaksorten

empfehlen 194L

Schwarz & Co.

Tabak-Fabrik, Nürnberg.

Marienvorstadt,

4. Gleisbühlstrasse 4.

Versandt von Schmalzler von 7 Pfd. an franko.

Jede Uhr zu repariren (außer Bruch) unter Garantie kostet bei mir **1,50 Mk.**

Kleine Reparaturen entsprechend billiger.

Uhren, Gold- u. Silberwaaren

C. Wunsch, Paunzstr. 38, n. d. Oranienplatz.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

eigener Gr. Lager, bill. Preise.

Fabrik. **F. Köppen,**

Oranienstr. 170, Keller.

Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Die billigste Bezugsquelle

für Gardinen, Teppiche, Betten, Federn, Kleiderstoffe, Leinen- u. Baumwollen-Waaren, Wäsche, Damenconfection

ist bei **J. Gabbe & Comp.,**

Fehrbellinerstr. 77. [236

Rosenthalerstr. 69/70.

Nur 1 Mark. 808

Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Zivil- und Strafprozeß. Einziehung von Forderungen. **Pollak,** jetzt **Kaupachstr. 7, I.** Auch Sonntags

Zur Anfertigung von **Knaben-Garderobe,** sowie zu Umänderungen empfiehlt sich den Genossen 1016b

Schmidt, Memelerstr. 66 I.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10

Bringe den **Genossen** hierdurch meine

Rind- und Schweineschlächterei,

Zentral-Markthalle, Stand 148,

in freundliche Erinnerung und bitte um gütigen Zuspruch. 759b

Carl Aurin.

Albrecht's Bäckerei,

Wrangelstr. 8 und Langestr. 26,

liefert das größte Brot für 50 Pf. [117L

Kautsch.-Stempel, Monogr. u. Sign.-Schablonen, Inschriften. 88

H. Guttmann, Brunnenstr. 9.

Im Tuchgeschäft

Oranien-Str. 126. I.

Herren- u. Einsegnungs-Anzüge, Paletots,

sowie **Damenkleider etc.**

Auf Wunsch auch gegen Theilzahlungen. 355 L

Rechts-Bureau des Königl. Preuß. Amtsrichters a. D., Alte Jakobstr. 102, II. Gewissenhafter Rath, Hilfe in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags.

Kinderwagen. Das gr. Lager Berlins **Andreasstr. 23,** H. p.

Kanarienhähne, Heck- u. Nachtigallb. verk. **Joachim,** Lothringerstr. 64.

2 Hobelb., Werkz. Schraubb., Lochst.-Maschine z. vk. Swinemünderstr. 70 H. p.

Cigarren-Geschäft,

seit 10 Jahren mit gutem Erfolg betrieben, billige Miethe, ist krankheitshalber preiswerth zu verkaufen. [51P

Mulackstr. 4, Cigarrenladen.

Wegen Todesfall m. Frau und Familienverh. beabsichtige ich m. Restauration abzutreten. Sämmtliche Fachvereins-Krankenkassen, Arbeitsnachweis, Kommissionssitzungen div. Vereine tag. Jahresumsatz 340 Hekt. Miethe 2000 Mk. mit Wohnung. Inventar mit Abstand ca. **4000 Mk. baar.** Uebernahme spätestens 1. Mai cr. erwünscht. [358L

Otto Klaue, Magdeburg.

Katharinenstr. 5.

„Goldene Kopf"

Freie Aussicht. Wohnungen v. 2—3 St. mit o. ohne Bad, Balkon, Erker, zum 1. April zu verm. Friedenstr. 55, Eckhaus.

Freundl. möbl. Zimmer zu verm. Lausitzerstraße 52 v. III. rechts (Ecke Lausitzerplatz). 927 b

Skalitzerstr. 129, Qu. pt. b. Wwe. Gebhardt ist e. frdl. Zimmer m. f. E. u. Gartenausf. z. vrm. Pr. 8 M. [1023b

E. Wittwer m. 9j. Sohn f. Schlafst. i. d. N. d. Kottbus. Thor. Adr. erb. Naunynstr 37 IV. b. Müller. [1011b

Frdl. Schlafst. f. 2 Herren z. verm. b. **Höhne,** Sorauerstr. 21 v. pt. I.

Fr. leeres Zimmer f. einzelne Person sof. z. vm. **Rinke,** Langestr. 10 H. r. 4 Tr.

Möbl. Schlafst. m. sep. Eing. f. Hrn. Pr. 7,50 M. Skalitzerstr. 44 v. 4 Tr. r.

E. frndl. Schlafst. f. anst. Mädchen. Admiralstr. 35 H. r. 1 Tr. b. Krautsch.

Frdl. Schlfst. a. 1. Hrn., sep., Schiffbauerdamm 20, 4 Tr. b. Nonfiatnen. 1024b

Arbeitsmarkt.

Tüchtige Steinsetz-Rammer.

b. hoh. Lohn verl. **Mertens,** Steinsetzmstr., **Charlottenburg,** Leibniz- u. Berlinerstraßen-Ecke. 1019L

Ein in der Kolonialwaarenbranche ausgebildeter **Kaufmann** wird zur selbständigen Führung eines Konsum-Genossenschafts-Geschäftes gesucht.

Parteigenossen der sozialdemokratischen Partei erhalten den Vorzug.

Reflektanten wollen sich unter **A. B. No. 1221** an die Expedition d. Ztg. bis zum 1. April melden. 870b

Korbmachergef. a. L. vl. Rosin, Dalldorferstr. 2. 1029b

Geselle auf geschw. Stühle verlangt **Köhn,** Reichenbergerstr. 134. [1014b

Lehrling zur Messerschmiederei verl. 1006b] E. Schulz, Rosstr. 24.

Schuhmacherlehrling verlangt [977b **Kienbaum,** Mittelstr. 20.

Geübte Kartenkleberinnen werd. verl. in der Luruspapier-Fabrik Schönhauser Alle 164. 5./92b

Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin von Aug. Herold,

SO. 5. Reichenbergerstraße 5. SO.

178 L

Verantwortlicher Redakteur: Curt Baake in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 64. Dienstag, den 17. März 1891. 8. Jahrg.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Nordhausen, den 12. März. In der Strafsache gegen Gentzel und Genossen wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt hat das Reichsgericht die Revision des Staatsanwalts zu Nordhausen verworfen. Die Ansicht des Staatsanwalts war die, wenn das Auffordern zum Streik strafbar sei, müsse das Auffordern zum Festhalten am Streik auch strafbar sein.

* * *

Die Thatsachen sprechen. Das Leipziger Universitätsgericht motivirt die Relegation des Herrn May damit, daß er sein Studium zum Deckmantel für die politische Agitation benutzt habe und betont dabei, daß der besondere Parteistandpunkt nicht in Betracht komme. Ganz abgesehen davon, daß Herr May überhaupt keine politische Agitation getrieben, sondern nur in wissenschaftlichen Vereinen über wissenschaftliche Themata gesprochen hat, wird diese Motivirung dadurch hinfällig, daß das Leipziger Universitätsgericht bis jetzt nicht den mindesten Anstoß daran genommen hat, wenn Studenten zu Gunsten der nationalen Politik öffentlich aufgetreten sind. Es scheint nicht zu Ohren des hohen Universitätsgerichts gekommen zu sein, daß ein an der Leipziger Universität immatrikulirter Student Mitglied des antisemitischen Reformvereins ist und in demselben einen Vortrag, über den in allen Zeitungen berichtet wurde, gehalten hat. Seltsam — Herr May wird relegirt, weil er in wissenschaftlichen Vereinen über griechische Philosophie spricht, Herr cand. Dinger bekommt nicht einmal einen Verweis dafür, daß er in einem politischen Verein über Richard Wagner spricht und weidlich über die Juden schimpft. Oder ist das hohe Universitätsgericht der Meinung, daß der antisemitische Reformverein nur ein patriotischer Verein, und daß über die Juden zu schimpfen eines Studenten würdig ist? — Wir könnten die Namen freisinniger und konservativer Studenten nennen, die sich fortwährend mit Parteipolitik beschäftigen, wir könnten Thatsachen auf Thatsachen häufen, aus denen hervorgeht, daß die „Vereine deutscher Studenten“ nichts als organisirte antisemitisch-politische Vereinigungen sind, wir könnten aus den „Akademischen Blättern“, dem offiziellen Vereinsorgane dieser Korporationen, einen Schmähartikel gegen nicht antisemitisch gesinnte Professoren zitiren, wir könnten über eine Versammlung von Studenten berichten, in der beschlossen wurde, für das nationalliberale Wahlkomitee zu agitiren — aber wozu so viel Beweismaterial ansammeln, genügt doch die einzige oben erwähnte Thatsache, um zu beweisen, daß das Leipziger Universitätsgericht mit anderen Augen einen Vortrag im Reformverein und einen in einem Arbeiter-Bildungsverein ansieht.

Lokales.

„Junge Damen besserer Stände können sich mit Weißstickerei (Monogramme) nach kurzer Lehrzeit bis 50 M. monatlich Taschengeld ständig verdienen. Dauernde Beschäftigung wird garantirt. Näheres ꝛc.“ Nach diesem interessanten Inserat, dem wir dieser Tage in den Spalten einer bürgerlichen Zeitung begegneten, zu urtheilen, könnte es als das erstrebenswertheste Ziel der Menschheit gelten, eine „junge Dame besserer Stände“ zu werden, und Jeder, dem nicht der große Wurf gelungen, die Tochter eines „besseren“ Vaters geworden zu sein, könnte mit großer Berechtigung seinen Beruf für verfehlt erachten. Ist doch das Leben einer „höheren Tochter“ an sich gemeinhin schon das vollkommenste, was man sich denken kann, soweit der Lebensgenuß in Betracht kommt. Doch des Lebens ungemischte Freude wird bekanntlich keinem Sterblichen zu Theil und so mischt sich auch in den Freudenbecher der jungen Damen besserer Stände mitunter ein Wermuthstropfen in Gestalt — eines leeren Portemonnaies! „Thu' Geld in Deinen Beutel“ ist auch hier die Losung und so müssen denn die jungen Damen besserer Stände zur „Arbeit“ greifen, müssen „verdienen“! Arbeiten natürlich nicht für das tägliche Brot, wie gewöhnliche Arbeiterinnen, sondern nur arbeiten, um ein „Taschengeld“ zu verdienen! Wozu wären sie denn sonst „junge Damen besserer Stände“? Und so sehen wir denn in obigem Inserate angekündigt, daß sich junge Damen besserer Stände ein monatliches Taschengeld von 50 M. ständig verdienen können, spielend, so nebenbei, zum Zeitvertreib in müßigen Stunden, in denen sie ohne Beschäftigung sind. Nun, man muß gestehen, daß 50 M. „Taschengeld“ nicht zu verachten sind, wenn man bedenkt, daß von einer solchen Summe oft der Lebensunterhalt einer ganzen Familie bestritten werden muß, daß Arbeiterinnen für einen weit geringeren Verdienst Tag und Nacht — um einen zwar etwas derben aber zutreffenden Ausdruck zu gebrauchen — schuften müssen. Durch dieses Inserat werden die heutigen gesellschaftlichen Zustände in klassischer Weise illustrirt. Während die Arbeitslosigkeit unter der erwerbsthätigen arbeitenden Bevölkerung immer größer wird, während das Elend der Arbeiterinnen immer mehr demoralisirend wirkt, entblödet man sich nicht, obige öffentliche Ankündigung zu erlassen. Welche ungeheure Satire liegt in den wenigen Worten des gedachten Inserates! Wenn dasselbe auch nur eitel Humbug ist, so ist dasselbe doch immerhin charakteristisch für die heutigen Zustände, spiegelt sich in ihm doch wieder die heutige „Welt, in der man lebt!“

Einer eigenartigen Auffassungsweise giebt der unter sächsisch-kartellbrüderlich-antisemitischer Leitung stehende, öffentlich sich aber als parteilos bezeichnende „Verband deutscher Handlungsgehilfen in Leipzig“ in einem Zirkular an seine sämmtlichen Kreisvereine Ausdruck — derselbe hat nämlich, da er sich nebenbei auch der kräftigsten Unterstützung und Begünstigung der Prinzipale erfreut, was schon allein seine Tendenz zur Genüge charakterisiren dürfte, eine ziemlich große, sich über ganz Deutschland erstreckende Verbreitung. Bemerken wollen wir noch, daß bisher nichts seitens dieses Vereins zur Besserung der sozialen Lage seiner Berufsgenossen und Mitglieder außer den gewöhnlichen Spielereien und Nebendingen, die derartige Harmonievereine zu unternehmen, geschehen ist.

Vor einiger Zeit wurde nun hier in Berlin in einer großen öffentlichen Versammlung, welche auf Tivoli stattfand, von Handlungsgehilfen, Handlungsgehilfinnen und selbständigen Kaufleuten eine vollständig unpolitische Deputation gewählt, in der zwar auch einige Sozialdemokraten waren, in der jedoch auch noch politisch Andersgesinnte sich befanden. Die Haltung der Versammlung war ebenfalls vollständig unpolitisch gehalten worden. Daß freilich in der Versammlung einige sozialdemokratische Abgeordnete, die Genossen Singer, Molkenbuhr und Blos — der Erstere betheiligte sich auch an der Diskussion —, anwesend waren, — die Erklärung hierfür ist darin zu suchen, daß sämmtliche Mitglieder der Arbeiterschutz-Kommission eingeladen waren und daß eben von allen nur die sozialdemokratischen Vertreter Interesse zeigten für das Wohl der arbeitenden kaufmännischen Klassen.

Das Zirkular ist nun so bemerkenswerth, daß wir nicht anstehen wollen, es unseren Lesern zur Kenntniß zu bringen:

Von einer Kommission zur Regelung der Sonntagsruhe der Kaufleute, mit der Unterschrift: O. Berger, Elisabeth-Ufer 37, versehen, ist dieser Tage von Berlin ein Zirkular zum Theil auch an die Kreisvereine des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen zur Versendung gelangt, welches eine Resolution für eine bestimmtere Norm der Sonntagsruhe, als dieselbe jetzt im Reichstage festgesetzt worden ist, zum Inhalt hat.

Dem Inhalt der Resolution stehen wir nicht unsympathisch gegenüber, aber sie ist in einer in Berlin stattgefundenen sozialdemokratischen Versammlung beschlossen worden, ein Umstand, der uns zwingt, unsere Kreisvereine aufzufordern, ihre Unterschrift zu verweigern, weil ein Anschluß an die Sozialdemokratie, wie ihn diese Petition voraussetzt, gegen die Ehre (!) des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen, welcher auf nationaler Grundlage steht, sowie gegen die Ehre des gesammten Kaufmannsstandes, der von der Sozialdemokratie als „überflüssig und ausbeuterisch“ verschrieen wird, ist! Von unserem Standpunkt aus erklären wir die Abgabe einer Unterschrift von Seiten unserer Kreisvereine zu dieser Resolution überhaupt nicht für zulässig, da mit dem Namen des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen öffentlich und verantwortlich aufzutreten nur dem Vorstand selbst zusteht.

Weitere Schritte in der Frage der Sonntagsruhe werden von uns selbst unternommen werden.“ — —

Fürwahr eigenthümliche Ansichten scheinen bei den leitenden Herren des Verbandes über die Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder vorzuherrschen! Auf diese Weise wahren sie wahrlich nicht die „Ehre“ ihres Vereins, wenn man überhaupt noch von einer Ehre dieses kapitalistenfreundlichen Arbeitervereins sprechen kann. Um sich vor dem Eintreten für eine vollständigere Sonntagsruhe der kaufmännischen Angestellten drücken zu können, verbergen sich die leitenden Herren hinter einem „nationalen“ Phrasengeklingel. Wie weit es mit dem Schlußpassus her ist, daß der Verband selbst Schritte unternehmen will, kann sich Jeder selbst zurechtlegen. Es gilt hier nämlich schleunigst eine Agitation ins Werk zu setzen, damit bei der dritten Lesung im Reichstag andere Beschlüsse zu Stande kommen. Ein Säumen heißt daher nichts Anderes, als ein Verrath. Wie harmlos und unpolitisch übrigens die Kommission ist, geht daraus hervor, daß sie naiver Weise glaubt durch einen Bittgang zum preußischen Handelsminister etwas erreichen zu können, wozu sie von der Versammlung beauftragt wurde.

Aus Anlaß des Todesfalles des Schaffners Röll, der von einem Arbeiterzuge stürzte und dabei im Schlangengraben in Spandau ertrank, ist vielfach das Verhalten der Arbeiter den Bahnbeamten gegenüber in der Presse besprochen und abfällig kritisirt worden. Hierzu schreibt uns ein Arbeiter aus Weißensee, der seit Jahren diese Arbeiterzüge benutzt, folgendes:

Es gereicht denjenigen Arbeitern nicht zur Ehre, welche sich in brüsker und ungehöriger Weise, namentlich auch Frauen gegenüber, während der Fahrt in den sogenannten Arbeiterzügen betragen; aber man darf hier Ursache und Wirkung nicht verwechseln. Die Wagen dieser Züge sind Transportwagen für Vieh; Beleuchtung: eine Stalllaterne mit Drahtgitter, darin ein Stückchen Licht für die Länge der Fahrt berechnet, welches nur glimmt und oft übel riecht. Die Luft, bei bis zur Hälfte über normale Besetzung überfüllten Wagen, spottet jeder Beschreibung, obwohl man von Seiten der Bahnverwaltung im Innern des Wagens vermerkt hat: Normalbesetzung „soviel Pferde oder Mann“. Als Proben, wie einzelne im Staatsdienst stehenden Beamten mit den Fahrgästen dieser Züge verkehren diene Folgendes: Ein Beamter ruft beim Betreten des Wagens, „Die zugekomm'nen Fahrkarten!“ Diese Anrede veranlaßte einen der Anwesenden zu der Frage seinem Arbeitskollegen gegenüber: „Hast Du schon einmal Fahrkarten gesehen, die zukommen?“ „Nein!“ Ja, das ist Beamtensprache, um die zu lernen muß man erst 13 Jahre Soldat gewesen sein.

Dem soviel gepriesenen Entgegenkommen der höheren Stationsbeamten, Personen gegenüber, welche mit den hiesigen Verhältnissen nicht vertraut sind, entspricht nachstehender Fall sehr wenig. Am Donnerstag, den 5. d. Mts., Morgens 6 Uhr 55 Minuten kam der Nordring-Zug in Charlottenburg an. Als sich der Zug wieder in Bewegung setzte, öffnete sich die Thür eines Koupees 2. Klasse, dem zwei Passagiere, mit Kisten und Säcken beladen, schnell entsteigen wollten. Man sah den Leuten an, daß sie sich beim Einsteigen geirrt hatten. Ein Dritter war ebenfalls im Begriff auszusteigen, wurde aber von einem der Beamten zurückgeschoben und ihm die Thür vor der Nase zugeschlagen. Jener Beamte, sich halb zu seinem Kollegen mit der rothen Mütze wendend, deutete mit ausgestreckten Armen nach dem Koupee des Abfahrenden und rief: Sehen Sie doch! Großartig zweiter Klasse! Na warten Sie man, Sie bezahlen 6 Mark! Als auch noch ein Zivilist, der von sich über Andere ein Urtheil fällte, seinen Dezem dazu gab, wurde er sowohl wie der Beamte durch einen der Anwesenden zum Vergnügen aller Umstehenden in seine Schranken zurückgewiesen; der Beamte zog es vor, in sein Bureau zu verschwinden. Auf dem Bahnhof Spandau wurden vor ungefähr vierzehn Tagen vier Arbeiter polizeilich festgestellt, weil sie irrthümlich dritter Klasse gefahren sein sollten, da sie bei dem Stations-Vorsteher die sofort zu erlegenden 6 Mark nicht bezahlen konnten. In der vergangenen Woche erhielten die Vier nun von der Direktion der Bahn ein Strafmandat von im Ganzen 1,40 M. Man fragt sich nun, wie kam der Beamte dazu, jene Uebertretung mit 4,60 M. mehr ahnden zu wollen? Weit entfernt, Alles gut zu heißen, was sich bei dem Massentransport im Personenverkehr zuträgt und von den Fahrgästen verschuldet wird, muß doch hervorgehoben werden: ein großer Theil von Schuld liegt an jenen oben geschilderten Zuständen.

Das Opfer eines nicht mehr neuen Schwindelmanövers wurde vorgestern Nachmittag eine Dame, welche in der Leipzigerstraße von einer unbekannten Frau darauf aufmerksam gemacht wurde, daß ihr Kleid hinten stark beschmutzt sei. Die Fremde erbot sich, den Schmutz zu entfernen, und trat mit der Dame zu diesem Zweck in einen Hausflur. Letztere vermißte, nachdem sie sich für die erwiesene Gefälligkeit bedankt hatte, ihr Bügel-Portemonnaie mit einem Inhalt von 27 M. Die Schwindlerin ist klein und schwächlich, trug ein schwarzes Barett und einen mit Pelz besetzten dunklen Radmantel.

Droschkenplatz-Veränderungen und Neu-Einrichtungen. Auf Grund des Gesuches des Vorstandes des Vereins Berliner Droschkenkutscher wird der Halteplatz an der Bärwald- und Blücherstraßen-Ecke von 6 auf 12 Droschken I. Kl. vergrößert und der auf dem Oranienplatz befindliche und an der Häuserseite belegene Platz wird nach der Wasserseite des Oranienplatzes verlegt werden. Sodann wird der Halteplatz für Droschken I. Kl. in der Hinderfinstraße, genannt „Pein-Ecke“, von 10 auf 16 Droschken vergrößert und derjenige in der Chariteestraße dergestalt eingerichtet, daß sämmtliche 8 Droschken hintereinander Aufstellung finden. Der Reserve-Halteplatz an der Voß- und Wilhelmstraßen-Ecke wird

Plauderei.

R. C. Sonniger Friede leuchtet wieder in unserem politischen Leben. Rasselten noch vor wenigen Tagen die Säbel in den rostigen Scheiden und stimmten die vereinigten Kartellbrüder einen Schlachtgesang an, daß die Landwehr bis ins dritte und vierte Glied erzitterte, so bläst man jetzt die Friedensschalmei und kein Maler und kein Pinsel ist im Stande, das herrliche Kriegsherr zum Schutz des Vaterlandes und des Chauvinismus auf die Beine zu bringen. Und doch war man auf beiden Seiten des Rheins auf das Schlimmste vorbereitet. Von der „Kölnischen Zeitung“ wurde die Wacht am Rhein neu in Musik gesetzt, Alles, was Anstich hatte, lobte den Herrn, und Boulanger ließ seinen Rappen aufs Neue schwarz färben. Es fehlte nur ein Kanonenschuß und wir hätten wieder zwei neue Provinzen erobert.

Der Traum ist zu Ende, die nackte Wirklichkeit an die Stelle kriegerischer Phantasien getreten. Von Allem ist nur die Unteroffiziers-Prämie geblieben, sie ist das Bollwerk, durch welches der moderne Staat und die moderne Gesellschaft vor dem Ansturm wilder Gewalten geschützt wird. Schiller ist Lügen gestraft, wenn er singt: „Im Felde, da ist der Mann noch was werth“ — nach zwölfjähriger Dienstzeit strotzt dem Feldwebel jetzt das Geld in der Weste, für tausend Mark und alle vier Tage ein Kommißbrot lohnt es sich schon, gegen die Sozialdemokratie zu leben. Lockte früher nur der bloße Zivil-Versorgungsschein, so lacht jetzt auch noch das baare Geld dazu; die Vaterlandsliebe und das Eintreten für das Bestehende hat ein mächtiges Zugmittel erhalten, und die Banknoten lassen sich auch im bürgerlichen Dasein sehr gut verwerthen. Man stirbt für die Ehre im militärischen Leben das ist richtig, aber wenn man leben will, ist es vorsichtig, wenn man immer einige größere Münzstücke besitzt, damit man im Nothfalle wenigstens wechseln kann. Doch davon versteht der Zivilist nichts, — man soll sich damit begnügen, daß von maßgebender Stelle der Nothstand geleugnet wird und dafür sorgen, daß die Steuern pünktlich gezahlt werden, und im Uebrigen waltet die hohe Obrigkeit.

So lebt denn Alles wieder in süßer Harmonie. Eugen Richter schmollt zwar noch, weil man seine Weisheit nicht für vollgiltig annehmen wollte, und auf den freudigen Rausch ist die Ernüchterung gefolgt, und zwar gepaart mit einem niederdrückenden Gefühl, welches man unter gewöhnlichen Umständen mit dem wenig poetischen Namen des Katzenjammers belegt. Der natürliche Verlauf der Dinge ist immer so, nichts desto weniger geht auch ein alter Fuchs bisweilen in die Falle; aber es thut weh, wenn man sich ein Bein abbeißen muß, um wenigstens das Uebrige zu retten. Das gebrannte Kind scheut das Feuer — er wird es nicht wieder thun. Aber seine Mannen treten in seine Fußstapfen. Kommen die jungen Fortschrittsführer mit den Sozialisten ins Gedränge, dann schließen sie schnell die Versammlungen, Vorsicht ist immer der bessere Theil der Tapferkeit, und die Irrlehren allein schützen auch junge freisinnige Abgeordnete nicht. Man muß eben unter sich bleiben, wenn man die Probleme politischer Weisheit richtig lösen will, reden andere Leute in wohlüberlegte und wohlvorbereitete Reden hinein, so kann der tapferste Mann aus dem Konzept kommen, und statt des erhofften Beifalls erntet man eitel Spott und Hohn. Das schmerzt, und nicht Jedem ist es an der Wiege gesungen, daß er später einmal als Weltverbesserer enden wird. So hält der freisinnige Abgeordnete Dr. Pachnicke das Banner der Freiheit hoch; aber wenn zufällig Jemand anderer Ansicht als er selbst ist, so wird die Bude geschlossen, und man mag sich auf der Straße weiter unterhalten. „Stolz will ich den Spanier!“ — auch wenn der Spanier nur aus Spandau ist.

Und der Frühling kommt leise ins Land gezogen, und alle Tage erfreut man uns mit einem neuen Mittel gegen die Schwindsucht. Jeder Arzt hat ein Patent auf ein frisches Mittel in der Tasche: es ist nur Schade, daß die Kultusminister anfangen, etwas rar zu werden. Es wird sich in Zukunft kaum noch ein Inhaber eines Ministerportefeuilles finden, der mit gleich großer Emphase sich in das Mittel legt, wie es Herr v. Goßler für den Professor Koch that. Man liegt sonst nicht nur im Mittel, sondern spanische leicht im Essen. Doch da man jetzt schon [illegible] Fliege dressirt hat, die Tuberkelbazillen zu [illegible], so eröffnen sich für den Kundigen weite Perspektiven, und schließlich ist das Thierreich so groß, daß [illegible] bei der einfachen Fliege garnicht stehen zu bleiben brauchen, man kann ganz gut andere Bestien einführen, die [illegible] Menschen mit allen seinen Bazillen zugleich zu sich [illegible]. Dann hat das Erfinden und Entdecken für [illegible] weiter keinen Grund, sich die unglücklichen Kranken haben [illegible] Wissenschaft zu beklagen. Es wär' so schön, [illegible] Jeder durch Einspritzungen aller wäre doch nur gewesen, so eisenfeste Gesundheit erhalten Art schließlich eine [illegible] produktion bedenklich ins Schwanken hätte, daß auch die [illegible] Kirchhöfe zu guter letzt als Baugerathen wäre und [illegible] stellen hätten [illegible] werden können. Dem Baumeister und Stadtver[illegible]: er hätte jedem Arbeiter ein Haus gebaut, gedient gewesen, es hätte es ihm nicht gefehlt, aber er hätte selbst an Terrain einen Platz gefunden, wo er sich mit allen seinen dann kar[illegible] und Zukunftsplänen hätte begraben lassen können. Projekten

Trotzdem aber gehen wir einer wonnigen Zukunft entgegen. Wir erhalten Wohnungen, wie wir sie uns wünschen und werden mit Kaninchenfleisch gemästet, daß man sich schließlich für Geld sehen lassen kann. Jeder Arbeiter muß jeden Sonntag sein vierbeiniges, ungefiedertes Huhn im Topf haben — das ist die Devise des neuen Vereins, der sich kürzlich für Einführung des Kaninchenfleisches gebildet hat. Ein Kaninchenragout ist nicht schlecht für den, der es vertragen kann; wer es nicht verträgt, kann zu dem einfachen Auskunftsmittel greifen, daß er gleich nach dem Kaninchen eine Katze verspeist, die ihm das Nagethier aus dem Magen jagt. Verwandt sind sie ja beide — das Eine ist ein Stallhase, das Andere ist ein Dachhase. — — —

auf 6 Droschken reduzirt (von 10), dafür wird in der Wilhelmstraße, Spitze nach der Leipziger Straße, ein neuer Halteplatz für Droschken 1. Kl. eingerichtet werden. Für Droschken 1. Kl. werden außerdem noch neue Plätze eingerichtet: am Dennewitzplatz, in der Klopstockstraße, Spitze nach der Charlottenburger Chaussee; am Neuen Markt, zum Nachrücken nach der Spandauerstraße bezw. Börse. Sämmtliche Aenderungen treten vom 1. April d. J. ab in Kraft. Die Neu-Einrichtung eines Halteplatzes in der verlängerten Zimmerstraße ist seitens des Kommissars für das öffentliche Fuhrwesen deshalb abgelehnt worden, weil die Straße weder regulirt noch gepflastert ist.

Die gelinde Witterung der letzten Wochen hat aller Orten die Natur belebt. An den meisten Sträuchern und Bäumen haben die Blattknospen angesetzt. Die Weiden tragen bereits ihre Kätzchen. Im Humboldthain zeigen sogar einige Fliedersträucher zarte Blätter. In den Gärten der Vorstädte hat man bereits die Rosenstöcke von ihrer Winterhülle befreit. Blühende Veilchen sind in Gärten schon sehr oft zu finden. Auch der Graswuchs hat gut angesetzt. Zu erfreulichen Hoffnungen berechtigt auch das schöne Aussehen der jungen Saat, welche an manchen nicht so sehr von der Nässe mitgenommenen Stellen schon über einen halben Fuß hoch steht.

Gerichts-Zeitung.

„Verliebt, verlobt, verliehen und verloren“. In diesen vier Worten lag die ganze Liebes- und Leidensgeschichte des Kunststopfers P., wie sie zur Kenntniß des Schöffengerichts gelangte, als P. sich wegen Körperverletzung mittelst eines hinterlistigen Ueberfalles zu verantworten hatte. „En Mann, den die Frau wegjeloofen is, der is sozusagen seiner verheiratheten Obhut vollständig entblößt un det muß doch berücksichtigt weer'n,“ meinte er. — Vorsitzender: Ja, das haben Sie ganz nett gesagt, aber Sie waren doch nicht mit der W. verheirathet. — Angeklagter: Aber doch so jut wie. Wenn ick en halbet Jahr lang für die tägliche Nothdurft sorge un stoppe wie verrückt, det der nöthige Zaster in'n Hause is un sie hat die Kasse un denn alle Sonndage bei Puhlmann's, da möchte ick wissen, wat da en Mann noch mehr dhun kann. — Vors.: Man nimmt aber doch allgemein an, daß zu einer Ehe auch eine Trauung gehört. — Angekl.: Nu ja doch, aber der Jeist is billig und det Fleesch is dheier, wer weeß, wat noch jekommen wäre, wenn sie mir nich ausjerückt wäre. Un denn zieht sie bei meinen besten Freund hin? Haben Sie Worte, Herr Jerichtshof? — Vors.: Ja, das mag nicht hübsch sein, aber Sie konnten die Person nicht halten. Waren Sie denn regelrecht mit ihr verlobt? — Angekl.: Aber derbe. Jn't janze Haus sagten sie schon „Frau P.“ zu ihr un ick hatte schon een paar Mal jesagt, det ick uns beede wollte in't Blatt setzen lassen, aber sie sagte ja, det wäre Mumpitz un for det Jeld könnte ick ihr lieber wat Vernünftijet koofen. — Vorsitzender: Trugen Sie Ringe? Jch meine Verlobungsringe. — Angekl.: Nee, meine Braut sagte immer, det dhäte ooch man so'n Tingeltangel sind, wenn det Herz nich echt wäre, denn hätten die Ringe keenen Zweck. — Vors.: Dann scheint ihr Herz allerdings nicht echt gewesen zu sein. — Angekl.: Nee, in'n jeringsten jarnich. Jck habe ihr ooch jesagt, sie sollte sich en Paar Gummischuhe koofen un in ihr Jewissen sehn. — Vors.: Jetzt wollen wir mal von dem Vorfalle reden, der der Anklage zu Grunde liegt. — Angekl.: Derf ick nich mit'n Paar Worte noch erzählen, in welche Weise sie mir verlassen hat? — Vors.: Nun meinetwegen, aber machen Sie's kurz. — Angekl.: Den dritten Weihnachtsdag kommt mein Freund Siemerling mit 'ne hohe Ufrejung in meine Dhiere rin. Jck merke doch jleich wat los is, sage aber nischt, wie „Nanu“? Du, August, fängt er an, heite is en kritischer Dag, erst war der Jerichtsvollzieher bei mir und holt mir sämmtliche Sachen weg un denn kömmt eene Karte von meine Tante aus Zossen un ick möchte doch um fünfe heite Nachmittag uf'n Bahnhof sein. Sie wollte mir besuchen. — Angekl.: „So“? sage ick, „un nun soll ick woll wat borgen? In Familiengeschichten stecke ick mir absolut nich mang!“ — Nee, meente er, Jeld sollste mir nich borgen, aber Deine Braut. Du weeßt doch, det ick vor zwee Monate meine Tante vorgeschweeßt habe, ick hätte mir nett verheirathet, un zehn Thaler habe ick dabei rausgeschlagen. Nu muß ick ihr doch ooch 'ne Frau ufweisen können, wenn sie kommt, denn wenn sie die Jeschichte spitz kriegt, denn is sie kumpabel un enterbt mir. Un nu meent er, ob meine Braut nich uf'n Nachmiddag zu ihm kommen könnte un sich for seine Frau ausjeben, blos uf'n paar Stunden. Jejen Abend könnte ick sie ja abholen, denn seine Tante dhäte um 8 Uhr wieder abreisen. Jck denke natürlich nischt Arges un kieke meine Braut an, die sich halb dodt lachen will ieber den Feez un sagt, sowat dhäte gerade ihr Fall sind. Na, ick hadde nischt jejen un wundere mir ooch gar nich, als Siemerling mir fragt, ob er nich die Kommode un det Spinde könnte mitnehmen, die meine Braut ihre waren, denn er hätte doch jar keene Sachen, von wejen den Jerichtsvollzieher. En Hundewajen hatte er schon unten. Jck denke mir immer noch nischt. Meine Braut kramte ja en bisken lange in ihren Sachen rum, endlich [illegible]r sie fertig un sie zog ab. Abends jejen 9 Uhre ick also hin [illegible] will ihr holen. — Die Dhüre war zu. Jck fraje bei die [illegible]rn, ob mein Freind seine Tante nicht jekommen is. „Jh [illegible]ahre!“ sajen die, „ne scheene Tante!“ Det wäre en hübsch[illegible] Mächen jewesen un vielleicht so'ne Jahre Zwanzig. — „Det is [illegible]'is un det stimmt ooch,“ sage ick, mir kamen aber immer noch keine schlechten Gedanken. Jch warte, bis det Haus zujesch[illegible] is un denn sehe ick zu Hause. Sie kömmt die janze Nacht nich un den andern Morjen kriege ick en Brief von ihr: [illegible] dhät sie mir wohl, aber lieben nich un et wäre zu schön jewesen un sie wollte nun bei meinen Freund bleiben. Die janze Jeschichte von seine Tante war nur die reene Komedie jewesen. Wie finden Sie det, Herr Jerichtshof? — Vors.: Recht schlecht. [illegible] trafen Sie das Paar am folgenden Sonntag. Was geschah nun? — Angekl.: Jck jehe langsam die Schönhauser Allee ruf, als mir mit eenem Male die Beeden in't Ooge kommen. Sie erzählen sich wat un lachen un ick hör noch, wie sie zu ihm sagen dhät: Der Kerl war zu't Sterben zu dumm.“ Damit meinte sie natürlich mir un mir wird die Jalle in't Blut treten un ick werde schwarz vor die Oojen un da muß ick ihr woll mit 'n Stock ieber 'n Kopp jehauen haben. — Vors.: Sie soll blutend zu Boden gesunken sein. — Angekl.: Hat sie et besser verdient? — Vors.: Davon ist keine Rede, aber Sie haben nicht das Recht, in dieser Weise Rache zu üben. — Angekl.: Denn bitt ick um eene jelinde Strafe. — Vors.: Das läßt sich wenigstens hören.

Der Angeklagte kommt mit 10 M. Geldstrafe davon.

Arbeiterbewegung.

Chemnitz. Die Versammlung der Arbeitslosen am 7. März (Nachmittags ½3 Uhr) war so stark besucht, daß vor dem Lokal ca. 1200 Personen gezählt worden sind, welche keinen Zutritt fanden. — Auf den gänzlich ablehnenden Bescheid des Stadtraths fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Nachdem der Wohllöbl. Stadtrath Bedenken trägt, sich mit uns in Erörterung über Arbeitsmangel einzulassen und eine Volksversammlung (es war eine Arbeitslosenversammlung) nicht für ein Organ hält, von dessen Berathung ein Nutzen für die Beschäftigung der Arbeiter zu erhoffen wäre, des weiteren Gewicht darauf gelegt wird, zu erfahren, wie viel von den versammelt gewesenen Arbeitslosen ohne ihre Schuld arbeitslos sind und endlich mit dem Hinweis auf das Gebundensein an gesetzliche Bestimmungen alle unsere, an und für sich schon schwachen Hoffnungen gänzlich vernichtet hat, bezweifeln die versammelten Arbeitslosen, daß im letzten Absatz der uns zugestellten Antwort Gesagte, daß der wohllöbl. Stadtrath der Stadt Chemnitz den Arbeitern eben so wohl gesinnt ist als den anderen Einwohnern.“

Dem „Chemnitzer Tageblatt“, welches sich nach bekannter kartellbrüderlicher Art über das Vorgehen der Arbeitslosen ausgesprochen hatte, ward in folgender Resolution eine Abfertigung zu Theil: „Nach eingehender Einsichtnahme des Artikels im „Chemnitzer Tagebl.“ Nr. 56 vom Freitag, den 6. März, welcher sich mit der hier am Ort bestehenden Arbeitslosigkeit und der Stellungnahme der Arbeitslosen hierzu beschäftigt, halten es die Arbeitslosen trotz ihrer nach Monaten langer, unverschuldeter Arbeitslosigkeit eingetretenen Noth unter ihrer Würde, sich weiter mit diesem . . . . . . Artikel zu beschäftigen und erklären sich mit dem von Herrn Grenz dem „Tageblatt“ sammt seinen profitlustigen Schützlingen in dieser Versammlung ertheilten Lektion voll und ganz einverstanden.“ Die Versammlung beschloß des weiteren, sich in folgendem an das Stadtverordneten-Kollegium zu wenden: Die am 7. März im Schützenhaus versammelten Arbeitslosen richten an das wohllöbliche Stadtverordneten-Kollegium der Stadt Chemnitz die höfliche Anfrage: Ob sich das wohllöbl. Stadtverordneten-Kollegium mit dem uns auf unsere am 4. d. M. beim hiesigen Rath der Stadt Chemnitz gemachten Eingabe beziehentlich der Arbeitslosigkeit am 6. d. M. gewordenen Entscheid im Einverständniß befindet.“ Donnerstag Abend, den 12. d. M., beschloß das Stadtverordneten-Kollegium einstimmig, sich dem Entscheid des Stadtraths anzuschließen. In einer weiteren Arbeitslosen-Versammlung wollten die Arbeitslosen heute, Freitag, den 13., weiter über ihre trostlose Lage berathen. Dies ist ihnen aber in folgendem unmöglich gemacht worden:

Beschluß vom 11. März 1891.

Die vorstehend angemeldete Versammlung ist im Hinblick auf den Blatt 9 bez. 10 als mittelbare Folge der vorigen Versammlung vorgekommenen groben Exzeß auf Grund § 5 des Gesetzes vom 22. November 1850 zu verbieten und dem Felber pp. solches zu eröffnen.

(gez.) Siebdrat.

Der grobe Exzeß war ungefähr folgender Art: Ein in der Versammlung anwesender böhmischer Maurer (Polier soll er sein) brachte durch unpassende Redensarten die Versammelten in eine große Erregung. Es gelang jedoch, die Versammlung zu beruhigen. Eine Auflösung fand auch nicht statt, es wurde vielmehr nach diesem Vorkommniß noch längere Zeit über die Angelegenheiten in der ruhigsten Weise weiter berichtet. Nach Schluß der Versammlung und in ziemlicher Entfernung vom Versammlungslokal soll es durch das Gebahren des betreffenden Maurers zu weiteren Streitigkeiten gekommen sein, welche schließlich in Thätigkeiten ausarteten, wobei der böhmische Maurer einige Knuffe erhalten hat. — Kurz und gut, die Frage der Arbeitslosigkeit ist hier schnell gelöst worden: Der Stadtrath tritt mit der Kommission der Arbeitslosen in eine Erörterung über Arbeitsmangel nicht ein. Das Stadtverordneten-Kollegium schließt sich diesem Vorgehen an. Das „Chemnitzer Tageblatt“ sagt: „Uebrigens hat, was wir besonders betonen wollen, Niemand ein Recht darauf, von seiner Gemeinde Arbeit zu verlangen; ein solches Recht auf Arbeit ist nirgends und niemals anerkannt worden, würde auch gar nicht durchgeführt werden können.“ (Armer Bismarck.) Eine weitere Versammlung der Arbeitslosen wird polizeilich verboten.

Soziale Uebersicht.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wendet sich mit folgendem

Aufruf an die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen.

„Bekanntlich hat die Fraktion der sozialdemokratischen Partei beschlossen, den deutschen Arbeitern zu empfehlen, den ersten Mai in diesem Jahre nicht durch Ruhenlassen der Arbeit zu feiern, sondern die offizielle Feier auf Sonntag, den 3. Mai, zu verlegen. Dieser Vorschlag dürfte, soweit bis jetzt Verhandlungen in Arbeiterversammlungen stattgefunden haben, allseitig akzeptirt werden, weil er den gegenwärtigen Verhältnissen des Arbeitsmarktes entspricht. Dagegen sollte die Anregung, welche die Maifeier in Betreff der Verkürzung der Arbeitszeit geben soll, nicht unbenutzt vorübergehen dürfen. Wir sollen uns nicht damit begnügen, den herrschenden Klassen zu zeigen, wie groß die Zahl Derjenigen ist, welche durch die Theilnahme an der Feier zeigen, daß sie einen kürzeren Arbeitstag wollen, sondern wir müssen suchen, auch diesem Verlangen praktischen Ausdruck zu geben und Mittel und Wege einschlagen, die endlose Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft durch die Organisation, durch wirthschaftliche Kämpfe zu verhindern. Das erste Erforderniß für diese Kämpfe aber sind genügende Mittel. Sobald das Unternehmerthum sieht, daß die sich zum Kampfe rüstenden Arbeiter über größere Fonds verfügen, wird es in den meisten Fällen geneigt sein, den gestellten Forderungen nachzugeben. Diese Behauptung ist oft genug durch thatsächliche Vorkommnisse bestätigt worden. Nur das Vertrauen auf unsere Schwäche, nur das Bewußtsein, daß wir nicht im Stande sind, größere Kämpfe durchzuführen, ist es, was den Uebermuth des Unternehmerthums hervorruft, was demselben den traurigen Muth giebt, jede Forderung der Arbeiter, und besonders diejenigen, welche auf die Verkürzung der Arbeitszeit gerichtet sind, abzulehnen.

Die deutschen Arbeiter sollten endlich zu dieser Erkenntniß kommen und damit beginnen, größere Fonds für die wirthschaftlichen Kämpfe zu begründen.

Der erste Mai bietet die beste Gelegenheit hierzu. Wenn dem Vorschlage der Fraktion Folge gegeben wird, dann sollte sich jeder Arbeiter verpflichten, ein Dritttheil oder ein Viertheil des Arbeitsverdienstes am ersten Mai zur Anlegung eines allgemeinen Fonds zu ferneren Kämpfen für die Verkürzung der Arbeitszeit herzugeben. In einzelnen Arbeiterversammlungen ist ein solcher Beschluß auch schon gefaßt worden. Um die auf diese Weise zusammengebrachten Summen nicht zu theilen und in einzelnen Posten in den Städten liegen zu lassen, erscheint es gerathen, wenn die Sammlungen durch eine Zentralstelle gehen und so ein Zentralfonds geschaffen wird, während die einzelnen kleinen Fonds einer Zersplitterung der Kräfte gleich wären.

Deshalb beschloß die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, alle Arbeiter aufzufordern, sich dem Beschluß der Stuttgarter Gewerkschaften, welche die eingehenden Summen dem Generalfonds zuführen wollen, anzuschließen. Zur Kontrolle für die Sammlung werden von der Generalkommission Marken in folgendem Werthe ausgegeben werden: à 25 Pf. für weibliche, à 50, 75 Pf. und 1 M. für männliche Arbeiter. Von einer Ausgabe von Sammellisten oder Quittungskarten ist Abstand genommen worden.

Der Vertrieb der Marken soll durch an jedem einzelnen Orte zu wählende Kommissionen besorgt werden. Die Kommissionen sind am gerathensten in allgemeinen Volksversammlungen zu wählen und haben event. die Marken an die am Orte befindlichen Gewerkschaften abzugeben.

Die gewählten Kommissionen bitten wir, die Adresse ihres Vertrauensmannes an den Unterzeichneten einzusenden, und wird die gewünschte Anzahl Marken an diesen Vertrauensmann abgesandt werden. Die Sammlungen sollen sich auf einen möglichst kurzen Zeitraum beschränken und innerhalb 14 Tage nach dem 1. Mai beendet sein.

Es wird jedem mit den Verhältnissen Vertrauten einleuchten, welchen gewaltigen Werth das Vorhandensein eines Reservefonds für alle weiteren Kämpfe haben muß, und erwarten wir, daß die aufgebrachte Summe dem Unternehmerthum Respekt vor der Einmüthigkeit und Opferwilligkeit der deutschen Arbeiter einflößen wird.

Darum auf, deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen, die Ihr gewillt seid, praktisch mit Hand anzulegen in dem Emanzipationskampfe des Proletariats, tretet zusammen, wählt die gedachten Kommissionen und sorgt dafür, daß jeder Genosse und jede Genossin ein Scherflein zu diesem unserem wichtigsten Kampfesmittel beiträgt.

Nur durch eigene Kraft werden wir uns aus den unwürdigen Banden des Kapitalismus befreien, nur auf uns selbst haben wir zu vertrauen.

Unsere **Einmüthigkeit sei unsere Stärke, unsere Opferwilligkeit** unser Hort!

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
J. A.: C. Legien, Vorsitzender.
Hamburg-St. Georg, An der Koppel 79, 1. Etage.

Situationsbericht.

Den Fabrikanten in Bühl O./E. erwuchs in der Polizeibehörde ein Bundesgenosse. Auf Grund eines französischen Gesetzes vom Jahre 1834 wurde der Fachverein der Textilarbeiter verboten. Obgleich gegen dieses Verbot Beschwerde geführt ist, so wurde der Zweck desselben doch erreicht. Theils durch die hierdurch hervorgerufene Einschüchterung, wie auch die Lockerung der Verbindung unter den Ausstehenden, sodann aber auch durch die Versprechungen der Fabrikanten ließ sich der größte Theil der Ausständigen verleiten, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Lohnkommission der Textilarbeiter in Bühl will auch den heute noch Feststehenden empfehlen, die Arbeit wieder aufzunehmen, doch werden 81 Mann, welche als Hetzer und Aufwiegler angesehen werden, nicht wieder in Arbeit kommen. Wir haben nichts dagegen. Verschärft nur die Gegensätze, Ihr Herren Fabrikanten, die Früchte davon werdet Ihr selbst zu genießen bekommen! — Auch die Heizer und Trimmer in Hamburg waren genöthigt, sich die Reduzirung des Lohnes gefallen zu lassen. Die Zeit für den Ausstand war eine höchst ungünstige. Wegen der Eisverhältnisse der Elbe konnten die Schiffe nicht ausfahren, so daß die Rheder Zeit gewannen, aus dem gewaltigen Heer der Arbeitslosen in diesem Winter genügend Leute zu finden, welche bereit waren, zum Schaden ihrer Arbeitsgenossen die Schiffe zu besetzen. Wenn auch die auf diese Weise gewonnenen Leute nicht ständig die befahrene Schiffsmannschaft ersetzen können, so genügen sie doch vorläufig, den Transport der Schiffe nicht stocken zu lassen. Die Heizer und Trimmer werden, nachdem sie ihre Organisation gekräftigt haben, bei günstigerer Zeit den Lohnausfall wieder zu gewinnen suchen.

Die anderen gemeldeten Streiks werden noch mit der alten Hartnäckigkeit weiter geführt und dürfte bei genügender Unterstützung der Erfolg den Arbeitern sicher sein. Es wird dringend geboten sein, das Aufbringen von Unterstützung an den einzelnen Orten mehr einheitlich zu regeln, damit eine sichere Basis für die Einnahmen der Generalkommission geschaffen wird.

Quittung über eingegangene Gelder bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 26. Februar bis 4. März:

Verein Arbeiterschutz, Hanau M. 100,—. Gewerkschaftskommission Stuttgart inkl. Rest durch Holsch 13,85; Buchbinder-Fachverein 50,—; Ueberschuß des Weihnachtsfestes der Metallarbeiter 75,50, zus. 400,—. Hutmacher, Berlin 200,—. Arbeiter Potsdams durch Ulbrich 11,50. Dritter Wahlkreis, Distrikt Barmbeck-Uhlenhorst 20,75. Aug. Ringe, Berlin 9,15. Verband der Barbiere, Friseure und Perrückenmacher, Filiale Hannover 7,60. Gesammelt beim Maskenball d. Vereins „Ottensia“, Berlin ab Porto 12,50. Mehrere streikende Genossen, Wallstr., Berlin 2,—. Aus Meißen durch Gallwitz 30,—. Generalkommission, Braunschweig 400,—. Vereinigte Arbeiter, Einbeck 21,40. M. Dasbach, Hanau 21,—. Verband der Fabrik-, Land- u. gewerblichen Hilfsarbeiter, Filiale Harburg 150,—. Tabakarbeiter Hanaus 18,—. Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises 50,—. Kontrollkommission, Bremen 100,—. Ges. v. d. Gewerkschafts-Komm., Minden 66,90. Schneider-Verband, Filiale Minden 15,—. Agitationsfonds der in Holzbearbeitungs-Fabriken beschäftigten Arbeiter, Berlin 80,—. Ueberschuß der Tellersammlung, Volksversammlung, Friedenau 5,20. Möbelfabrik von J. C. Pfaff, Berlin SO. 46,15. Ueberschuß vom Stiftungsfest des Vereins zur Vertretung gewerblicher Interessen der Frauen und Mädchen, Hamburg 50,—. Ueberschuß der öffentlichen Versammlung der Krahnführer und sonstigen Quaiarbeiter, 22. Februar, Hamburg 9,06. Quaiarbeiter vom Schuppen 27, Hamburg 6,—. Fachverein der Gypser, Hamburg 100,—. A. Meyer, Hamburg, 5,—. Ueberschuß der Tellersammlung der Volksversammlung im Böhmischen Brauhaus 41,—; Kümel'sche Werkst. 12,—; L. H. 1,—; durch Millarg, Berlin zus. 54,—. Lokalverband der Zimmerer, Bernburg u. Umgegend 13,92. Weißgerber, Karlsruhe-Mühlburg 18,—. Ueberschuß einer Tellersammlung der öffentlichen Droschkenkutscher-Versammlung im Böhmischen Brauhaus, Berlin 15,65. Verein der Former und Berufsgenossen, Harburg, 25,—. Gesammelt auf einer Hochzeit, Kampstr. St. Pauli 2,50. G. Hein u. J. Tiedemann, Hamburg 19,50. Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter 80,—. G. M. durch Bérard 10,—. Verband d. Korbmacher, Fil. Altona 15,—. O. E., Altona 10,—. Von einer großen Buchdruckerei in Hamburg 56,40. Schneider- und Schneiderinnenverband, Filiale Hamburg 40,—. Verband der Vergolder, Fil. Hamburg 17,85. Verband d. Vergolder, Filiale Altona 23,10. A. Ressel, Berlin —,90. Schiffszimmerer des Lokalverbandes Magdeburg 10,—. Vom Konzert durch Magnus, Hamburg, 1. Rate 104,70. Dresden, Kohlköpfe 3,—. Klub „Lilie“ von 1877, d. Wilhelms, Hamburg 30,—. Sparklub „Hammonia“, Hamburg 3,—. Fachverein der Glaser, Hamburg 22,55. Kneipe bei Niederf, Hamburg 2,50. Fachverein der Posamentiere u. Knopfmacher, Hamburg 20,—. M. H. Behr, Lehe 19,40. Tischler-Fachverein, Bernburg 6,20. Schneider-Verband, Bernburg 3,25. K. E. W. H., Harburg 29,—. Verband der Bäcker u. Berufsgen., Fil. Frankfurt a. M. 11,50. Verband d. Hutmacher, Fil. Soest 18,50. Gewerkschaften Leipzigs d. B. 300,—. Fachverein der Schlosser und Maschinenbauer, Kiel 50,—. Gauverein der Bildhauer, Berlin 100,—. Ueberschuß der Tellersammlung, Volksverf. 26. Febr., Colberg 9,13. Vereinigung der deutschen Maler, Lackirer 2c., Fil. 4, Berlin 10,—. Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer 200,—. Verband der Porzellanmaler, Berlin 25,—. Ueberschuß einer Tellersammlung durch Treuchel, Berlin 4,20. Von Tabakarbeitern Ostrowos 3,80. Verein der Malergehilfen, Harburg 10,—. Gesammelt von Kollegen des Vereins der Eisen- und Metalldreher „Glühlicht“, Berlin 13,30. Bei einem gemüthlichen Abend der Gen. Spandaus 4,70. Fachverein d. Textilarb., Kamenz 20,—. Generalfonds d. Metallarb., Rostock 14,—. F. W. Hoppe, Lüdenscheid 13,—. Fachverein der Tischler, Berlin 1000. Bremer „Bürgerzeitung“ 250,—. Fachverein d. Metallarbeiter, Hanau 50,—. Ehler'sche Zigarrenfabrik b. Oldesloe 6,—. Unterstützungsverein der Bürsten- und Pinselmacher, Filiale Glückstadt 6,—. Von den Weißgerbern Durlachs 15,—. Fachverein der Schlosser- und Maschinenbauer, Berlin 80,—. Lohgeber und Lederzurichter, Berlin 60,—. Fachverein d. Maurer-Arbeitsleute, Wandsbeck 31,25. Zigarrenarbeiterverband, Kl.-Hüningen 83,60. Von der Glasergesellschaft, Nürnberg 15,—. Kommission der Tabakarb., Berlin, d. Motes inkl. Ueberschuß 10,—; der öffentlichen Schlächterversammlung 9,30; Tischlerei Siebert u. Oschenbach 200,—. Von Genossen Kreuznachs 3,70. Allgem. deutscher Sattlerverein, Berlin 100,—. Vertrauensmann d. chirurgischen Branche, Berlin 133,—. Ueberschuß einer öffentl. Versamml. für Frauen u. Mädchen, d. Ringe, Berlin 32,30. C. Koch, Hamburg 2,—. Zentralverein der Fabrik- und Handarbeiterinnen, Hamburg 21,10. Von de roden Murers achter den glennigen Aben, Hamburg 18,50. Vom Klub „Durstig“, Hamburg 3,20. Von den Bäckern der Vereinsbäckerei, Hamburg 10,50. Lohnkommission der Schlosser und Maschinenbauer, Altona und Umgegend 50,—. Die lustigen Sieben von St. Pauli 12,50, Verein deutscher Gold- und Silberarbeiter

Filiale Hanau 50,—. Von Norden und Süden, Dresden dritte Rate 25,—. Kontrollkommission, Bremen 400,—. Tischler-Verband, Filiale Wandsbeck 50,—. M. Dasbach, Hanau 16,40. Durch Schidlowski, Brandenburg 140,—. Ueberschuß der Tellersammlung, Volksversammlung am 1. März, Stralau-Rummelsburg 33,—. Fachverein der Metallarbeiter, Görlitz 5,—. Verband der Schneider und Schneiderinnen, Berlin 40,—. Vertrauensmann Becker, Linden-Hannover 61,—. A. Schoof, Potsdam 2,—. Hutmacher, Stadtilm 18,—. Zimmerer Magdeburgs 50,—. Von Zigarrenarbeitern Bieberichs 8,50. Unterstützungsverein deutscher Hutmacher, Offenbach 5,—. Gesammelt von Nicht-Zigarrenarbeitern Bernburgs 15,—. Von Arbeitern Potsdams durch Ulbrich 8,40. Durch Th. Glocke, Berlin 169,51. Fachverein der Maurer, Nienstedten 50,—. Gesammelt von sämmtlichen Branchen durch H. Niemand, Duisburg 11,20. Fachverein der in Buchbindereien 2c. beschäft. Arbeiter, Berlin 50,—. V. d. Personal des „Vorwärts", Berlin 30,—. Putzer Berlins, d. V. Förster 200,—. Buchbinder-Männerchor, Berlin 18,60. Arbeiter-Bildungsverein, Alt-Landsberg 4,80. Christ. Rupprecht, Salzungen 10,—. Ueberschuß der Zeitungskommission der „Nordwacht", Delmenhorst 30,40. Aus Würzburg 30,—. Gesammelt durch die „Volkswacht" von Arbeitern und Arbeiterinnen, Bielefeld 129,90. Wahlverein Bayreuth 3,62. Fachverein der Textilarb., Sorau 32,90. Gesammelt von den Malern, Rankestr., Berlin 3,20. Expedition der „Frankfurter Volksstimme", Frankfurt a. M. 100,—. Durch Th. Glocke, Berlin 200. Gesammelt von den Zigarrenarbeitern in Lorsch 17,—. Fachverein der Drechsler, Beitenhausen 10,—. Oswald Uhlich, Maler, Berlin 2,80. Lotterieklub „Fortuna" bei Rettmer, Ottensen 4,80. F. V., Hamburg 3,—. Männer-Gesangverein „Freiheit" 1890, Hamburg 6,85. Fachverein der Stuckateure, Hamburg 50,—. Fachverein der Lithographen und Steindrucker, Nürnberg 30,10. Vertrauensmann der Schlosser und Maschinenbauer, Breder Nürnberg, 6. Rate 150,—. Oeffentl. Versamml., Leseklub „Heine", Berlin 28,—. Von einem Zigarrenfabrikanten, durch Geck, Offenburg 9,80. G. Krüger, Stettin 12,—.

In der Quittung vom 5. bis 18. Februar muß es heißen statt Lederwalkerei: Lederwalker-Verein.

Nachzutragen sind vom 19. Januar: Klub „Durstig" 6,—.

A. Dammann, Kassirer.
Hamburg, Fürstenplatz 2, 1. Etg.

Versammlungen.

Eine öffentliche Volksversammlung,

welche die Genossen des zweiten Reichstags-Wahlkreises auf „Tivoli" vereinigte und unter Leitung des Genossen Wilschke stand, beschäftigte sich mit der Frage der Maifeier in diesem Jahre. Referent war Genosse Richard Fischer. Dieser führte etwa folgendes aus: Als in Paris der Beschluß gefaßt wurde, daß am 1. Mai die Arbeiter aller Länder Demonstrationen veranstalten sollten, lagen diesem Beschlusse zwei Gedanken zu Grunde. Zunächst die Bekundung der internationalen Solidarität der Arbeiter aller Länder in einer gleichzeitigen Aktion. Diese gleichzeitige Aktion hat die Bourgeoisie viel Kopfzerbrechen verursacht. Die Aufstellung einer Forderung unsererseits, mochte diese gemäßigt oder revolutionär sein, konnte die bürgerlichen Parteien wenig schrecken. Anders bei der von uns beschlossenen gemeinsamen Aktion! Daß bei vorhandener Einigkeit das Selbstvertrauen und das Selbstgefühl wächst, das weiß auch die Bourgeoisie, das fürchtet sie. Der zweite Gedanke war der, die Arbeiterschutz-Gesetzgebung ihrer Lösung entgegenzuführen. Wohl jeder weiß, daß, so nützlich eine Arbeiterschutz-Gesetzgebung auch ist, sie im Vergleiche zu unseren Grundprinzipien zurücktritt. Wenn sie aber auch nur ein Mittel zum Zweck darstellt, so ist sie doch ein unerläßliches Mittel zur geistigen, physischen und moralischen Hebung des Proletariats. In dem Augenblick, wo die heutige kapitalistische Gesellschaft in sich zusammenbricht — und wir werden verhältnißmäßig wenig dazu thun können — muß das Proletariat geistig befähigt sein, die Aufgaben, welche dann der Lösung harren, zu erfüllen.

Redner giebt darauf einen längeren geschichtlichen Rückblick auf die Entwickelung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung in den verschiedenen Kulturländern. Er weist auf England hin, wo die ersten Anfänge eines Arbeiterschutzes aus dem Jahre 1803 datiren. Nach ausführlicher Besprechung der einschlägigen Verhältnisse in Frankreich, Oesterreich, Holland kommt Redner auf die belgische Gesetzgebung zu sprechen, die bis heutigen Tags kein Fabrikgesetz kennt und Belgien deshalb zum Eldorado für alle Fabrikbesitzer gemacht habe. Auf gleicher Stufe stehe das liberale Italien, in Vergleich zu welchem man Rußland als an der Spitze der zivilisirten Nationen, was Arbeiterschutz anbetreffe, marschirend ansehen müsse. Redner bespricht die russische Arbeiterschutz-Gesetzgebung und stellt die dort für Streikfälle angesetzten Strafbestimmungen in Vergleich mit den in unserer neuen Gewerbe-Ordnungs-Novelle vorgeschlagenen. Aber in Rußland predigt man wenigstens nicht von „Sozialreform". An eine wirkliche Sozialreform war unter Bismarck auch nicht zu denken. Bei dieser wunderlichen Mischung von reaktionärem Junker- und extremem Manchesterthum, wie sie Bismarck verkörpert, dessen ökonomische Ignoranz nur noch von einem Eugen Richter übertroffen wird, unter der Aegide eines solchen Staatsmannes konnte es zu einem Arbeiterschutz-Gesetz nicht kommen.

Der Pariser Kongreß vom Jahre 1889 hat unzweifelhaft das Verdienst, daß die Frage einer internationalen Regelung der Arbeitszeit in einer Weise in die politische Bewegung gerückt ist, daß sie daraus nicht mehr verschwinden wird, bis sie gelöst wird. Die internationale Arbeiterschutz-Konferenz ist eine Folge des Pariser Kongresses gewesen, und es thut der Bedeutung dieser Thatsache keinen Abbruch, wenn als Ergebniß der ganzen Konferenz auch nur ein paar wohlanständige Phrasen herauskommen. Als eines der wirksamsten Mittel zur internationalen Regelung der Arbeitszeit anzuregen, hat sich der Beschluß, am 1. Mai jeden Jahres eine einheitliche Demonstration zu veranstalten erwiesen. Ueber den Pariser Beschluß selbst herrscht freilich vielfach große Unklarheit, und niemals hat mit demselben eine in allen Ländern vorzunehmende Arbeitsniederlegung beschlossen werden sollen. Aus seinem Wortlaut geht hervor, daß nirgends die Bestimmung vorgesehen ist, daß die Forderung eines achtstündigen Normal-Arbeitstages mit allgemeiner Arbeitsniederlegung gefeiert werden sollte. Vielmehr sollen bei der jeweiligen Feier die politischen und ökonomischen Verhältnisse der einzelnen Länder in Berechnung gezogen werden. Eine Arbeitsruhe über den ganzen Kontinent wäre natürlich die wirksamste und einschneidenste Demonstration. Aber wir müssen hier nicht unser Wollen, sondern unser Können in Betracht ziehen. Die Bedeutung der Demonstration liegt in ihrer Einheitlichkeit. Ist heute eine allgemeine Arbeitsniederlegung in Deutschland möglich?

Nein, nicht einmal in den Industriezentren dürfte sie unternommen werden.

Wir stehen im Anfange einer noch nicht dagewesenen Krise, haben einen überlangen Winter hinter uns, das Baugewerbe, die Eisen- und Textil-Industrie liegen im höchsten Maße danieder. In einem solchen Augenblicke von Parteiwegen einen Rathschlag zur Arbeitsruhe am 1. Mai zu geben, hieße das Spiel der Gegner spielen. Die Gegner warten darauf. Ein guter Feldherr nimmt die Schlacht aber nicht auf, wenn der Feind sie ihm anbietet, sondern wenn die Chancen ihm günstig sind. Zudem ist kein Zweifel, daß die Gegner Alles thun werden, Konflikte zu provoziren, und wenn bei der Disziplin und Schulung unserer Genossen auch das Gelingen dieser schnöden Spekulation nicht zu befürchten, so wissen wir doch nach den jüngsten Reden des Reichskanzlers, wessen wir uns zu versehen haben, wenn das Spiel der Gegner gelänge.

Erwägt man alle diese Gesichtspunkte, so muß man zu der Ueberzeugung kommen, der Rath der Fraktion ist der einzig zweckmäßige und durchführbare; der einzige, welcher Erfolg verspricht.

Die Regelung der Maifeier in künftigen Jahren bleibt ja den nächsten Kongressen überlassen. Ueber diesen zweiten Punkt des Fraktionsvorschlages brauchen wir uns also heute nicht erhitzen.

Für den Fraktionsbeschluß kommt schließlich noch der Gesichtspunkt der Verantwortlichkeit in Betracht. Man muß bedenken, daß im anderen Falle der Fraktion auch die Verantwortung für alle die Opfer, welche der Kampf erfordern würde, zur Last fiele, und das ist sehr wesentlich. Redner schließt: Sobald die ganze Partei gesprochen hat, und bis jetzt ist ein Widerspruch, mit Ausnahme einer Berliner und einer Versammlung in Braunschweig, nicht gegen den Vorschlag der Fraktion erfolgt, sobald die ganze Partei gesprochen hat, sind Alle einig. Von diesem Augenblicke an giebt es nur noch für jeden Parteigenossen das Pflichtgefühl der Disziplin, das Pflichtgefühl, nach außen geschlossen zu demonstriren. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Kitzler wäre lieber für eine Feier am 1. Mai gewesen, erklärt sich jedoch nach Lage der Sache mit dem Referenten einverstanden, will aber nur einen Beschluß für die Maifeier in diesem Jahre herbeigeführt wissen.

Die Versammlung nimmt folgende Resolution an:

„Die heute auf Tivoli tagende Volksversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des internationalen Arbeiterkongresses zu Paris vollständig einverstanden; sie erklärt ferner, daß sie in Würdigung der jetzigen Geschäftslage den Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages voll und ganz als den Interessen der Arbeiterschaft und der Würde der Partei entsprechend ansieht; sie erklärt sich endlich ausdrücklich damit einverstanden, in diesem Jahre die Maifeier am ersten Sonntag des Mai zu begehen."

Es wird außerdem beschlossen, am Abend des 1. Mai eine Volksversammlung zu veranstalten und die Einberufung zunächst den Gewerkschaften zu überlassen. Sollte im zweiten Wahlkreis keine Gewerkschaft die Veranstaltung einer Volksversammlung wahrnehmen wollen, so wird das aus den Genossen Wilschke, Otto Klein und Kleinert bestehende Bureau damit beauftragt. Die Feier am 3. Mai soll in einem auf dem „Bock" abzuhaltenden Vergnügen bestehen. In die Kommission, welche die dazu nöthigen Arrangements treffen soll, werden die Genossen Otto Klein, Kitzler, Arndt und Krüger gewählt. Zu Mitgliedern der Lokalkommission werden die Genossen Tischler Schumann und Maurer Werner ernannt.

Oeffentliche Volksversammlung.

Am 13. März fand in dem Böhmischen Brauhause eine gut besuchte öffentliche Volksversammlung zu Gunsten der „Freireligiösen Gemeinde" statt. Das Bureau setzte sich aus den Herren Vogtherr, Friederici und Schweitzer zusammen. Frau Henrich-Wilhelmi hielt einen Vortrag über: „Das Verhältniß des Freidenkerthums zur sozialen Frage", dessen Inhalt in kurzem folgender war: „Die Hingabe an eine weltbewegende Idee mit Opferung kleiner Interessen nenne unsere Zeit Ueberspanntheit, während sie den praktisch nennt, welcher aus dieser Idee etwas herausschlage. Aber nur das könne praktisch sein, was dem einzelnen und zugleich der Allgemeinheit nütze. Da unser Jahrhundert dafür kein Verständniß zeige, so sei es kein praktisches, sondern nur ein realistisches. Dieser Grundzug der Zeit sei nicht die Folge der realen Wissenschaften oder der technischen Fortschritte, sondern eine Folge der Sonderinteressen einzelner, welche in dem Wettkampf um das Geld zum Ausdruck kommen. Dieser unterdrücke alles ideale Streben. Die Adelsfeudalität früherer Jahrhunderte sei zur Geldfeudalität des jetzigen geworden. Die Zustände der Leibeigenschaft sei zwar beseitigt, aber die „Freiheit" der heutigen Proletarier sei auch nur ein Trugbild. Man dürfe sich nicht wundern, daß die Proletarier häufig kein Interesse an höheren Lebensgenüssen haben, da die nothwendigsten Lebensbedürfnisse nicht befriedigt würden. Auch die satten Moralisten haben kein Interesse für höhere Lebensbedürfnisse; sie erregen sich über Nothzustände fernster Länder, ohne ein Auge für die nächsten Nähe zu haben. Mit Verachtung schauen sie auf die Enterbten, wähnend, diese seien von der Natur schon zu Lasttieren bestimmt. Das sei ein verhängnißvoller Irrthum. — Die heutige soziale Organisation dränge den Einzelnen, der Ausbeuter anderer zu werden. Das Leben des Armen sei ein Kampf um das dürftige Heute, das des kleinen Kapitalisten eine beständige Sorge um das von Gefahren bedrohte Morgen. Jeder Fortschritt der Technik, die Last der Steuern, der Großhandel drängen ihn, mit der Armuth zu spekuliren, die Arbeiter auszubeuten. Die Zentralisation des Geldes mache alle zu Sklaven des Erwerbes. Die Berufung auf freie Konkurrenz sei nichtig, so lange dem Einzelnen nicht auch die Erwerbsmittel gesichert würden. Die „Mildthätigkeit" der Reichen ändere an dem Elend nichts, beweise nur die Größe desselben. Der Enterbte wünsche keine Gnade mehr, er wolle nur sein Recht. Wie nun allen das Recht werde, das sei die praktische Aufgabe unseres Jahrhunderts, welche aber nur von Wenigen verstanden würde. So wenig die Aristokratie des vorigen Jahrhunderts den Zug der Zeit verständen hätte, so wenig würde er heute von den Besitzenden verstanden. Man suchte und suche mit Gewalt zu unterdrücken, was sich vor keiner Macht beuge: die Entwickelung der Menschheit. Die Emanzipation des Bürgers von dem Adel sei gewaltsam vor sich gegangen, aber Jeder wünsche heute, daß die Emanzipation der Arbeit von dem Kapital sich friedlich gestalten möge. Man sinne dem ringenden Proletariate die scheußlichsten Gewaltmittel an. Aufgabe des Freidenkerthums sei es, diesem Lügengewebe entgegen zu wirken. Wenn es sich von den brennendsten Kulturfragen der Zeit abschließe, so verleugne es seine Interessen und seine Pflichten. Nicht nur die Befreiung von religiösem Wahne, sondern die soziale Erlösung des Menschen sei seine Aufgabe, sein Ziel. Der Reiche und Mächtige vertröste den Armen auf den Himmel, ohne selbst der irdischen Genüsse zu entsagen.

Erkenntniß müsse in weitestem Umfange in das Volk eindringen. An der Erkenntniß seien Freidenkerthum und Sozialismus gleicherweise interessirt; jenes lehre, was zu einem menschenwürdigen Dasein noth sei, dieser, wie es einzurichten sei, damit jedem jenes Dasein gesichert werde. Die sogenannte „Magenfrage" finde nicht eher ihre Lösung, als bis es in den Köpfen heller geworden sei. Die soziale Frage sei nicht blos Magenfrage, sondern hänge mit allen Kulturfragen der Zeit zusammen. Die wirthschaftliche Emanzipation befreie den Menschen so wenig, wie die politische (?); es müsse auch auf dem religiösen Gebiete ebenso gründlich aufgeräumt werden. Das Freidenkerthum müsse alle Parteien mit der überzeugenden Macht der Wahrheit zu durchdringen suchen (?? Red.) und durch Erkenntniß den Arbeiter zur Besonnenheit und den Arbeitgeber zur Gerechtigkeit (?? Red.) führen. Auf diesem Wege möge die soziale Kluft vielleicht noch in friedlicher Weise auszufüllen sein (? Red.). Daran müßten alle mitarbeiten. Den reaktionären Parteien (? Red.) gegenüber sei das Freidenkerthum eine revolutionäre Macht, welche aber mit friedlichen Mitteln kämpfe für die soziale Erlösung der Menschheit. Man solle auf der einen Seite in dem Freidenker keinen Anarchisten sehen, auf der anderen Seite aber nicht wähnen, daß es für die Lösung der sozialen Frage gleichgiltig sei, ob der Mensch einem Gotte diene oder nicht. Die Freiheit sei eine einheitliche, Freidenker und Sozialist müßten zusammen gehen. Das Ziel des Freidenkers sei vor allem die Wahrheit, das des Sozialisten die Gerechtigkeit. „Wahrheit und Gerechtigkeit aber sind eins und untrennbar. Wahrheit ist die sittliche Kraft, Gerechtigkeit die sittliche That des freien Menschenthums." (Reicher Beifall.)

In der Diskussion wird nur im Sinne der Vortragenden gesprochen.

Die Laden- und Geschäftsinhaber Berlins

waren behufs Besprechung der Frage der Sonntagsruhe für den 18. d. M. zu einer Versammlung nach dem Feuersteinschen Saale eingeladen worden. Die von etwa 100 Theilnehmern besuchte Versammlung wählte in das Bureau die Herren Werner, Kehr und Kohlhaas. Das Referat des Abends hatte Albert Auerbach übernommen. Derselbe betrachtete sein Referat nur als eine Einleitung zur nachfolgenden Diskussion und beschränkte sich darauf, zu schildern, was in Betreff der Sonntagsruhe bisher geschehen sei. Derselbe legte in längeren Ausführungen dar, wie berechtigt die Wünsche der Kaufleute und kaufmännischen Angestellten in Betreff der Sonntagsruhe seien und hob besonders hervor, daß sich alle Interessenten darüber einig seien, daß die Frage der Sontagsruhe nur durch das Gesetz geregelt werden könne, nachdem mit der freien Vereinbarung so traurige Erfahrungen gemacht worden seien. Die Polizeiverordnung, betreffs Schließung der Geschäfte an Sonn- und Feiertagen sei der allgemeinen Sonntagsruhe nur hinderlich und demzufolge die Aufhebung dieser Verordnung nur wünschenswerth. In eingehender Weise erläuterte der Vortragende im Verlaufe seines Referates die bisher gefaßten Beschlüsse des Reichstags, zeigte die Widersprüche, die dadurch hervorgerufen werden, daß theils den Ortspolizei-Behörden, theils den Kommunalbehörden die Festsetzung des Anfangs und des Endes der Sonntagsarbeit festzusetzen anheimgegeben werden soll und kam zu dem Schlusse, daß es im allgemeinen Interesse liege, wenn die Sonntagsarbeit einheitlich durch das Gesetz geregelt werde. Referent empfahl eine diesbezügliche Resolution zur Annahme und eine entsprechende Eingabe an den Reichstag. Die Resolution ist die bereits zweimal, einmal auf Tivoli und einmal in Charlottenburg angenommene Resolution. Dieselbe gelangte mit allen gegen eine Stimme zur Annahme. Die Versammlung beschloß ferner folgende Resolution:

„Die heute bei Feuerstein tagende öffentliche Versammlung der Geschäfts- und Ladeninhaber Berlins erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und beschließt, sich an den Polizeipräsidenten zu wenden und denselben zu ersuchen, die für alle Geschäftsinhaber so drückende Schließung der Geschäfte an Sonn- und Festtagen Vormittags von 10—12 Uhr wieder aufzuheben und dafür die Sonntagsruhe von 1 Uhr Mittags an eintreten zu lassen. Wir glauben, daß durch derartige Einführung die Geschäftsleute Berlins vor Schaden bewahrt bleiben und auch viele Mißhelligkeiten wie Neid und Denunziationen abgewendet werden. Wir erklären auch, uns einer gesetzlichen Regelung der Frage durch den Deutschen Reichstag mit Freuden zu unterwerfen."

Die bestehende Kommission wurde mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Die Fuhrwerks-Berufsgenossenschafts-Sektion 4 (Berlin) hielt am Donnerstag in Kellers Restaurant, Köpnickerstraße 96/97, die erste diesjährige Mitgliederversammlung ab, in welcher außer anderen Gegenständen der Tagesordnung, als: Verwaltungsbericht, Neu-, bezw. Wiederwahl der Revisionskommission 2c. wiederum als Hauptpunkt „die Rekonvaleszentenhaus-Angelegenheit" (Villa Scharfenberg) zu sehr stürmischen Debatten Veranlassung gab. Der Vorsitzende der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft, Herr Scharfenberg, war anwesend. Derselbe griff die Gegner des von ihm ohne vorherige Zustimmung errichteten Rekonvaleszentenhaus-Unternehmens in persönlicher Weise an, und gab zum Schlusse seiner Rede die Erklärung ab, daß er den Genossenschaftsmitgliedern dankbar sei, wenn ihm, da er verzichte, ein Amtsnachfolger gegeben werde. Unter großem Tumult ward darauf ein Antrag eingebracht und beschlossen, folgende Resolution anzunehmen:

„Die am heutigen Tage, den 12. März d. J., 2c. stattfindende Mitgliederversammlung der Sektion 4, Berlin, erklärt:

daß der bisherige Genossenschafts-Vorsitzende, Herr H. Scharfenberg, das Vertrauen der Berufsgenossen verwirkt hat

und beschließt daher, ihre Sektionsdelegirten anzuweisen:

1. diese Erklärung zur Kenntniß der bevorstehenden Genossenschafts-Versammlung zu bringen und demgemäß in derselben:

2. die Wiederwahl des p. Scharfenberg zum Mitgliede und Vorsitzenden des Genossenschafts-Vorstandes abzulehnen und gegen dieselbe zu stimmen;

3. die Uebernahme des für die Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft eingerichteten Rekonvaleszenten-Hauses („Heimstätte für Verletzte") auf die Genossenschaft unter Annullirung aller in dieser Angelegenheit gefaßten Genossenschafts-Vorstandsbeschlüsse, etwa geschlossener Verträge und eingegangener Verbindlichkeiten, sowie Miethung und Erwerb der „Villa Scharfenberg" abzulehnen, demzufolge

4. den Antrag auf Rückerstattung der aus der Berufsgenossenschafts-Kasse für dieses Unternehmen bereits gemachten Aufwendungen zu stellen und für denselben zu stimmen;

5. sich für den Anschluß an die gemeinsamen Bestrebungen des Verbandes deutscher Berufsgenossenschaften hinsichtlich der Errichtung gemeinsamer Heilanstalten 2c. zu erklären und

6. für eine offene Abstimmung in allen diesen Fragen einzutreten.

Der Genossenschafts-Vorsitzende, Herr Scharfenberg, hatte zwischen unter abfälligen Zurufen der Anwesenden den Saal verlassen, nachdem er vergebens seine Rechtfertigung versucht. Vom Fuhrherr Schönfeld brachte ferner den Antrag, Verletzten heutigen Tage ab der „Heimstätte für Verletzte" keinmehr zu überweisen. Begründet ward dieser Antrag Herrn Schönfeld erwähnten höchst merkwürdiger Thatsache, daß vor Kurzem ein durch Unfall verletzter Mann lang behandelt zu werden. Der Verletzte war aus dem die vor wieder einen Magistratsakten-Wagen. Verschiedene Redner sprachen sich ebenfalls gegen die Unzulänglichkeit „Heimstätte" aus. — Bei Punkt 7 der Tagesordnung: Delegirten ihres Verhaltens in der Rekonvaleszentenhaus-Angelegenheit getadelt und aufgefordert, ihr Amt niederzulegen. Es wird diese Angelegenheit zu einer über drei Wochen stattfindenden außerordentlichen Versammlung vertagt.

Eine öffentliche Versammlung der Steindrucker, Lithographen und Verwandten Genossen tagte am 6. März. Auf der Tagesordnung stand Bericht der Kommission über den Streik bei der Firma Dietrich und Hartmann. Kollege A. Schulz verbreitete sich des Weiteren über die Sache und wies nach, wie der Arbeiter stets Dasein als das Unternehmerthum. Denn erstens stehe dem Unternehmerthum das Kapital zur Seite, welches dem Arbeiter fehle und letzterer müsse sich die wenigen Groschen abdarben, womit er seine Kollegen im Kampfe unterstützt. Ferner hat der Arbeiter nicht Gelegenheit, an den Versammlungen der Unternehmerverbände Theil zu nehmen, wohingegen es leider hier noch Kollegen genug giebt, welche die Beschlüsse der Arbeiter auf dem schnellsten Wege dem Unternehmer zutragen, so daß sich dieser sehr genau zu seinem Vortheile danach richten kann. Referent bedauerte derartige Zustände und meinte, es würde noch sehr lange so bleiben, denn auch dieser Streik, mit dem wir es heute zu thun haben, legt klar Zeugniß davon ab. Auch hier haben sich Kollegen bereit gefunden, die Stelle der Streikenden zu übernehmen. Weiter kam Kollege Schulz darauf zu sprechen, daß man zuerst von der Firma eine Klage erwartet habe wegen Kontraktbruchs, da man den dort aufgehörten Kollegen von Seiten des Unternehmerverbandes den Kontraktbruch vorgeworfen habe. Da eine solche Klage nicht anhängig gemacht worden sei, so haben die streikenden Kollegen

Klage erhoben beim Gewerbe-Schiedsgericht auf Bezahlung der gesetzlichen Kündigungsfrist, weil der Chef der Firma Oestreich u. Hartmann so ohne Weiteres am Sonntage das Arbeitsverhältniß geändert, indem er eine Riemenscheibe angebracht, wonach ein größeres Quantum Arbeit für denselben Lohn geliefert werden sollte, ganz abgesehen von der Gefahr für die Gesundheit und Leben der Arbeiter. Vor dem Schiedsgericht wurde die Frage, ob eine größere Gefahr nach dieser Aenderung für die Arbeiter vorliege, bejaht; nur wurde den Arbeitern die Mittheilung gemacht, daß sie nicht den Instanzenweg verfolgt hätten, denn sie hätten es zuerst bei der Polizei melden sollen. Das war den Kollegen neu, da man bisher immer nur annahm, daß die Polizei die zuständige Behörde sei, wenn ein Unglück geschehen, aber nicht zuständig zu untersuchen, ob ein Unglück geschehen könne, wie in diesem Falle. Aus diesem Grunde wurden die Kollegen mit ihrer Klage abgewiesen. Des Weiteren wurde von dem Rechtsanwalt der Firma ein Brief im Termine vorgelegt, welchen ein dort beschäftigt gewesener Kollege Schmidt, der mit gestreikt hat, an die Firma geschrieben haben soll und worin derselbe den übrigen Kollegen nachsagt, er sei von diesen aufgeredet, sonst hätte er die Arbeit nicht verlassen. Er bittet um Wiedereinstellung. Auf Grund dieses Briefes meinte der Rechtsanwalt, die Gefahr könne nicht so groß sein, denn sonst hätte sich dieser Kollege nicht wieder gemeldet. Da dieser Brief nun als Belastungsmaterial zu den Akten gelegt sei, so wurde der Sache nachgeforscht, und da stellte sich heraus, daß dieser Brief gefälscht, da die Frau Kollegen Schmidt den Brief ohne Wissen und Willen des Mannes hat schreiben lassen. Da der Kollege Schmidt augenblicklich krank ist, so wurde die Kommission beauftragt, die Sache zu untersuchen und event. werden die Kollegen Beleidigungsklage anstrengen gegen Schmidt, um so festzustellen, ob Schmidt von dem Briefe Kenntniß hatte.

Zum Schluß seines Referates ermahnte Redner noch die Anwesenden, recht rege für die streikenden Kollegen einzutreten und die Sammlungen fortzusetzen, bis der letzte Mann in Stellung sei.

Die Diskussion war eine recht lebhafte, und es wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige öffentliche Versammlung der Steindrucker, Lithographen und Berufsgenossen spricht ihr tiefstes Bedauern darüber aus, daß es immer noch Leute giebt, denen die bestehenden Verhältnisse nicht schlecht genug sind und die sich bei allen Gelegenheiten als Ersatzmänner brauchen lassen; jedoch hat die Versammlung auch die Ueberzeugung, daß derartige Leute erfahrungsgemäß keinen dauernden Schaden für die Arbeiter anrichten können, da sie nicht so viel leisten können. Ferner erklärt die Versammlung, wie bisher, so auch ferner mit den streikenden Kollegen zu sympathisiren und dieses dadurch zu bekunden, daß die Sammlungen eifrig fortgesetzt werden, da es eine Ehrenpflicht aller Kollegen ist, hierzu beizutragen, um die für Gerechtigkeit Kämpfenden hochzuhalten." Ein weiterer Antrag, den streikenden Kollegen den angenommenen Minimallohn von 21,60 M. als Unterstützung zu zahlen und den Hilfsarbeitern 11 M. zu gewähren, wurde angenommen. Weiter wurde durch Beschluß die Kommission beauftragt, ein Flugblatt herauszugeben, um den Kollegen die Sache klar zu machen. Denn die Nachricht von der Zurückziehung der schwarzen Liste und daß deshalb der Streik beigelegt sei, sei falsch und man kann annehmen, daß dahinter noch etwas stecke. — Unter Verschiedenem gab Kollege Schöpke nähere Mittheilungen über die ausgesperrten Zigarrenarbeiter und hob die schreckliche Lage dieser Arbeiter hervor. Kollege Schöpke forderte auf, sich an dem Vertrieb der Marken zur Unterstützung dieser Kollegen zu betheiligen. Es wurde zu diesem Zwecke eine Kommission, bestehend aus folgenden Herren: Brausendorff, Waldemarstr. 40; Scharnow, Bergstr. 38; Spielmann, Adalbertstr. 83; Obier, Brunnenstr. 88; Preuß, Gräfestr. 72; Wilke, Bergstr. 43, gewählt. Nachdem noch einige unwesentliche Sachen erledigt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Der Fachverein der Zinkgießer und Stürzer tagte am 8. d. M. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag vom Genossen Dastig über die Einwirkung der Krise auf die Existenz der Arbeiter, und die Aussperrung der Hamburger Tabakarbeiter. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. An der Diskussion betheiligten sich die Kollegen Lüke, Walter und Schulze, sowie noch mehrere Redner, welche sich alle dem Vortragenden anschlossen. Es gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: Die heutige Versammlung der Zinkgießer und Stürzer erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden; sie erklärt ferner, daß nur durch eine stramme Organisation unsere Nothlage beseitigt werden kann; sie erklärt ferner, daß sie die ausgesperrten Tabakarbeiter tief bedauert und verspricht, dieselben materiell zu unterstützen. Es wurde auch sofort vom Kollegen Schulz der Antrag eingebracht, aus der Vereinskasse 30 M. zu bewilligen, der einstimmig angenommen wurde. Nachdem noch für einen kranken Kollegen gesammelt worden und einige Vereinsangelegenheiten geregelt waren, schloß der Vorsitzende mit einem Mahnruf, die Vereinsabende recht zu besuchen, die Versammlung.

Zur Richtigstellung der Angelegenheit der Firma Aug. Werkmeister jun. erlaubt sich das unterzeichnete Streikkomitee der Berliner Vergolder der Oeffentlichkeit folgendes zu unterbreiten: Herr Werkmeister behauptet, er hätte die Versilberer aus Mangel an Arbeit entlassen. Wir, die streikenden Versilberer, erlauben uns darüber anders zu urtheilen; hätten wir nämlich die Arbeit zu dem angesagten Lohnabzug von 15—25 pCt. vorgenommen, so behaupten wir, wäre Arbeit massenhaft da gewesen. Da wir das Ansinnen aber zurückwiesen, entließ uns einfach der Herr A. Werkmeister.

Ferner behauptet Herr W., er hätte zur Zeit mit drei Herren vom Streikkomitee in der betreffenden Angelegenheit Rücksprache genommen und jene hätten ihm die Zusage gemacht, die Sache zur beiderseitigen Zufriedenheit wieder zu regeln. Das zur Zeit bestehende Komitee hat mit Herrn A. W. überhaupt noch nicht unterhandelt. Thatsache dagegen ist, daß sich die streikenden Versilberer an den Vorstand der Berliner Filiale wandten, also an die Herren Fries, Mehring und Ramlow, und jene Herren wandten sich nun auch an Herrn A. W., um über die besagte Angelegenheit zu sprechen.

Herr A. W. machte aber allerhand Ausflüchte, als da ist: schlechter Geschäftsgang und viel schmutzige Konkurrenz und mehr dergleichen.

Um den Kernpunkt der Sache aber, Bezug der jetzt bestehenden Preise, ging Herr A. W. herum, wie die Katze um den heißen Brei und jene Herren schieden, so weit uns allen bekannt, resultatlos von einander.

Was nun unsere „Politik" betrifft, so ist das ganz unsere Sache. Wir, das Komitee, verbreiten keine falschen Meinungen und suchen auch keinen Unfrieden zwischen Unternehmer und Arbeiter zu stiften, sondern unsere Bestrebungen sind gerade das Gegentheil, denn uns kann wenig daran liegen, unser Geld für solche Plänkeleien fortzuwerfen. Wir handeln nur in unserem Interesse und suchen uns diese kümmerlichen Löhne zu erhalten.

Wir werden uns mit aller Kraft dagegen wehren, uns von den zur Zeit geltenden Löhnen auch nur einen Pfennig abziehen zu lassen.

Dasselbe Verhältniß besteht bei den Kantenmachern. Sämmtliche streikenden Kantenmacher erklären die Ausführungen von Herrn W. für unrichtig. Nur eins stimmt in den Ausführungen: das Ausloosen der Arbeiter und deren Entlassung infolge mangelnder Aufträge.

Was die Pflicht des Streikkomitees anbelangt, die Leute durch vernünftige Rathschläge der Arbeit wieder zuzuführen, so sind wir dazu außer Stande, da die Leute, und mit Recht, auf ihrer Forderung beharren.

Pflicht dagegen wäre es von H. A. W. gewesen, den Leuten die paar Pfennige zu gewähren, und der Herr könnte sich versichert halten: „er hätte in seiner Werkstatt nicht einen Streikenden.

Zum Schluß wollen wir noch anführen, was unsere finanzielle Lage betrifft. Es braucht sich der Herr A. W. keine Mühe zu geben, den Gewerkschaften Berlins eine Warnung zukommen zu lassen.

Unser Streik ist von der Berliner Streik-Kontrollkommission geprüft und als gerecht anerkannt worden, und wir überlassen es getrost den betreffenden Gewerkschaften Berlins, ob sie für uns eintreten wollen oder nicht. Das Streikkomitee der Vergolder, Schillingstr. 30a.

Herr August Werkmeister jun. ersucht uns um Aufnahme folgender Berichtigung: „Die Ausführungen der Streikkommission der Vergolder berichtige ich dahin: „Ich halte meine Behauptungen in Nr. 10 des „Vorwärts" voll und ganz aufrecht, da jedes Wort auf Wahrheit beruht. Meine Versilberer haben keinen Lohnabzug erlitten, was meine 45 noch beschäftigten Arbeiter bekunden können. Die Kantenmacher haben nach meinen Preisen bis 36 M. wöchentlich verdient. Herrn Kiering habe ich seit 10 Jahren stets gleichmäßig beschäftigt und nie überbürdet. Der Versilberer Rogatz hat nur einmal, als er noch krank war, mit mir gesprochen. Zum Schluß bemerke ich, daß ich das Streikkomitee nicht für kompetent erachte, zu entscheiden, wer in meiner Fabrik arbeiten soll."

Die Wirker und Wirkerinnen hielten am 9. d. Mts. eine öffentliche Versammlung ab. Zunächst berichtete Kollege Zenner über eine bei der Firma Laue u. Co. eingetretene Lohnreduktion. Herr Laue ließ seinen Arbeitern ein Schriftstück zugehen, in welchem die reduzirten Löhne — 20 bis 40 pCt. — näher bezeichnet waren, mit der Erklärung, wer dasselbe nicht unterzeichnen wolle, könne sich als entlassen betrachten. Auf die Vorstellungen der Arbeiter, daß sie bei diesen Löhnen nicht existiren können, da sie höchstens 15 bis 16 Mark pro Woche zu verdienen im Stande sind, erklärte Herr Laue, daß sie bei diesem Verdienst sich noch glücklich schätzen können; sie sollten nur tüchtig sparen. (!) Die Hilfsarbeiterinnen, welche bisher Wochenlohn empfangen haben, sollen in Akkord arbeiten und zwar zu Lohnsätzen, bei welchen sie nicht viel über die Hälfte des bisher erhaltenen Lohnes verdienen können. Herr Laue stellte sich bei den Verhandlungen als Arbeitgeber hin, welchem das Wohl seiner Arbeiter ebenfalls am Herzen liege; aber der schlechte Geschäftsgang und die leidige Konkurrenz waren es wieder, welche ihn zu solchem Vorgehen zwangen. Wenn die Arbeiter für die geringeren Löhne arbeiten wollen, können sie soviel arbeiten wie sie wollen; er würde ihnen sogar erlauben länger zu arbeiten, dann würde ja das Defizit gedeckt werden!! Da die Verhandlungen zu keinem günstigen Resultat führten, legten sämmtliche Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit nieder. Die Versammlung erklärte sich mit dem Vorgehen gegen die Firma vollständig einverstanden, da den Arbeitern der Streik direkt aufgedrungen wurde und nahm folgende Resolution an: „Die heute tagende öffentliche Versammlung der Wirker und Wirkerinnen erklärt sich mit den Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma Laue u. Ko. solidarisch und verpflichtet sich, dieselben moralisch und materiell nach besten Kräften zu unterstützen." Kollege Hübsch gab einige Erläuterungen, die Kongreßfrage betreffend. Bereits im vorigen Jahre fand ein Wirkerkongreß statt, welcher eine kräftige Organisation, in welche die Frauen mit hineingezogen sind, über ganz Deutschland gefördert hat; dieselbe ist aber noch zu schwach, um die Ausbeutung des Arbeiters aufzuheben. Wir müssen deshalb bestrebt sein und alle unsere Kräfte zusammenraffen, die Organisation zu einer machtvollen zu entfalten, damit wir eine wirksame Waffe erhalten, mit welcher wir gegen die Handlungsweise des Unternehmerthums, wie sie uns z. B. in dem vorjährigen Chemnitzer und im jetzigen Thalheimer Streik vor Augen tritt, siegreich zu Felde ziehen können. Auch die Frauen müssen in eine rege Agitation eintreten; auch sie sollen am Kongreß theilnehmen. Von speziellen Fragen wurden die der Organisation, Fachpresse und Einführung einer Kontrollmarke für Wirker ins Auge gefaßt. Sämmtliche Redner empfahlen die Beschickung des Kongresses. In Betreff lokaler oder zentraler Organisation waren die Meinungen getheilt und es wurde ersucht, hierüber den Delegirten nach bestem Dafürhalten entscheiden zu lassen. Als Delegirte wurden gewählt K. Hübsch und Fräul. Schulz. Ferner wurde noch ein Appell an die Arbeiterinnen gerichtet, sich der Organisation der Wirker und Wirkerinnen mehr anzuschließen, damit dieselbe immer mehr befestigt werde.

Lackirer. Filiale IV. Vereinigung der deutschen Maler, Lackirer, Anstreicher und verwandten Berufsgenossen. Versammlung vom 9. März. Zunächst referirte der Vorsitzende über die bisherige Thätigkeit des Vorstandes. Danach trat eine Pause von zehn Minuten zur Aufnahme neuer Mitglieder ein. Es ließen sich 17 Kollegen einschreiben, um ihr Wahlrecht auszuüben. Es wurden dann gewählt die Kollegen Schüßler als Vorsitzender, Warnke als Kassirer, Levit als Schriftführer, Mechau und Ullrich als Beisitzer, Jungermann und Stroka als Revisoren. Zum zweiten Punkt erstattete Kollege Mechau Bericht über den Arbeitsnachweis. Hierauf wurden die Kollegen Fourmond, Guiard, Kornek, Täubner, Wallström, M. Müller, O. Schulz und Kleinig als Arbeitsvermittelungs-Kommission gewählt. Im Verschiedenen wurde ein Antrag, den Arbeitsnachweis nach der Breslauerstr. 27 zu verlegen, abgelehnt; es entspann sich hierüber eine lebhafte Debatte, an welcher sich die Kollegen O. Schulz, Schüßler, Jakob, Steckel und Warnke betheiligten. Es wurde sodann ein Antrag angenommen, den Arbeitsnachweis nach wie vor bei Jakob Ohmland, Neanderstr. 37, zu lassen und eine Zahlstelle für den Osten, Breslauerstr. 27, bei Tempel, einzuführen. Es wurde dafür der Kollege Pilz als Beitragsammler gewählt. Zum Schluß machte der Vorsitzende bekannt, daß am Montag acht Kollegen die Arbeit in der Wagenlackirerei von Rettschlag niedergelegt hätten. Redner theilte ferner mit, daß die Kollegen die Werkstatt von Rettschlag soviel wie möglich meiden sollten.

Graveure, Ziseleure. Am 10. März tagte eine öffentliche Versammlung der Graveure und Ziseleure mit Frauen. In das Bureau wurden gewählt die Kollegen G. Pom[illegible], Hannemann und Tieke. Der Referent, Herr Wilhelm Werner, war nicht erschienen, und demgemäß wird von einer Diskussion Abstand genommen. Zum dritten Punkt der Tagesordnung, eventuelle Wahl eines Mitgliedes zur Agitationskommission für Deutschland an Stelle des Kollegen Schimansky, spricht Kollege Blühmke der Versammlung das Recht ab, ein Mitglied dazu zu wählen, es ist dies Sache eines nächsten Kongresses und zwar damit wir allen Vorwürfen der auswärtigen Kollegen entgehen. Die Mitglieder dieses Komitees, Zack und Uhroach, theilen mit, daß die Vertrauensmänner verschiedener Städte dafür wären, daß wir die Person wählen. Die Versammlung beschließt jedoch keinen Kollegen zu wählen. Hierauf berichtet Kollege Zack über die Streik-Kontrollkommission. Zu den Beschlüssen derselben wird keine Stellung genommen, da die Versammlung zu schwach besucht ist. Es folgt die Stellungnahme zum 1. Mai. Die Kollegen Zack und Teske sind gegen den Fraktionsbeschluß, Blühmke tritt für diesen ein. Es liegt ein Antrag Zack vor: Die heutige Versammlung beschließt, am 1. Mai Abends eine [illegible]tliche Versammlung stattfinden zu lassen und sich an der F[illegible]r am Sonntag nicht zu betheiligen. Kollege Bergner spricht für diesen Antrag, jedoch wird auf Ersuchen getrennt darüber abgestimmt. Der erste Theil des Antrages wird gegen 1 Stimme angenommen, der zweite jedoch mit allen gegen 5 Stimmen abgelehnt. — Eine Frage, wie haben wir uns der allgemeinen Metallarbeiter-Union gegenüber zu verhalten, wird dadurch erledigt, für eine der nächsten Versammlungen einen Referenten zu bestellen, welcher diese Angelegenheit genügend klarstellen kann. Sämmtliche Redner halten den Anschluß noch nicht für spruchreif. Wir können in einem kleinen Verein besser agitiren und wirken als dort, wo wir als kleine Branche vollständig verschwinden würden; ebenso würden jedenfalls sehr wenige Kollegen sich dieser Bewegung anschließen, und auf neuen Zuwachs wäre garnicht zu rechnen, da gewisse Kollegen an einem in keiner Weise berechtigten Künstlerstolz leiden, mit denen aber sehr wohl zu rechnen ist. Es wird empfohlen in unserem Verein zu bleiben und außerdem dem allgemeinen Metallarbeiter-Verein beizutreten. Des weiteren wird ein Antrag, sämmtliche Versammlungen durch Säulenanschlag bekannt zu machen, abgelehnt.

In der letzten Versammlung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Schönebergs und Umgegend, die unter Vorsitz des Kollegen Robert Klinge tagte, sprach Kollege Ballenthin über die Ziele und Zwecke der Organisation und empfahl unter lebhaftem Beifall die Lokalorganisation. Hieran schloß sich die Wahl eines Delegirten. Gewählt wurde mit 118 Stimmen Gustav Behrnd aus Wilmersdorf; derselbe nahm die Wahl dankend an und versprach mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für die Beschlüsse des Vereins einzutreten. Zum Vertrauensmann wurde August Beierling (Schöneberg) einstimmig gewählt und nahm dankend die Wahl an. Folgende Resolution wurde angenommen: Die öffentliche Versammlung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter von Schöneberg und Umgegend erklärt sich mit dem Referenten voll und ganz einverstanden und verspricht mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln darauf hin zu wirken, daß die Lokalorganisation zu einer festen und starken zu machen sei, nimmt dagegen Abstand von einer Zentralorganisation.

Der Verein der Militär und Lieferungs-Schneider hielt am 5. März eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Die Prüfung der Fachschüler fiel zur größten Zufriedenheit aus. Unter Verschiedenem entspann sich eine lebhafte Debatte zwischen den Kollegen Schulz und Schulze. Die Frage des 1. Mai wurde dahingehend beantwortet, daß sich der Militärschneider-Verein den Beschlüssen der Schneider und Schneiderinnen Berlins anschließt. Ferner macht der Vorstand darauf aufmerksam, daß am 19. d. M. eine Mitgliederversammlung in der Johannisstraße 20 bei Müller stattfindet. Die Kollegen, die am zweiten Kursus theilnehmen wollen, haben sich bei der unterzeichneten Kommission oder auch in der Versammlung zu melden, weil der Kursus am 20. d. M. beginnt. Gummelt, Louisenstr. 60, Hof 1 Tr.; Zichenrott, Heimstr. 1 parterre; Wronn, Kleine Hamburgerstr. 10 bis 11, Hof 4 Tr.

In Pankow

ist es endlich, trotz aller Schwierigkeiten, gelungen, am Sonntag, den 8. März, in dem Saale Kaiser Friedrichstraße 50—51, eine große sozialdemokratische Volksversammlung mit der Tagesordnung: 1. Die wirthschaftlichen Umwälzungen und die Sozialdemokratie, Referent Herr G. Link, Wahl eines Vertrauensmannes, 3. Verschiedenes, abzuhalten.

Nach Eröffnung der Versammlung und erledigter Bureauwahl verlangte der überwachende Polizeibeamte vom Einberufer die Bescheinigung über die Anmeldung der Versammlung, und als der Einberufer damit nicht aufzuwarten in der Lage war, meinte der Beamte, daß die Versammlung doch nicht ohne Bescheinigung schwarz auf weiß tagen könne. Hierauf erklärte der Einberufer, daß ihm eine Bescheinigung nicht ertheilt worden sei, sondern daß ihm erst am Sonnabend, als er sich nochmals in dieser Angelegenheit nach dem Amte begeben habe, der Vertreter des Herrn Amtsvorstehers mitgetheilt habe, die Anmeldung liege auf dem Landrathsamte, und er sei nicht befugt, die verlangte Bescheinigung auszustellen. Der Einberufer könne die Versammlung tagen lassen. Daß dieselbe rechtzeitig angemeldet sei, würde ihm nicht abgestritten werden; nur solle er für Ruhe und Ordnung sorgen. Hierauf notirte der Beamte den Einberufer, und die Versammlung nahm ihren Fortgang.

Da der Referent noch nicht erschienen war, wurde der zweite Punkt: Wahl eines Vertrauensmannes, verhandelt. Genosse Schockel gab hierzu eine kurze Uebersicht über die Aufgaben des Vertrauensmannes. Als Vertrauensmann vorgeschlagen wurde nur Genosse Schockel und, nachdem Genosse Ehlert seine Wahl empfohlen hatte, da derselbe der geeignetste Mann für dieses Amt sei und dasselbe sicher in keine schlechte Hände gerathen würde, wurde Genosse Schockel einstimmig gewählt.

Kurze Zeit nach Erledigung dieses Punktes erschien der Referent, Genosse Link, und hielt unter Beifall seinen Vortrag über: „Die wirthschaftlichen Umwälzungen und die Sozialdemokratie".

In der sehr lebhaften Diskussion sprachen sämmtliche Redner — ein Gegner hatte sich trotz Aufforderung nicht gemeldet — im Sinne des Vortragenden.

Folgende Resolutionen wurden einstimmig angenommen:

1. „Die heute zu Pankow im Lokale Kaiser Friedrichstr. 50/51 tagende öffentliche sozialdemokratische Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden und verpflichtet sich, Mann für Mann gegen die heutigen kapitalistischen Zustände Front zu machen und mit allen Mitteln, die dem Arbeiter zu Gebote stehen, für die sozialistische Produktionsweise einzutreten, d. h. für die Sozialdemokratie zu agitiren." und

2. „Die heute tagende Volksversammlung empfiehlt, sich recht zahlreich dem Lese- und Diskutierverein „Proletarier" zu Pankow anzuschließen."

Unter Verschiedenem wurde beschlossen, eine Sammlung zu Gunsten der Ausgesperrten vorzunehmen. — Wegen Verweigerung der Versammlungsanzeige-Bescheinigung soll Beschwerde erhoben werden. Genosse Ehlert spricht die Ansicht aus, daß diese Bescheinigungsverweigerung eine von den „geistigen Waffen" sei, mit denen man in Pankow die Sozialdemokratie bekämpft.

Nachdem der Vorsitzende auf die Darlehnsscheine (je 5 Mark) für das „Volksblatt", Organ der werkthätigen Bevölkerung der Kreise Niederbarnim, Oberbarnim, Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg hingewiesen, schließt die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die völkerbefreiende Sozialdemokratie.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 24. Heft des 9. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Das preußische Herrenhaus. Von Max Schippel. — Cäsar de Paepe (1841 bis 1890). Von F. Domela Nieuwenhuis. — Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten. 1840—1850. Von F. A. Sorge. Literarische Rundschau. — Feuilleton: Das Checkbuch. Von G. J. Uspenski. Aus dem Russischen von P. Styczynski.

Briefkasten der Redaktion.

Langjähriger Abonnent in R. Nr. 99. Sie müssen den Wechsel bezahlen, auch wenn er Ihnen später präsentirt wird.

T., Stallschreiberstr. 27/28. 1. 16 Millionen Mark. 2. Es ist eine amerikanische Fabrik und hat mit dem von Ihnen genannten Herrn nichts zu thun. 3. Den Austritt aus der Landeskirche können Sie hier betreiben.

H. K. Offiziere und Polizeilieutenants bezahlen auch Hundesteuer. — Ein Prinz erhält aus der Zivilliste seine Apanage. Ein Geschenk erhält er nicht.

B—l., Münchebergerstraße. Einigen Sie sich, das ist das Beste. Bezahlen brauchen Sie aber nicht.

L., Straße 30. Ihre Frage läßt sich nicht ohne Weiteres beantworten.

Verantwortlicher Redakteur: Curt Baake in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße